Otto Hammann

Der neue Kurs

327.43 H224

DUKE UNIVERSITY LIBRARY

DURHAM, N. C.

C

Rec'd Sept. 28, 1926

Library Budget Fund

Digitized by the Internet Archive
in 2018 with funding from
Duke University Libraries

https://archive.org/details/derneuekurs01hamm_0

Der neue Kurs

Erinnerungen

von

Otto Hammann

1918

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

84223

Alle Rechte vorbehalten

Druck der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig

9/28/26
Budget 7.
7.
Champion
$1.20
Cannell's Foreign
Orders

327.43
H224

Inhalt.

Seite

I. Vom alten zum neuen Kurs 1

Bismarcks Sehnsucht nach der Idylle des Landjunkers. — Die teutonische Reckennatur. — Die Kabinettsorder von 1852. — Milde Maßregeln und blutiger Kataklysmus. — Die ersten deutlichen Risse in der Kronratssitzung vom 24. Januar 1890. — Der sachliche Angelpunkt des Konflikts. — Der Zwist auf der Fahrt vom Lehrter Bahnhof. — Andere symptomatische Erscheinungen. — Die entscheidenden persönlichen Umstände. — Einer von vielen. — Am runden Tisch im Weihenstephan. — Kaiserrede beim Festmahl im neuen Kreishause Teltow. — Bismarck, der Kämpfer. — Der Vorwurf gegen den Minister von Bötticher. — Die Zuwendung aus dem Welfenfonds. — Das tragische Geschick großer Männer. (Brief an den Pester Lloyd.) — Die einen stritten, die anderen litten. — Wie Moltke zu Bismarck stand.

II. Im Schatten des großen Mannes 15

Unter der alten Kastanie im Kanzlergarten. — Caprivis Klage über die Bismarckfronde. — Was der Zar ihm in Narwa sagte. — Bismarcks Meinung über die Person seines Nachfolgers. — Friedrichsruher Angriffe auf die Politik Caprivis. — „Tribut an Österreich-Ungarn." — Caprivi über die Hungerblockade im Zukunftskrieg. — Helgoland und Sansibar. — Polemik der Hamburger Nachrichten. — Was Bismarck zur Ablehnung des Helgolandvertrags bestimmte. — „Eine neue Zeit — eine ganz neue Welt!" — Die Wiener Kampfansage. — „Alle Brücken sind abgebrochen." — Ein vergifteter Pfeil. — Die Erlasse vom 23. Mai 1890 und 9. Juni 1892. — Ihre Veröffentlichung kein freiwilliger Akt. — Der intellektuelle Urheber des Uriasbriefes. — Der Schlüssel zur psychologischen Erklärung. — Waldersee in Friedrichsruh. — Warum Caprivi keine persönliche Fühlung mit Bismarck unterhielt. — Nur keine Nebenregierung. — Der Kanzler-General. — Der geschmeidigere Fürst Hohenlohe.

84223

Seite

III. **Der abgerissene Draht nach Rußland** 28

Die ersten Anspielungen auf den Rückversicherungsvertrag. — Die Wirkung der Enthüllung der Hamburger Nachrichten. — Verlegenheit der Regierung. — Ansichten der Historiker über den Verzicht. — Vorwurf der Untreue. — Frage nach dem Inhalt des deutsch-russischen Abkommens. — Zeugnisse der Nächstbeteiligten: Marschall, Hohenlohe, Caprivi, Holstein. — Waren außer der Neutralitätsklausel noch andere Zusicherungen gegeben? — Andeutungen in den Hamburger Nachrichten. — Äußerungen des Kaisers zu den kommandierenden Generalen. — Das Spiel mit den fünf Kugeln. — Graf Reventlow über die Plötzlichkeit der Abkehr von Rußland und den Sturz in Englands Arme. — Graf Herbert Bismarck und Herr v. Holstein. — Fürst Bismarcks Brief an Lord Salisbury vom 22. November 1887. — Die russisch-französische Annäherung vor 1890. — Graf Reventlows „unzerstörbare Tatsache". — Besaß Fürst Bismarck das Vertrauen des Zaren Alexanders III.? — Der Wendepunkt der Entwicklung zum Weltkrieg.

IV. **Der Kampf um die Militärreform** 42

Die älteren Reformen. — Der Verdy-Waldersee'sche Plan von 1890. — Die Caprivische Vorlage. — Schlechte Aussichten. — Die Rede Caprivis vom 23. November 1892. — Major Keim und die Aufklärung in den Wahlkreisen. — Ablehnung in der Kommission. — Die Parteien in der zweiten Lesung. — Der Antrag Huene. — Richter und Bennigsen in der dritten Lesung. — Waffen zum Wahlkampf. — Jubel in Paris nach der Ablehnung im Reichstag. — Ein französischer Generalstabsoffizier und Frankreichs Rheingelüste. — Caprivis Verdienst.

V. **Herr von Holstein** 55

Arbeitsteilung im Auswärtigen Amt. — Der Außenseiter und seine Aufnahme bei den Herren von Kiderlen und von Holstein. — Die Gruppe Holstein. — Der Kladderadatsch und die drei Männer im feurigen Ofen. — Suche nach dem Hintermann. — Justizrat Fischer. — Meine Sendung zu Johannes Trojan. — Die Beschwichtigungsversuche Ernst Wicherts und des Generals von Spitz. — Duell Kiderlen-Polstorff. — Holstein fordert den Grafen Guido Henkel. — Marschall, der angebliche Hintermann, im Kölner Prozeß. — Abtrennung der diplomatischen Personalien von der Abteilung I B. — Holsteins Charakter. — Sein Zwist mit mir. — Warum Holstein nicht Direktor der Politischen Abteilung wurde. — Die Erledigung seines Entlassungsgesuchs.

Seite

VI „Offiziöse Preßwirtschaft" 72

Der Preßapparat im Amt. — Der Schleichhandel mit Schwindelnachrichten. — Schumann, der Vielnamige, und Graf Waldersee. — Polizeiagenten und Journalisten. — Der Prozeß Lützow. — Der gefälschte Zarentoast. — Verhetzung von Ministern. — Kamarillaartikel. — Kein Schimmer eines Beweises gegen das Auswärtige Amt. — Der Tauschprozeß. — Unpreußisch. — Marschall c/a Limburg-Stirum. — Vertrauensverhältnis mit den gediegenen Kräften der Presse. — Eine Unart der deutschen Presse. — Der internationale Nachrichtenverkehr. — Reuter in Hamburg.

VII. Caprivis Ausgang 91

Marschall und die neuen Handelsverträge. — Der Bund der Landwirte gegen den russischen Vertrag. — Das „unheilbare Zerwürfnis" der Kreuzzeitung. — Die Unfruchtbarkeit des parlamentarischen Bodens. — Dr. von Miquel. — Krisengerüchte. — Bismarck gegen die unnatürliche Trennung von Kanzleramt und Ministerpräsidium. — Nach der Ermordung Carnots Kampf in der Presse um ein neues Sozialistengesetz. — Der Mut der Kaltblütigkeit. — Die Königsberger Kaiserrede vom 6. September 1894. — Die Taktik des Abgeordneten Freiherrn von Hammerstein in der Kreuzzeitung. — Vortrag in Hubertusstock. — Schwierigkeiten in der ministeriellen Situation. — Caprivi gegen Ausnahmegesetze und Staatsstreich. — Die Mehrheit im Staatsministerium gegen den Ministerpräsidenten Grafen Botho zu Eulenburg. — Empfang einer Abordnung des Bundes der Landwirte für Ostpreußen in Potsdam. — Entlassungsgesuch Caprivis vom 23. Oktober 1894. — Liebenberg und der Artikel der Kölnischen Zeitung. — Caprivi als Staatsmann. — Seine drei fortwirkenden Taten.

VIII. Der Übergang zur Weltpolitik 108

Der Drang nach außen. — Karl Peters. — Der alldeutsche Verband. — Die Forderung der Zeit. — Zickzackkurs. — Einmischung in Ostasien nach dem Frieden von Schimonoseki. — Arbeiten auf Prestige? — Holsteins europäischer Gedanke. — Die chinesische Teilanleihe. — Der Zar über einen deutschen Stützpunkt in China (1895). — Anfrage des Kaisers und Antwort des Zaren (1897). — Einspruch des Grafen Murawiew gegen die Besetzung von Kiautschou. — Befehl an Admiral v. Diederichs. — Diplomatischer Kampf. — Lösung der deutsch-russischen Spannung. — War Kiautschou der Preis für Japans Teilnahme am Weltkrieg? — Der Jameson-Raid. — Die Beratung beim

Fürsten Hohenlohe am 3. Januar 1896. — Die Krügerdepesche ein Regierungsakt. — Ihr Fehler. — Maßvolles Verhalten der Regierungen, um deutsch-englischen Konflikt zu vermeiden. — Explosion der englischen Handelseifersucht. — Freiherr von Marschall und die Flotte. — Die „unheilvollen Folgen" der Krügerdepesche. — Chamberlains erstes Bündnisangebot. — Die Verhandlungen über eine deutsch-englische Allianz 1901.

IX. Die große innere Krisis 131

Aussprüche Caprivis. — Die Wissenschaft im Erfurter Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. — Das kommunistische Manifest. — Allmähliche Anpassung an die Lehren von Marx. — Der Glaube an die Wunderkraft der kommunistischen Gesellschaft. — Bebels naiver Optimismus. — Eugen Richters „Irrlehren der Sozialdemokratie". — Das Kraftgefühl der Arbeitermassen. — Der Berliner Bierkrieg. — Die sogenannte kleine Umsturzvorlage und der preußische Versuch, die Befugnisse der Polizei zu erweitern. — Staatsstreich? — Das Zentrum nach Windthorsts Tode. — Die Walderseeversammlung. — Der Scheiterhaufenbrief. — Sieg Stöckers und der Kreuzzeitungspartei auf Tivoli. — Die Mittelparteien, Kardorff und Bennigsen. — Die Ohnmacht der bürgerlichen Linken. — Der Kaiser und das Arbeitervolk. — Klagen über persönliches Regiment. — Fürst Hohenlohe. — Marschalls und Bötticher Abgang. — Der blutige Kataklysmus und das moralische Gewissen. — Der Pfarrer Naumann. — Ein weises Wort Bennigsens. — Monarchie und Demokratie im Weltkrieg. — Die Lehre vom Übermaß und der soziale Verständigungsfrieden.

I. Vom alten zum neuen Kurs.

Fürst Bismarck hat in jüngeren Jahren häufig von der Zeit gesprochen, da er sich unter die Kanonen von Schönhausen zurückziehen werde. Schon unter den Diplomaten des Bundestags in Frankfurt a. M., deren zerfahrenes nichtiges Treiben ihn bald belustigte, bald zurückstieß, trat häufig der Wunsch vor seine Seele, in Ruhe und Beschaulichkeit seinen Kohl zu bauen. So schrieb er von Frankfurt aus an seine Schwester: „Nach 30 Jahren wird es mir gleichgültig sein, ob ich jetzt Diplomat oder Landjunker spiele, und bisher hat die Aussicht auf frischen, ehrlichen Kampf, ohne durch irgendeine amtliche Fessel geniert zu sein, gewissermaßen in politischen Schwimmhosen, fast ebensoviel Reiz für mich, als die Aussicht auf ein fortgesetztes Regime von Trüffeln, Depeschen und Großkreuzen. Nach neune ist alles vorbei, sagt der Schauspieler..." Selbst bis in die nächtlichen Träume verfolgte ihn zuweilen der Gedanke an einen glücklichen Landaufenthalt, „ganz deutlich, bis ins kleinste, wie ein großes Bild, mit allen Farben, sogar mit grünen Bäumen, Sonnenschein auf allen Stämmen, blauer Himmel darüber. Ich sehe jeden einzelnen Baum. Ich bemühte mich, es loszuwerden; aber es kam immer wieder und quälte mich, und als ich's zuletzt aus dem Gesichte verlor, kam anderes — Akten, Noten, Depeschen, bis ich endlich gegen Morgen einschlief."

Ein andermal, auf dem Botschafterposten in Petersburg, ergriff den Kraft- und Tatmenschen Hamletstimmung: „Wie Gott will, es ist hier alles doch nur eine Zeitfrage, Völker und Menschen, Torheit und Weisheit, Krieg und Frieden, sie kommen wie

Wasserwogen, nur das Meer bleibt. Es ist ja nichts auf dieser Erde als Heuchelei und Gaukelspiel." Noch in späteren Tagen soll die Fürstin Bismarck einmal zu Lothar Bucher gesagt haben: „Glauben Sie mir, eine Wruke interessiert ihn mehr als Ihre ganze Politik."

Aber die Sehnsucht nach der ländlichen Idylle hat sich niemals erfüllt, auch dann nicht, als ihn, den von allem amtlichen Wirken Entrückten, die Wipfel des Sachsenwaldes in ihren Schatten einnahmen. Ein anderes Ideal war stärker in ihm. Er hat es bezeichnet mit den Worten: „Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist's ein teutonischer." Die Trennung von dem Werke, das er fortzuführen noch die Kraft in sich fühlte, war wider seinen Willen und unvorhergesehen erfolgt, in Formen, die ihn verwundeten. Die teutonische Reckennatur setzte sich mit aller Wucht zur Wehr, schonungslos, wie er alle seine politischen Kämpfe geführt hatte.

Noch vor seiner Übersiedelung von Berlin nach Friedrichsruh griff er in den Tagesstreit über die Gründe seines Rücktritts ein. Zunächst wollte er es nicht gelten lassen, daß sein Ausscheiden aus dem Dienst mit Meinungsverschiedenheiten in der Arbeiterfrage zusammenhinge. Solche hätten sich vielmehr auf staatsrechtlichem Gebiete ergeben und die Grenzen der ministeriellen Verantwortlichkeit nach Lage der Verfassung, sowie die Beziehungen des Ministerpräsidenten zu seinen Kollegen zum Gegenstande gehabt. (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 20. März 1890.) Gemeint war das Verlangen des Fürsten, daß kein unmittelbarer Verkehr der Staatssekretäre und auf Grund einer alten Kabinettsorder von 1852 selbst nicht der der preußischen Minister mit dem Landesherrn ohne Kontrolle und Mitwirkung des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten stattzufinden habe. Mit der Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung war der Fürst insofern im Rechte, als in seinem Entlassungsgesuch vom 18. März 1890 ausführlich auseinandergesetzt war, warum er sich außerstande fühlte, dem wiederholten kaiserlichen Befehl nachzukommen, laut dessen er die Aufhebung der vor kurzem von ihm selbst in

Erinnerung gebrachten Order von 1852 herbeiführen und gegenzeichnen sollte.

In diesen „staatsrechtlichen Differenzen" während der letzten Wochen vor seinem Abgang wollte Fürst Bismarck die volle Klarheit über die unabweisliche Notwendigkeit seines Rücktritts erlangt haben. Aber sie waren nicht Grund der Entlassung, sondern eben nur Folgeerscheinung anderer stärkerer Gegensätze. Der Fürst hat denn auch bald den Zwiespalt, der zwischen ihm und dem Kaiser über die Erweiterung des Arbeiterschutzes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bestand, selbst stark hervorgehoben. Der Kaiser, als der bessere Mensch von ihnen beiden, der doch nicht über die Erfahrungen eines Siebzigers verfüge, habe sich für den Frieden entschieden, er, der Fürst, habe kämpfen wollen, je eher, desto lieber. (Unterredung mit Dr. Reichardt, Dresdener Nachrichten vom 18. Juli 1890.) „Der Kaiser neigt sich bei seinem guten Herzen dahin, daß man den Sozialisten mit milden Maßregeln, mit Güte beikommen soll. Ich bin vollkommen entgegengesetzter Meinung. Bei solcher Meinungsverschiedenheit konnte ich nicht lange harren... Ich bin der Ansicht, daß in naher Zukunft die soziale Frage Deutschland zu einem blutigen Kataklysmus führen muß. Besonders verdrießlich ist es, daß je später die unvermeidlichen Repressivmaßregeln getroffen werden, um so blutiger die Lösung sein wird." (Bericht der Nowoja Wremja vom 27. Juni 1890.)

Hier klafft wirklich ein tiefer Zwiespalt: Der Kaiser wollte versöhnen, der Kanzler niederkämpfen. Die ersten deutlichen Risse waren in der Kronratssitzung vom 24. Januar 1890 hervorgetreten. Für den nächsten Tag, den 25. Januar, stand die dritte Lesung des Entwurfs wegen Änderung und dauernder Geltung des Sozialistengesetzes und darauf der Schluß des Reichstags bevor. Es war noch der 1887 gewählte Kartellreichstag. Die konservativ-nationalliberale Mehrheit war für die Vorlage zu haben. Streitig innerhalb dieser Mehrheit war nur der Paragraph, der die Befugnis enthielt, sozialistische Agitatoren aus bestimmten Bezirken auszuweisen. Die Nationalliberalen bestanden auf Streichung des

Paragraphen, die Konservativen wollten sich dem nur fügen, wenn der Kanzler ihnen gegenüber vor der Abstimmung sein Einverständnis mit der Streichung erklärte. Fürst Bismarck hatte dem ihn deshalb in Friedrichsruh besuchenden Führer v. Helldorf eine solche Erklärung nicht oder wenigstens nicht deutlich genug abgegeben, so daß mit dem Scheitern der Vorlage gerechnet werden mußte. Indessen geht die Annahme fehl, daß die Haltung des Fürsten Bismarck in der Frage des Sozialistengesetzes den Ausgangspunkt für den schließlichen Bruch des Kaisers mit dem Kanzler gebildet habe. Das entscheidend Fortwirkende war vielmehr, daß der Kaiser im Kronrate die Absicht bekundete, den Reichstag in Person zu schließen und alsbald danach ein sozialpolitisches Manifest für die Arbeiter zu erlassen.

Danach konnte Fürst Bismarck nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß er sich einer Lage in Berlin gegenüber befand, an die er in Friedrichsruh nicht hatte glauben wollen, und es fiel das Wort: „Dann sind mir ja meine Wege gewiesen." Von da ab kam die Sozialistengesetzfrage im Kronrat und im weiteren Verlauf der Krisis kaum mehr in Betracht und war die Fortbildung des positiven Arbeiterschutzes zum sachlichen Angelpunkt des Konflikts geworden. In späteren Unterredungen mit Zeitungsberichterstattern hat Fürst Bismarck stets nur von den Gegensätzen in der Beurteilung der sozialen Frage in toto, niemals von entscheidenden Differenzen wegen des Ausnahmegesetzes in specie gesprochen. Es scheint sogar die Angabe wohlverbürgt zu sein, daß nicht bloß private, sondern auch amtliche Äußerungen des Fürsten aus dem Winter 1889/90 vorlagen, welche bewiesen, daß er dem Versuche, nötigenfalls, wenn es die Stimmung der Wähler nicht anders wollte, ohne ein Sozialistengesetz zu regieren, keineswegs unbedingt entgegen war und ihn selber mit hätte anstellen helfen, sei es auch nur, um einen klaren Beweis für die Notwendigkeit von Ausnahmemaßregeln wider die Sozialdemokratie zu erlangen.

Jedenfalls sah er ein, daß der Zankapfel des Sozialistengesetzes nicht auf den Tisch der mit dem Kanzlerwechsel eingeführten Versöhnungspolitik paßte. Beim ersatzlosen Ablauf des Sozialisten-

gesetzes im Oktober 1890 beschränkte er sich darauf, in den Hamburger Nachrichten seine Haltung im Kronrat vom 24. Januar rechtfertigen und wiederholen zu lassen, daß er ein abgemildertes Sozialistengesetz erst dann angenommen hätte, wenn ein endgültiger Beschluß des Reichstags für den nationalliberalen Antrag zustande gekommen, der Reichstagsmehrheit also auch allein die Verantwortung zugefallen wäre.

War nun auch die Verschiedenheit der Anschauung, wie sie im Kronrat vom 24. Januar in bezug auf die Sozialreform hervortrat, die für Ausgang der Krisis wichtigste, so war sie doch nicht die erste tiefe Verstimmung zwischen dem jungen, sich zu einer glänzenden Zukunft berufen fühlenden Kaiser und dem alten Kanzler mit einer unvergleichlich großen Vergangenheit. Vorangegangen war ihr unter anderem der Zwist auf der Rückfahrt nach der Verabschiedung des Zaren im Oktober 1889. Der Kaiser lud den Fürsten zu sich in seinen Wagen ein und teilte ihm mit, daß er mit dem Zaren einen zweiten Besuch in Petersburg während der russischen Manöver verabredet habe. Der Kanzler mißbilligte diesen ohne seinen Rat unternommenen Schritt als zu weit entgegenkommend und zweifelhaft im Erfolg. Indessen ebenso wie man nicht einzelne Symptome mit dem Wesen der Krankheit verwechseln soll, so darf man auch die Bismarck-Krisis nicht aus einzelnen Vorkommnissen wie eben dieser in Groll endigenden Fahrt oder dem vom Kaiser getadelten Empfang Windthorsts oder den Differenzen über die Kabinettsorder von 1852 erklären wollen. Ein solches einzelnes Vorkommnis war auch der in dem Entlassungsgesuch des Fürsten erwähnte Vorwurf des Kaisers, daß ihm Berichte des Konsuls in Kiew über Anzeichen von russischen Kriegsvorbereitungen nur lückenhaft vorgelegt worden seien. Zum Teil hatten sich auch diese symptomatischen Erscheinungen erst im März gezeigt, während die erste Anfrage an den General v. Caprivi, ob er bereit sei, den Kanzlerposten zu übernehmen, schon im Februar 1890 ergangen war.

Am letzten Ende war die Trennung tief in den Charakteren, Machtansprüchen, Altersunterschieden und Erfahrungen begründet,

was auch Bismarck selbst natürlich nicht verkannt hat. „Der Kaiser will zugleich Kaiser und Kanzler sein.“ In einem mit eigener Hand bald nach seiner Entlassung niedergeschriebenen „Entwurf zu vertraulichen Äußerungen über die Motive meines Rücktritts aus dem Dienst“ sollen am Schlusse die persönlichen Umstände als entscheidend in den Vordergrund gerückt sein[1]).

Ich schrieb damals für mehrere deutsche Blätter, die Schlesische Zeitung, den Hamburgischen Korrespondenten, die Münchener Allgemeine Zeitung, gleichlautende tägliche Berichte und lieferte an Stelle von Hugo Jakobi[2]), nachdem er die Leitung der Allgemeinen Zeitung in München übernommen hatte, monatlich eine Anzahl von Berliner Briefen für den Pester Lloyd. Als politischer Tagesschriftsteller war ich nur einer von vielen. In den Reichstag ging ich nur an großen Tagen. Zur Zeit des alten Kurses besuchte ich hin und wieder Rudolf Lindau im Auswärtigen Amt, erst unter dem neuen Kurs, als Herr v. Kiderlen-Wächter neben Constantin Rößler[3]) Preßangelegenheiten bearbeitete, war mein Verkehr in der Wilhelmstraße 76 reger geworden.

Ausgiebige politische Anregungen erhielt ich in einem Kreise von Männern der verschiedensten Berufe, die sich allabendlich spät

[1]) Leipziger Neueste Nachrichten vom 4. November 1906.

[2]) Hugo Jakobi verdiente sich seine ersten Sporen bei der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung Ende der siebziger Jahre, war dann längere Zeit in der elsässisch-lothringischen Verwaltung unter Manteuffel und Hohenlohe in Preßangelegenheiten tätig. Nach seiner Münchener Zeit war er Chefredakteur der Berliner Neuesten Nachrichten. Er führte eine gewandte Feder, war in höfischer und militärischer Geschichte gut beschlagen, stand in nahen Beziehungen zu Ministern (Miquel) und Parlamentariern (Kardorff) und war im Friedrichsruher Kreise gern gesehen, nahm auch an den Verhandlungen des Stuttgarter Verlegers Kröner mit dem Autor der „Gedanken und Erinnerungen“ teil. Er starb 1906.

[3]) Rößler war ein würdiger Greis mit einem Prophetenkopf, der schon zur Zeit der neuen Ära in Herrn v. Bismarck-Schönhausen den Mann der Vorsehung für Preußen und Deutschland erblickt hatte. Vorher war er Professor für Staatswissenschaften an der Universität in Jena gewesen. Von 1877 bis 1892 leitete er das Königliche Literarische Bureau des preußischen Staatsministeriums. Sein Feld war nicht die politische Tagespresse, sondern die Zeitschriftenliteratur, für die er manchen wertvollen Beitrag geliefert hat.

am runden Tisch im Weihenstephan versammelten. Den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht bildete der Landrat des Kreises Teltow, Stubenrauch, ein Mann von starkem Willen, praktischem Blick, strenger, von bureaukratischen Fesseln freier Sachlichkeit. Er war schon als Leutnant im ersten Garderegiment zu Fuß dem Prinzen Wilhelm gut bekannt und durch Verbindungen mit dem Hofe und in den oberen Regionen über vieles unterrichtet. Die Ministerien waren unter anderen durch den Geheimrat v. d. Hagen, späteren Ministerialdirektor im Handelsministerium, die Kunst durch Franz Schwechten, den Kirchenbauer, das Militär durch den Hauptmann im Großen Generalstabe, späteren Eisenbahnminister Budde, an der Tafelrunde vertreten. Unter den gelegentlichen Gästen war der Major v. Löwenfeld, später Generaladjutant und Kommandierender des Gardekorps, und meine erste persönliche Bekanntschaft mit dem Reichskanzler a. D. v. Bethmann Hollweg rührt von einer Gastrolle her, die der damalige Landrat von Oberbarnim am runden Tische gab.

Die politischen Unterhaltungen, die hier geführt wurden, bewegten sich alle auf dem Grunde einer warmen Verehrung für den Fürsten Bismarck. Diese hatte wie in den 99 Tagen der Regierung des Kaisers Friedrich auch nach dem Kanzlerwechsel im März 1890 Stich gehalten. Aber mit Stubenrauch gehörte ich zu denen, die wußten oder erkannten, daß eine vollständige Aussöhnung des alten Kanzlers mit dem Kaiser und seine Rückkehr zu den amtlichen Geschäften unmöglich war und daß also ohne ihn weiterregiert werden mußte. Daraus ergab sich der Wunsch und die Forderung, den in der Nation entstandenen tiefen Riß nicht zu erweitern und bei der Überleitung des Staatsschiffes in den neuen Kurs die persönlichen Gegensätze möglichst zurücktreten zu lassen. Wer die Zeit miterlebt hat, wird wissen, wie ungemein schwer das war. Leidenschaftliche Parteinahme in Reden und Artikeln, Mißverständnisse und Mißgriffe, Unwahrheiten, die geglaubt wurden, und Wahrheiten, die man nicht hören wollte, Streitigkeiten um Vergangenes mehr noch als um das Werdende verwirrten den Lauf der öffentlichen Dinge.

Beim Festmahl zur Einweihung des neuen Kreishauses Teltow in Berlin (18. Dezember 1891) traf nach der Rede des Kaisers und Königs auf die Ansprache des Landrats die Nachricht ein, daß der Reichstag die Handelsverträge mit Österreich-Ungarn, Italien und Belgien in dritter Lesung mit 243 gegen 48 Stimmen angenommen hatte. Darauf erhob sich der Kaiser noch einmal zu einer warmen Lobrede auf den Reichskanzler mit der Aufforderung zum Schluß, den General der Infanterie v. Caprivi, Graf v. Caprivi, hochleben zu lassen. An der Stelle, wo von den Schwierigkeiten, die dem Reichskanzler von den verschiedenen Seiten gemacht wurden, die Rede war, befand sich auch eine bittere Bemerkung, die auf den Fürsten Bismarck bezogen werden konnte. Das Stenogramm wurde Stubenrauch vorgelegt. Er ging mit mir in ein Nebenzimmer zu einer kurzen Aussprache über die mutmaßliche Wirkung in der Öffentlichkeit, die damit endigte, daß er sagte: Dann tun wir dem Kaiser einen Dienst, wenn wir die Bemerkung weglassen. Und er strich sie, bevor das Stenogramm zur Veröffentlichung an W. T. B. abging.

So war ich denn auch in meiner Tagesschriftstellerei bemüht, die Bismarck-Fronde gegen den neuen Kurs möglichst ausgleichend und mit menschlichem Verständnis für die Hauptpersonen und ihre Motive zu behandeln.

Über den Kampf, den Bismarck nach seiner Entlassung in der Öffentlichkeit führte, schreibt sein Biograph Max Lenz: „Er trat auch jetzt seinen Feinden gegenüber so, wie er es gewohnt war, ohne sich zu schonen, mit voller Kraft und dem Stolze, den ein Leben unerhörter Siege rechtfertigte, und er bewies der Welt, wie er es stets getan, daß neben der Liebe auch der Haß das Bedürfnis und eine Kraft seines Geistes war.“ In der Chronik jener Wochen und Monate und Jahre nach der Entlassung ist es eines der trübsten Kapitel, daß der gestürzte Kanzler nicht nur wirkliche Gegner angriff, sondern auch mit ungerechtem Verdacht vermeintliche verfolgte, darunter einen Mitarbeiter, der ihm so nahegestanden hatte, wie der Minister v. Bötticher. Der Hauptvorwurf gegen Bötticher ging dahin, daß er ihn falsch über die Absichten

des Kaisers unterrichtet und nicht rechtzeitig nach Berlin gerufen habe. Es steht jedoch fest, daß Herr v. Bötticher in dieser Beziehung nichts versäumt und sogar die Hilfe der Fürstin in Anspruch genommen hatte, um den Fürsten von der Entfremdung des Kaisers zu überzeugen und sein Eingreifen in Berlin herbeizuführen. Allerdings bestand eine sachliche Meinungsverschiedenheit zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn v. Bötticher. Sie betraf die vom Kaiser und der Mehrheit des Reichstags gewünschte gesetzliche Einschränkung der Kinder-, Frauen- und Sonntagsarbeit. Herr v. Bötticher bemühte sich vergeblich, den Kanzler für diese Wünsche zu gewinnen, nicht allein um der Sache willen, sondern auch, um es nicht zum Bruch zwischen Kaiser und Kanzler kommen zu lassen. In späteren Jahren hat der Fürst den Vorwurf gegen Herrn v. Bötticher dahin eingeschränkt, daß er im Staatsministerium und gegenüber dem Kaiser den Standpunkt des Kanzlers nicht pflichtmäßig vertreten hätte.

Eine Stelle eines Berliner Briefes an den Pester Lloyd (7. Mai 1890), der sich gegen das von manchen Blättern unter der stehenden Spitzmarke: „Vom Kriegsschauplatz in Friedrichsruh" ohne Verständnis für das tragische Geschick großer Männer vollführte Treiben richtete, mag zeigen, wie schwer es Fürst Bismarck dankbaren Bewunderern seiner Taten machte, die Ausbrüche seines gewaltigen Grolls beifällig aufzunehmen: „Nach den Hamburger Nachrichten soll dem Kaiser früher zu Ohren gebracht worden sein, daß Fürst Bismarck infolge von Morphiumsucht an Gedankenverwirrung leide; des ferneren sei ein Doppelspiel getrieben worden, indem man ihm gesagt, der Kaiser unterhandle bereits wegen der Nachfolge und indem man andererseits in dem Kaiser den Glauben erweckt habe, Fürst Bismarck wolle unter allen Umständen gehen. Daß letzterer an solche Intrigen als Ursachen seines Sturzes glaubt, war längst kein Geheimnis mehr, wenn es auch von allen großen und angesehenen Blättern ignoriert wurde. Allerdings bestanden während des letzten Winters Gerüchte unbekannten Ursprungs, nach denen Fürst Bismarck in der letzten Zeit vergeßlich geworden sei. Allein allgemein war man in unterrichteten Kreisen auch der Mei-

nung, daß in der Abnahme der Gedächtniskraft das Alter seinen Tribut forderte, ein Mangel, der sich ersetzen ließ und um dessentwillen kein Mensch an einen Verzicht auf die Dienste des jedenfalls im übrigen völlig rüstigen und geistig nach wie vor überragenden Staatsmannes denken konnte. Einer hierauf gebauten Intrige mußte jeder entscheidende Erfolg versagt bleiben. Die Überzeugung des Fürsten Bismarck, daß einer seiner Kollegen ihm schwarz und dem Kaiser weiß berichtet hätte, führte zu einem lebhaften Auftritte in Gegenwart Sr. Majestät, bei dem sich der Fürst eines anderen nicht überführen ließ. Eine Aufklärung über diese intimeren Vorgänge, wie sie das Hamburger Blatt in Aussicht stellt, würde unseres Erachtens nur sehr wenig an der geschichtlichen Tatsache ändern können, daß die Reibung zweier willensstarker Naturen von verschiedenem Alter und Temperament die entscheidende Ursache der Krisis war. Durch den erwähnten Kollegen war Fürst Bismarck schon im Januar durchaus recht berichtet worden. Fürst Bismarck hat vielleicht erst von der Zeit ab seine bevorstehende Entlassung geglaubt, als alle Zeichen des Mißtrauens gegen den Mann, der zu der entsagungsvollen Vermittlerrolle berufen war, insbesondere auch die Vollmachtsentziehung, diesen nicht zum Rücktritt bewogen und der Angegriffene einen Beweis der höchsten Huld empfing[1]). Der Gedanke, daß sich der Kaiser von ihm trennen werde, ist dem Fürsten Bismarck außerordentlich schwer geworden, und als er ihn nicht mehr abweisen konnte, suchte er nach künstlichen Gründen, nach böswilligen Einflüssen auf die Stimmung an allerhöchster Stelle. Die kleinen Geister, die sich jetzt an diesen Irrungen weiden und den Geisteszustand des Fürsten in Frage stellen, unterschätzen das berechtigte Selbstbewußtsein eines Bismarck und wollen nicht daran denken, was er für Deutschland seit Jahrzehnten gewesen ist. Während seiner glanzvollen Taten hat er so viel mit fremden Ränkespielen nach allen Regeln der Kunst zu tun gehabt, daß es sehr wohl be-

[1]) Am 8. März 1890 erhielt der Staatssekretär Minister v. Bötticher den Schwarzen Adlerorden mit einem Schreiben, das ihn als Hauptstütze der Sozialreform bezeichnete.

greiflich ist und man noch nicht an Verfolgungswahn und dergleichen zu glauben braucht, wenn er sich am Ende mehr für das Opfer einer Intrige hält, als Verhältnissen unterlegen sein will, in denen psychologische Motive, starke Eigenwilligkeiten, jugendlicher Drang und altersgraue Weisheit — kurz Imponderabilien die Hauptrolle spielten."

Zu Weihnachten 1890 hatte Fürst Bismarck noch ein Zeichen dankbaren Gedenkens vom Kaiser erhalten. Zum Geburtstag des Fürsten, am 1. April 1891, geschah ein Gleiches nicht. Dazwischen lagen die Enthüllung, daß der Minister v. Bötticher früher zur Deckung von Familienschulden eine Dotation aus dem Welfenfonds erhalten hätte, und die höchst peinlichen Erörterungen, die ihr gefolgt waren. Nach Prüfung der näheren Umstände hielt sich der Kaiser für verpflichtet, dem Minister seine Teilnahme und seinen Schutz gegen übele Deutungen angedeihen zu lassen.

Die Sache, um die sich die Erörterungen in der Presse drehten, stammte aus dem Jahre 1886. Damals stand der Schwiegervater v. Böttichers, Bankdirektor in einer Ostseestadt, vor dem finanziellen Zusammenbruch. Auf die Mitteilung, die der Präsident der Reichsbank hiervon dem Staatssekretär von Bötticher machte, lehnte dieser jede Intervention zugunsten des Bankdirektors ab, steuerte aber aus seinem Vermögen zu einer von anderen Verwandten und Freunden veranstalteten Sammlung zur Deckung der Schuldenlast seines Schwiegervaters bei. Herr v. Bötticher meldete seine Bedrängnis dem Reichskanzler und erklärte sich bereit, von seinen Ämtern zurückzutreten. Fürst Bismarck wies jedoch den Rücktrittsgedanken zurück und führte mit Genehmigung des alten Kaisers die Erstattung der von den anderen Verwandten und Freunden des Bankdirektors hergegebenen Summe aus dem Welfenfonds herbei. Herr v. Bötticher selbst erhielt keinen Ersatz für das von ihm beigesteuerte Vermögen. Die erste Enthüllung dieser Angelegenheit erschien Anfang März 1891 im Wiener Tagblatt, und zwar in gehässiger Form und mit dem Zusatz, daß der von Familienschulden befreite Staatsmann am meisten zum nachmaligen Sturze seines Wohltäters beigetragen habe. Da ein offizielles Dementi

ausblieb, setzte sich das Geraune über die geheime Fondsgeschichte weiter fort, bis endlich im Oktober 1895 der wahre Sachverhalt in einer von sämtlichen Mitgliedern des preußischen Staatsministeriums unterzeichneten Erklärung dargelegt wurde. Daß die Geschichte in Friedrichsruher Gesprächen angerührt worden war, ist sicher, wenn auch die Hamburger Nachrichten nichts mit der Veröffentlichung im Wiener Tagblatt zu tun haben wollten. Fürst Bismarck selbst verhielt sich passiv und ließ auch die heftigen Vorwürfe, die ihm selbst als Verwalter des Welfenfonds gemacht wurden, stillschweigend vorübergehen.

So gering auch der Wert dieser Menschlichkeiten für die Würdigung der historischen Persönlichkeit Bismarcks sein mag, so dürfen sie doch nicht vergessen werden, wenn man die Lage und das Verhalten seines Nachfolgers mit einiger Billigkeit beurteilen will. Auf der einen Seite standen die alten Gegner des Altreichskanzlers, viele durch den Vorwurf der Reichsfeindschaft Verwundete, die froh waren, den Druck des Kolosses loszusein, auf der anderen die Getreuen, beklommen in dem Gefühle, nun nicht mehr unter seinen Riesenbeinen zu wandeln. Die Getreuen aber schieden sich allmählich in zwei Gruppen: Die einen stritten, die anderen litten, und diese waren nicht die schlechtesten Patrioten.

Dreizehn Monate nach dem Bruch zwischen Kaiser und Altreichskanzler trauerte die Nation an der Bahre Moltkes, des anderen ganz Großen aus der Zeit der Begründung des Reiches. Er war glücklicher und hat es der Nation leichter gemacht, seine Person und seine Verdienste einmütig zu verehren und zu preisen. Für Moltke gab es keine politischen Aufregungen, sein individuelles Leben floß in beneidenswertem Gleichmaß dahin, es war ein reines, der Wissenschaft seines Berufs ganz hingegebenes Forscherleben. Wie bezeichnend ist es, daß die wenigen Anekdoten, die von dem großen Schweiger existieren, von dem Gleichmut seiner Seele in den großen Momenten der Schlacht Zeugnis ablegen! Für ihn galt nur die Leistung, nur die Tat, nicht die Person. Manche seiner Untergebenen haben sich zuweilen im stillen beklagt, daß sie in kein nahes persönliches Verhältnis zu ihm kommen konnten

und die ausgezeichnetste Leistung für ihn immer nur um ihrer selbst willen dazusein schien, bis sie erkannten, daß der große Mann die Bescheidenheit, die er selbst übte, von anderen als die selbstverständlichste Sache von der Welt voraussetzte. Mit zu seinen größten Taten dürfen wir den Geist rechnen, den er auf diese Weise mit seinem absolut nur auf den objektiven Gehalt und die objektive Wirkung der Dinge gerichteten Sinn auf den preußischen Generalstab und weiterhin in das Offizierskorps der Armee übertrug.

Ohne den kühlen, von allem Subjektiven befreiten Zug im Wesen Moltkes würden sich die eigentümlichen Beziehungen, die zwischen ihm und Bismarck bestanden, schwer erklären lassen. Sie trugen keinerlei intimes Gepräge, waren aber durch persönliche Zwiste, durch Eifersucht und ähnliche Charakterschwächen überhaupt nicht und durch große sachliche Differenzen nur vorübergehend gestört. Bismarck gab seiner Verehrung für den greisen Kriegshelden gern bei passender Gelegenheit Ausdruck; oft hat er im Reichstage auf das Urteil des vor ihm auf der ersten Bank der äußersten Rechten sitzenden Feldmarschalls verwiesen, das für ihn in militärischen Dingen maßgebend war. Moltke sah Bismarck immer mehr im historischen Lichte, auch ihm gegenüber machte er keine Ausnahme von dem Grundsatze: Die Leistung, die Tat, die fortwirkende, bleibende, ist alles, die Person verschwindet. So waren die beiden alten Paladine immer auf gutem Fuße miteinander, ohne daß sie eine warme persönliche Freundschaft fürs Leben verbunden hätte.

Wie mag Moltke, den die höchste kaiserliche Gunst bis an sein Lebensende begleitet hat, über die Entfremdung zwischen dem alten Kanzler und dem jungen Kaiser gedacht haben? Die äußeren Umstände, unter denen der eine Mitbegründer des Reiches „fortgeschickt" worden war, „als ob gar nichts gewesen wäre", berührten den anderen schmerzlich, sonst ist darüber nur selten ein Wort über Moltkes Lippen gekommen. Das eine Mal auf einer Fahrt des Kaisers mit Moltke und Caprivi nach Hamburg. Als der Zug Schwarzenbeck erreichte, sagte Moltke: „Hier wäre der

Ort, wo der Schloßherr von Friedrichsruh vor Seiner Majestät zu erscheinen hätte." Wenn er in der Zeitung von den wütenden Angriffen auf Bismarck und der ihm zugeschriebenen Fronde gegen den Kaiser, von allen den persönlichen Heftigkeiten und Verbitterungen las, pflegte er den Kopf zu schütteln und das Blatt schweigend aus der Hand zu legen. Er begriff es wohl, aber es ging gegen seine Natur.

II. Im Schatten des großen Mannes.

An einem Junitage des Jahres 1892 erhielt ich eine Einladung nach der Wilhelmstraße 77 zu einer Unterredung mit dem General, der zwei Jahre vorher als Nachfolger des Fürsten Bismarck zur obersten Leitung der Reichsgeschäfte berufen worden war. Was mir diese Ehre verschaffte, waren ein paar Artikel im Pester Lloyd, die, wie man mir sagte, die Aufmerksamkeit des Grafen Caprivi erregt hatten.

Er geleitete mich in den Kanzlergarten. An der Ecke des Mittelwegs stand damals noch eine alte Kastanie, unter deren Dache wir an einem Tische Platz nahmen. Es war das erstemal, daß ich ihn aus nächster Nähe sah. Beim Anblick von der Tribüne des Reichstags aus hatte der hochgewachsene Mann in Generalsuniform am Eckplatz der Ministerreihe mit dem runden Kopf, dem Schnauzbart auf der Oberlippe, der am Steg eingedrückten Nase und den munteren Augen in mir unwillkürlich die Erinnerung an einen Seehund hervorgerufen. So hätte wohl auch ein tierliebender Gulbranson jener Zeit ihn karikiert. Jetzt im Kanzlergarten fielen mir besonders der helle klare Blick und die feinen schmalen Hände des Mannes auf. Das Gespräch hatte er mit der Bemerkung eingeleitet, daß dieser schöne Park das einzige Angenehme an seiner Stellung sei. Dann kam er sogleich auf seinen großen Vorgänger zu sprechen.

„Ich habe alle Schwierigkeiten vorausgesehen, das, was in Wien geschah, nicht. Die beiden Söhne hielten ihn nach meinen Nachrichten in Wien zurück. Angriffsweise vorgehen, was mir als Soldaten am nächsten läge, ist unmöglich. Darin schlägt er uns. Was kann der Beweggrund für sein heftiges Vorgehen gegen das

neue Regiment sein? Wieder das Amt übernehmen kann und will er nicht. Bleibt nur als Erklärung eine leidenschaftliche Verbitterung mit dem Wunsche, den Kaiser zu einem Kanossa zu bringen. Triebfeder zu den größten Taten ist der Haß. In der Eschenheimer Gasse fing es an."

Graf Caprivi erzählte dann, daß er vor Jahren als Bewunderer des Fürsten Bismarck mit einem Tischgenossen, dem freisinnigen Redakteur König in Stettin, manchen Strauß ausgefochten habe. Darin, daß den Fürsten sein leidenschaftliches Temperament oft ungerecht in der Behandlung von Menschen und Dingen mache, habe der Mann leider recht behalten.

Auf meinen Einwurf, daß doch bei dem schroffen Auftreten des unfreiwillig in den Ruhestand versetzten Fürsten starke sachliche Motive mitwirkten, z. B. die Sorge um ein Abreißen des Drahtes nach Rußland, erwiderte Caprivi lebhaft: „Gewiß, ehrlich gemeint ist sie, aber sie beruht auf schwerem Irrtum. In Narwa[1]) nach einstündiger Unterredung sagte mir der Zar: ‚Ihrer Aufrichtigkeit vertraue ich, Ihrem Vorgänger habe ich niemals ehrlich vertrauen können.' Noch von Kiel aus[2]) hat er mir seinen Dank dafür bestellen lassen, daß ich nach der Krisis im März[3]) auf dem Kanzlerposten verblieben bin!"

Was ich dem Grafen Caprivi in seinem Verhalten gegenüber den Angriffen der Bismarckischen Seite im allgemeinen zu beobachten riet, ergibt sich schon aus der erwähnten Richtschnur, die ich mir selbst für meine Tagesarbeit gesetzt hatte. Bevor ich mich zurückzog, bereitete mich Graf Caprivi auf eine Auslassung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vor, die den Vorwurf der Sucht, alles zu ändern, zum Gegenstande hatte und die Auf-

---

[1]) Beim zweiten Besuche des Kaisers Wilhelm II. am russischen Hofe im Sommer 1890.

[2]) Zar Alexander III. hatte im Juni 1892 von Kopenhagen aus mit dem Großfürsten-Thronfolger dem Kaiser einen eintägigen Besuch in Kiel abgestattet.

[3]) Wegen des preußischen Schulgesetzes Rücktritt des Grafen Zedlitz-Trützschler als Kultusminister und des Grafen Caprivi vom Präsidium des preußischen Staatsministeriums.

hebung des Erlasses des Fürsten Bismarck vom 24. Oktober 1893 bekanntgab. Durch diesen Erlaß war allen Chefs der Reichsbehörden, auch der unpolitischen Fächer, vorgeschrieben worden, bei der Einberufung von Hilfsarbeitern, die später in die Stellen von vortragenden Räten einrücken sollen, zuvor eine Darlegung über ihre politische und wirtschaftspolitische Haltung einzureichen. Graf v. Caprivi rechtfertigte die Aufhebung des Erlasses mit den Erfahrungen, die er als Chef der Admiralität gemacht hatte. „Ich muß die Chefingenieure nehmen, wo ich sie finde, auch wenn es Sozialdemokraten sind, in den technischen Fächern nützt die politische Gesinnung nichts." Die Unterredung endete mit nochmaliger Erwähnung der Schwierigkeiten, die Fürst Bismarck seinem Nachfolger machte, und den Worten: „Ich kann ja immer nur im Schatten des großen Mannes stehen."

Der Eindruck, den ich mit hinwegnahm, war der eines gefesselten Kriegers, der standhaft sein Martyrium trägt.

Wie entstanden die am Eingang und am Ende des Gesprächs beklagten Schwierigkeiten und was war in Wien geschehen?

Das Urteil des Fürsten Bismarck über die Person seines Nachfolgers lautete während der Übergangszeit in den neuen Kurs recht günstig. Zu einem französischen Journalisten sagte er: Caprivi sei ein tüchtiger General, vielleicht unser tüchtigster, schade, daß er zur Politik übergegangen sei; nach seinem eigenen Ausspruche habe er bei Übernahme des Kanzlerpostens das Gefühl gehabt, als ob er in ein dunkles Zimmer eintrete. Ein Engländer vernahm die Worte aus Bismarcks Munde: Caprivi sei ein Mann von beträchtlicher Intelligenz und mannigfachem Wissen, den neuen Posten habe er nicht aus irgendwelchem persönlichen Ehrgeiz, sondern aus loyalem Pflichtgefühl übernommen, er besitze einen klaren Kopf, bedeutende Arbeitskraft und sei ein vollendeter Gentleman. Wiederholt traten die Hamburger Nachrichten der Annahme entgegen, daß der Altreichskanzler gegen Herrn v. Caprivi feindselig gesinnt sei und aus Verstimmung über persönliche Zurücksetzung gegen die Kaiserliche Politik und ihren Vertreter Opposition mache. Noch im August 1891 erklärte das Blatt, daß Fürst Bismarck selbst schon im Januar

oder Februar 1890 dem Kaiser den General v. Caprivi für den Fall eines Kanzlerwechsels als seinen Nachfolger empfohlen habe.

Aber die Schonung bezog sich nur auf die Person im allgemeinen. Im besonderen Falle, und wenn sich sachliche Gegnerschaft ergab, ließen es die Friedrichsruher Gespräche an Schärfe nicht fehlen. Caprivi war der ausgesprochenen Meinung, daß etwaige Zollfehden mit Österreich-Ungarn und Italien die Popularität des Bündnisses in allen Dreibundreichen leicht mindern würde, ein neuer Handelsvertrag dagegen den Dreibund festigen und die Bundesgenossen stärken könnte. Er glaubte ferner, daß eine vertragliche Herabsetzung der Kornzölle von 5 auf $3^1/_2$ Mark für die deutsche Landwirtschaft erträglich und insofern sogar nützlich wäre, als damit der Agitation gegen die Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels der Boden entzogen würde. Mit den Bundesgenossen, die durch wirtschaftliche Einigung gestärkt werden könnten, waren natürlich alle gleichmäßig gemeint. Das aus Friedrichsruh stammende Wort vom „Tribut an Österreich-Ungarn" gab dem Gedanken Caprivis einen falschen Sinn und wirkte agitatorisch gegen die Person Caprivis lange fort. Es gibt sogar heute noch ernsthafte Leute, darunter Geschichtschreiber, die höhnisch oder mitleidig dem zweiten Kanzler die Torheit nachsagen, er habe es unter Verkennung der Bedeutung der Landwirtschaft für nötig gehalten, den Nutzen, den das Bündnis mit Österreich-Ungarn dem Deutschen Reiche gewährt, mit wirtschaftlichen Opfern zu erkaufen.

Wie Caprivi wirklich die Bedeutung der Landwirtschaft für den Staat beurteilte, geht aus seiner Rede vom 10. Dezember 1891 hervor. Sein grundsätzlicher Standpunkt war, daß, wenn von Opfern die Rede wäre, diese nicht von der Landwirtschaft gebracht würden, sondern daß der Staat Opfer für die Landwirtschaft zu bringen hätte. Wer heute noch an den beschränkten Horizont des „Mannes ohne Ar und Halm" glaubt, der lese folgende in Vergessenheit geratene Stelle nach:

„Ich bin der Überzeugung, daß wir eines Körnerbaues, der zur Not hinreicht, selbst die steigende Bevölkerung, wenn auch unter Beschränkungen, im Kriegsfall zu ernähren, gar nicht ent-

behren können. Das Dasein des Staats wird aufs Spiel gestellt, wenn er nicht imstande ist, von seinen eigenen Bezugsquellen zu leben. Sie können mir erwidern: Es können Mißjahre eintreten, es können Unglücksjahre eintreten. Jawohl, das sind dann aber keine normalen Verhältnisse, und in etwas sehen wir solchen Unglücksfällen auch dadurch vor, daß wir in diesen Verträgen das Bestreben haben, uns einem hervorragend Getreide bauenden Staat so eng zu verbinden, daß wir hoffen dürfen, selbst im Kriegsfalle würden dessen Mittel uns zur Verfügung stehen. Ich habe sagen hören: das ist eine übertriebene Ansicht; selbst wenn wir einen Krieg hätten zugleich gegen Frankreich und Rußland, es bleibt uns ja doch der Weg über die See offen; da sind neutrale Staaten, die werden das Korn bei uns einführen. Ich möchte das Wohl des Staates auf so unsichere Faktoren nicht stellen. Der Seehandel im Falle eines Krieges ist geregelt oder soll wenigstens geregelt sein durch die Pariser Konvention von 1856. Was aber dermaleinst, wenn ein Weltbrand kommt, die zur See mächtigen Staaten für Konterbande, für eine effektive Blockade erklären werden, das wollen wir einmal abwarten, und ich halte es für richtiger, daß Deutschland sich auf seine Landwirtschaft stützt, sie erhält, selbst wenn es nur mit Opfern geschehen kann, als daß es sich auf einen so unsicheren Kalkül über die Unterstützung durch Dritte im Kriegsfalle verläßt. Ich bin vielleicht durch meine Vergangenheit als Soldat und durch die Zeit, die ich in der Admiralität zugebracht habe, darauf angewiesen worden, solchen Fragen näherzutreten, und ich habe diese Überzeugung nicht von heute. Mir ist es eine ganz unerschütterliche Überzeugung, daß in einem künftigen Kriege die Ernährung der Armeen und des Landes eine geradezu entscheidende Rolle spielen kann."

Schutz gegen eine mögliche Hungerblockade im Kriege — derselbe Leitgedanke hatte auch schon dem Erwerbe der Insel Helgoland im sogenannten Sansibarvertrage zugrunde gelegen. In der Denkschrift über das deutsch-englische Abkommen vom 1. Juli 1890 war hervorgehoben worden, daß der Wiedergewinn Helgolands eine

Verstärkung der deutschen Wehrkraft zum Schutze der Küsten und Flußmündungen in der Nordsee bedeute. In deutschen Händen werde Helgoland, das feindlichen Flotten in den Kriegen stets einen gerissen Schutz geboten habe, die Verteidigung der Nordseeküsten wie unseres deutschen Meeres erleichtern, eine feindliche Blockade aber mindestens sehr erschweren. Schon Ende 1883 hatte die Kaiserliche Admiralität — General v. Caprivi war im Frühjahr desselben Jahres an ihre Spitze getreten — darauf hingewiesen, daß der Nordostseekanal erst durch ein deutsches Helgoland seinen vollen Wert für den Kriegsfall erlangen könne.

Aber was halfen die besten Gründe! Gleich nach der Veröffentlichung des Abkommens ergriff alle kolonialpolitischen Kreise, mit Ausnahme einiger praktischer Köpfe in der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, helle Entrüstung über den schmählichen Handel, bei dem angeblich der „Schlüssel" für ganz Afrika (Sansibar) hingegeben worden war, für den „Hosenknopf" Helgoland. Allerdings war bisher auf der Insel Sansibar der ganze Außenverkehr des Festlandes bis zum Seengebiet konzentriert, aber doch nur deshalb, weil hier die Herrschaft von Insel und Küste ihren Sitz hatte. Unter verschiedenen Besitzern konnte derjenige der Küste und der Verkehrswege nach dem Innern gewiß nicht im Nachteil sein gegen denjenigen der Insel. Das eben war der andere wesentliche Vorteil, den uns das Abkommen verschaffte, daß nämlich England das Besitzrecht des Sultans von Sansibar an dem vor dem deutschen Gebiet sich hinziehenden Küstenstreifen preisgab.

Die Entrüstung steigerte sich natürlich noch, als sich zeigte, daß auch Fürst Bismarck, wenngleich ohne besonderen Eifer und mit diplomatischer Vorsicht, auf der Seite der Gegner des deutsch-englischen Abkommens stand. Die Hamburger Nachrichten billigten zwar die gute Absicht, die Beziehungen zu England zu pflegen, versicherten aber auch, daß Fürst Bismarck den Vertrag so wie geschehen nicht abgeschlossen hätte. Im Februar 1891 folgte dann die spitze Bemerkung, daß den Zeitungspolitikern, die den Verzicht auf Sansibar mit einem früheren Abkommen über die Rechte des Sultans rechtfertigen wollten, ein Haupterfordernis erfolg-

reicher politischer Konzeption fehle, die Fähigkeit nämlich, zu warten, bis der richtige Augenblick gekommen ist. Fürst Bismarck schätzte also den Besitz von Sansibar höher als den von Helgoland, den er sogar noch in den „Gedanken und Erinnerungen" wie eine dem Deutschen Reiche aufgebürdete Last ansah.

Heute freilich, nach den Erfahrungen des Weltkrieges, liegt es klar zutage, daß Sansibar militärisch wertlos für uns gewesen wäre — wir hätten es nicht eine Woche im Kriege behaupten können —, wogegen sich Helgoland als ein Bollwerk von unschätzbarem Wert erwiesen hat. In Sachen Sansibar-Helgoland hat die Geschichte nicht dem alten Eckart des deutschen Volkes, sondern dem jungen Kaiser und seinem neuen Kanzler recht gegeben.

Es war gewiß nicht Übelwollen oder Mißgunst gegen den Nachfolger, was die Haltung des Fürsten bestimmte, sondern es war Voreingenommenheit in der Sache, als die natürliche Folge des Grundsatzes, der seine gesamte innere und äußere Politik beherrschte: Die deutsche Nation einig und stark zu machen und das neue Reich im Innern zu festigen und nach außen als Großmacht des europäischen Festlandes gegen alle Gefahren zu sichern. Die Aufgabe war groß und schwer genug, um sein ganzes Denken und amtliches Wirken auszufüllen. Daher ließ er die ersten Schritte jugendlicher Geister, wie Karl Peters, zur Erwerbung von Kolonien nur zögernd zu. Daher auch die Beschränkung der Rüstung zur See auf das geringste Maß des Küstenschutzes. Daß das Wachsen der inneren Kraft Deutschlands den Übergang zur Weltpolitik erfordern werde, ahnte sein Genius wohl, aber die stete Sorge blieb doch auf die militärische Verteidigung unserer Stellung inmitten des europäischen Festlandes gerichtet und an eine Schlachtflotte mit Helgoland als unentbehrlichem Stützpunkt dachte er nicht. Die beste Erklärung liegt in der vom Fürsten Bülow in seinem Buche „Deutsche Politik" nacherzählten Geschichte, wie der achtzigjährige Fürst Bismarck auf einer Rundfahrt im Hamburger Hafen zum erstenmal einen der neuen Riesendampfer betritt, im Anblick aller der vielen Schiffe, Kräne und Docks stehenbleibt und tiefbewegt zu Ballin spricht: „Ja, das ist eine neue Zeit — eine ganz neue Welt."

Minder scharf als in dem Streit um die Höhe der agrarischen Zölle und in Sachen Sansibar waren die Einwände des Hamburger Organs des Fürsten Bismarck gegen die preußische Landgemeindeordnung und andere Neuerungen in der inneren Politik. Gingen auch Dementis und Verwahrungen hin und her, die den völligen Kältezustand in den Beziehungen zwischen Friedrichsruh und Berlin verrieten, so blieb doch ein offener Konflikt bis gegen die Mitte 1892 vermieden.

Da kam die Reise nach Wien. Was der Herausgeber der Neuen Freien Presse seinen Lesern als Äußerungen aus dem Munde des zur Hochzeit seines Sohnes Herbert nach Wien gekommenen Fürsten am 23. Juni 1892 mitteilen konnte, war eine offene Kampfansage an seinen Nachfolger im Kanzleramt. „Natürlich hat Österreich die Schwäche und Unzulänglichkeit unserer Unterhändler beim Handelsvertrag ausgenutzt. Das Resultat ist dadurch eingetreten, daß bei uns Männer in den Vordergrund gekommen sind, die ich früher im Dunkeln hielt, weil eben alles geändert und gewendet werden mußte." „Ich bin nicht in den Reichstag gegangen, weil ich die Regierung en visière ouverte angreifen müßte, gewissermaßen als Chef der Opposition." „Allerdings habe ich gar keine persönlichen Verpflichtungen mehr gegen die jetzigen Persönlichkeiten und gegen meinen Nachfolger. Alle Brücken sind abgebrochen." „Die Tatsachen (durch die eine Veränderung in den Beziehungen zu Rußland eingetreten sei) sind das Schwinden des persönlichen Vertrauens und somit des persönlichen Einflusses auf den Kaiser von Rußland. ... Diese persönliche Autorität und das Vertrauen fehlen bisher meinem Nachfolger. Der Draht ist abgerissen, der uns mit Rußland verbunden."

Was hatte diesen gereizten, schrillen Ton erzeugt? Was konnte es rechtfertigen oder wenigstens erklären, daß der Fürst die heimische Regierung vor aller Welt so bloßstellte und in dem Leser, namentlich dem ausländischen, den Eindruck erweckte, als ob seit seinem Rücktritt die Politik in Berlin nicht mehr nach den Reichsinteressen, sondern nach Neigungen und Gefühlen geleitet würde? Bevor die wahre Ursache bekannt wurde, schoß Fürst Bismarck noch

einen zweiten, und zwar vergifteten Pfeil gegen Caprivi ab, indem er ihm in den Hamburger Nachrichten, im Gegensatz zu seinen eigenen früheren Äußerungen, alte, bis in die Zeiten der berüchtigten Reichsglocke zurückreichende, antibismarckische Beziehungen nachsagen ließ.

Aber alle Ausbrüche eines tiefen, bis zu persönlicher Feindseligkeit gesteigerten Grolls während und kurz nach der Wiener Reise mußten dem Fürsten Bismarck nachgesehen werden, als die von Caprivi gezeichneten Erlasse vom 23. Mai 1890 und 9. Juni 1892 im Reichsanzeiger erschienen waren. Der Maierlaß von 1890, der sich auf die ersten Unterredungen des Fürsten Bismarck mit Preßvertretern bezog und an sämtliche deutsche und preußische Missionen gerichtet war, mochte noch hingehen. Sein Inhalt mit der Unterscheidung zwischen dem Fürsten Bismarck früher und jetzt war auch schon im Juni 1890 im engeren Friedrichsruher Kreise bekannt. Dagegen war die Depesche an den Botschafter Prinzen Reuß vom 9. Juni 1892 dem Zwecke nach und im Mittel anstößig und für den Fürsten Bismarck schwer verletzend. Der Zweck war, eine Audienz des Fürsten bei dem Kaiser und König Franz Josef zu vereiteln, das Mittel war ein Verbot an das prinzliche Haus, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit des Grafen Herbert Folge zu leisten, und außerdem der Auftrag an den Botschafter, den österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen, Grafen Kalnoky, davon in Kenntnis zu setzen, daß der Deutsche Kaiser von der Hochzeit keine Notiz nehmen werde.

Die Veröffentlichung im Reichsanzeiger war kein ganz freiwilliger Akt. Schon vorher (6. Juli) hatte die Allgemeine Zeitung in München mit aller Deutlichkeit über den „hingeworfenen Handschuh" geschrieben und den von Berlin aus in Wien getanen, nicht sehr würdigen Schritt, um den Empfang des Fürsten beim Kaiser Franz Josef zu hintertreiben, als wahre Ursache der seitdem verschärften Preßfehde bezeichnet. Die Veröffentlichung der Erlasse ließ sich daher kaum mehr vermeiden, so wenig Sehkraft auch dazu gehören mochte, um ihre schlechte Wirkung für den, der für ihren Inhalt verantwortlich war, vorauszusehen.

In der Tat war Caprivi von allen guten Geistern verlassen,

als er seinen Namen unter die Depesche an den Prinzen Reuß setzte. Nach dem Eindruck, den er mir bei meinem ersten, zwischen der Absendung der Depesche und der Veröffentlichung im Reichsanzeiger liegenden, Empfang gemacht hatte, konnte ich kaum glauben, daß die Depesche seiner eigenen Initiative entsprungen sei oder daß er sie ohne inneres Widerstreben unterschrieben habe. Mit seiner Erkenntnis, die in den Worten lag: „Angriffsweise vorgehen — da schlägt er uns", war der Inhalt der Depesche nicht vereinbar, es sei denn, daß er geglaubt hätte, die Vorschrift an den Botschafter würde ein diplomatisches Internum bleiben und nicht an die Öffentlichkeit kommen. Aber wie konnte das möglich sein, da doch das reußische Ehepaar mit den Familien des Brautpaares in den besten Beziehungen stand, und sein Wegbleiben von der Hochzeitsfeier auffallen mußte?

Zunächst blieben mir diese Zweifel und Widersprüche ungelöst. Den Kanzler selbst um Aufklärung bitten, wie der kaum wieder gutzumachende Fehler entstanden sei, dazu hatte ich nach dem einmaligen Besuche keine genügende Legitimation. Mit einer Andeutung gar, daß vielleicht der Kaiser oder Frhr. v. Marschall oder Herr v. Holstein der intellektuelle Urheber der Maßregel gewesen, hätte ich mir sicher eine Zurückweisung zugezogen. Denn darin konnte ich mich nicht getäuscht haben, daß es nicht die Art dieses Mannes war, eigenes Verschulden, sei es auch nur ein Mitverschulden, auf andere abzuschieben. Was seine Unterschrift trug, vertrat er auch ganz allein.

Der ganze Sommer 1892 ging hin unter schriftlichen und mündlichen Begrüßungen von Vereinen und Körperschaften, Wallfahrten und Huldigungen von Vertretern der deutschen Stämme, Reden des Fürsten Bismarck auf seinen Reisen von Kissingen durch Thüringen nach Schönhausen und von da nach Varzin. Erst im Herbst, als das Unwetter der Begeisterung für den Altreichskanzler und schaurigen Zornes gegen seinen Nachfolger abflaute, ließ mich Graf Caprivi wieder zu sich bitten. Seine größte Sorge war damals die Militärreform. Bei meinem nun folgenden regeren Verkehr im Reichskanzlerhaus wurde zwar niemals der Uriasbrief

erwähnt, wohl aber bekam ich nun vollen Aufschluß über die Stellung, die Caprivi über die von einem großen Teil der Nation gewünschte Aussöhnung des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck einnahm.

Von Hugo Jacobi, der zu den intimen Gästen des Bismarckschen Hauses gehörte und in versöhnlichem Sinne wirkte, hatte ich erfahren: Am 7. Juni 1892 wären in Friedrichsruh Vorbereitungen zum Empfang des von Kiel zurückkehrenden Kaisers getroffen gewesen und man hätte stündlich Nachricht über die Durchreise des Kaisers erwartet, der Besuch wäre jedoch unterlassen worden und man glaubte in Friedrichsruh immer noch, daß ihn Caprivi in letzter Stunde verhindert hätte. Die Auskunft, die ich darauf von Caprivi erbat, lautete so: „Kein Wort davon ist wahr. Mein Anteil an dem Verhältnis des Kaisers zu Bismarck beschränkt sich auf folgendes: Ich habe geflissentlich tunlichst jede Einmischung vermieden. Mir wäre es recht, wenn der Fürst sich versöhnte und wieder hierherkäme. Nur eine Nebenregierung halte ich für ganz verderblich und würde, wenn sie aufkäme, abtreten. Als der Kaiser von der Kieler Begegnung (mit dem Zaren und dem Großfürsten-Thronfolger, 7. Juni 1892) zurückkehrte, sagte er, daß er Waldersee auf dem Schiff anheimgestellt habe, in Friedrichsruh auszurichten, daß er zu einem besseren Verhältnis bereit sei, wenn der Fürst einen Schritt zur Aussöhnung tue. Als dies dann gleich in der Presse, auch der englischen, einseitig zugunsten Bismarcks ausgelegt und die Aussöhnung als vollzogene Tatsache behandelt wurde, hielt ich Vortrag, worauf der Kaiser an Waldersee einen Brief schrieb, der den in Kiel erteilten Auftrag anerkannte, aber auch an die gestellte Bedingung erinnerte, daß der erste Schritt von Friedrichsruh auszugehen hätte. Das ist alles."

In dieser Antwort liegt der Schlüssel zur psychologischen Erklärung des sogenannten Uriasbriefes.

Caprivi hatte gleich bei Beginn seiner Amtstätigkeit für das Verhältnis zu seinem Vorgänger einen strategischen Plan entworfen, dessen Grundlinien waren: Der Kaiser hat von einem unbestreitbaren Rechte Gebrauch gemacht, als er den Fürsten Bismarck entließ. Von einem Streit zwischen dem Kaiser und dem gewesenen

Kanzler kann daher keine Rede sein. Erhebt dieser trotzdem gegen jenen die Streitart, so ist er im Unrechte. Als oberster Diener des Kaisers ist der neue Kanzler zur Abwehr von Angriffen bestellt unter möglichster Wahrung der Grenzen, die durch die außerordentlichen Verdienste des Fürsten um Kaiser und Reich gezogen sind. Selbst von seinem erfahrenen weisen Rat Gebrauch zu machen, ist ausgeschlossen, solange Bismarck in öffentlichem Kampf gegen das neue Regiment verharrt, und würde auch ohnedies zur Verrückung der Kompetenzen und Verwirrung der Begriffe führen.

Aus dieser Grundidee ergab sich alles folgerichtig: Die Unterscheidung zwischen dem Fürsten Bismarck früher und jetzt in dem Erlaß an die Missionen vom 23. Mai 1890. Ebenso die Versicherung in der Depesche an den Prinzen Reuß vom 9. Juni 1892, daß, auch wenn Fürst Bismarck den ersten Schritt zur Versöhnung tue, die Annäherung doch nicht so weit gehen könne, um die Annahme zu begründen, Fürst Bismarck hätte wieder Einfluß auf die Leitung der Geschäfte. Endlich auch die abweisende Antwort auf einen Bericht des Prinzen Reuß, in dem deutlich genug die Übertragung des Streites nach Österreich-Ungarn und die ungünstige Wirkung auf den Hof und die Gesellschaft in Wien hervorgehoben war. Der Prinz wurde daran erinnert, daß ein Streit gar nicht vorliege, und daß er als persönlicher Vertreter des Kaisers den Eindruck des Entgegenkommens und der Schwäche gegenüber dem immer noch frondierenden Fürsten Bismarck zu vermeiden habe.

Der wirkliche Urheber des Uriasbriefes war also kein anderer als Graf Caprivi selbst.

Caprivi war mit Leib und Seele Soldat. Die Nachfolge des Fürsten Bismarck übernahm er trotz der klaren Erkenntnis, daß er es als Staatsmann niemals seinem großen Vorgänger gleichtun werde, einfach weil es so befohlen war. Die Psychologie, die zur Führung der politischen Geschäfte gehört, war ihm ein fremdes Gebiet. Auch das wußte er. Wie viele Mißverständnisse hätten sich vermeiden lassen, wie manche vergiftende Zuträgerei in den beiden Lagern des alten und des neuen Regiments wäre leicht im Keime zu ersticken gewesen, wenn er seine soldatische Steifheit über-

wunden und eine fortdauernde persönliche Fühlung mit dem Fürsten in Friedrichsruh gesucht und unterhalten hätte. Dem aber stand mehr noch als die harten Umstände, unter denen der Kaiser die Trennung vom Fürsten Bismarck vollzogen hatte, wieder sein ganzes militärisches Fühlen und Denken entgegen. Die meisten Generale werden, wenn sie von ihrem eigensten Bezirk auf das politische Gebiet geraten, leicht versucht sein, der strengen Abgrenzung der Zuständigkeiten, dem Einordnen aller Aufgaben in Fächer und Kasten, mehr Wert beizumessen als der Kunst der Menschenbehandlung. Jedenfalls war Caprivi von vornherein tief davon durchdrungen, daß er sein schweres Amt ganz aus eigener Kraft führen müsse und keine Art von Nebenregierung aufkommen lassen dürfe. Dem geschmeidigeren Diplomaten Fürsten Hohenlohe ward es leichter, ein persönliches Verhältnis mit dem Fürsten Bismarck herzustellen. Ganz ungetrübt blieb aber auch dieses Verhältnis nicht. Schon die fortgesetzten Friedrichsruher Angriffe auf Bötticher, Marschall und Berlepsch setzten den neuen Kanzler in Verlegenheit. Während er sich bemühte, die agrarische Flut einzudämmen, bekam sie vom Fürsten Bismarck neuen Druck, und als im Juni 1895 das Wort von den Drohnen und Klebern gegenüber Vertretern des Bundes der Landwirte fiel, und selbst die Ministerfrauen nicht geschont wurden, war Fürst Hohenlohe fast auf demselben Punkt angekommen, wo Caprivi stand.

Über die Formfrage wegen des ersten Schrittes half die schwere Erkrankung Bismarcks in Kissingen im Sommer 1893 hinweg. Hochherzigkeit belohnt sich selbst. Mit dem freien Entschlusse des Kaisers, in der Günser Depesche seine Teilnahme und seine Freude über die Besserung auszusprechen, war eine Anregung des Grafen Caprivi zusammengetroffen. Wenn auch der erste Schritt keine innerliche Aussöhnung bringen konnte, so blieb doch eine mildernde Wirkung nicht aus. Nur einmal noch schlugen helle Flammen aus der verglimmenden Asche, im Oktober 1896, nach der Enthüllung der Hamburger Nachrichten über den deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag, als Caprivi schon seit zwei Jahren ein stiller Mann geworden war.

III. Der abgerissene Draht nach Rußland.

Solange Graf Caprivi noch im Kanzleramt war, blieb die Species facti der Wiener Anklage des Fürsten Bismarck wegen Schwächung des deutschen Einflusses auf die russische Politik der Öffentlichkeit verborgen. Zwar hatten die Hamburger Nachrichten schon am 3. Juni 1891 gerügt, daß von den beiden Strängen, die Deutschland früher auf seinem Bogen hatte, der russische kurzweg durchgeschnitten worden sei, und weiter am 24. Januar 1892 eine noch deutlichere Anspielung auf „bestimmte, jetzt nicht mehr vorhandene Abmachungen" gemacht. Aber die in- und ausländische Presse hatte noch viel zuviel mit dem persönlichen Gegensatze zwischen dem jungen Kaiser und dem alten gestürzten Kanzler zu tun und beachtete den Hinweis auf eine von dem neuen Kanzler vorgenommene Änderung in dem Verhältnis zu Rußland nicht. Das Wiener Wort Bismarcks vom abgerissenen Draht galt nur als Urteil über das allgemeine Verhalten seines Nachfolgers gegenüber Rußland. Die wenigen, die wissen mußten, daß ihm eine bestimmte diplomatische Handlung zugrundelag, rührten sich natürlich nicht. Bei Beratung der Militärvorlage (23. November 1892) antwortete Caprivi auf den Vorwurf, daß die Regierung den Draht zerrissen habe, nur mit der kurzen Bemerkung: Wir haben alle Sorgfalt darauf verwendet, diesen Draht zu erhalten, wir wünschen nur nicht, daß er uns den Strom aus denjenigen Leitungen nehme, die uns mit Österreich-Ungarn und Italien verbinden. Die wenigen Striche, die Caprivi dem von Bismarck gebrauchten Bilde hinzufügte, genügten nicht, um den wirklichen Hintergrund erkennbar zu machen. Erst durch den Artikel der Hamburger Nachrichten vom 24. Oktober 1896 kam Licht in das Dunkel.

Das Nachgefecht, das sich nun um einen wichtigen Teil der Hinterlassenschaft Bismarcks entspann, war fast so hitzig als der Hauptkampf vor vier Jahren um das gesamte Erbe. In dem Lobpreisen der einen und dem Verdammen der anderen wurde vor allem nach dem Grund für die Preisgabe des Drahtes gefragt und der Zweck der Enthüllung erörtert. Die Getreuen: „Warum wurde die vorteilhafte Assekuranz aufgegeben?" „Wie konnte Caprivi leichtherzig ein Meisterwerk Bismarckischer Staatskunst verderben?" Die alten Gegner: „Will er den Dreibund sprengen?" „Will er sich an den Staatsmännern des neuen Kurses rächen?" Die Lauen: „Er wollte vor einseitiger Hinneigung zu England warnen oder vielleicht den französischen Feuereifer für Rußland dämpfen?"

In Österreich-Ungarn und in Italien wurden aus einer Wolke der Verstimmung Gedanken laut wie die, in Deutschland scheine der Dreibund nicht mehr so beliebt zu sein, und was sich der eine Verbündete gestattet habe, könnten sich die anderen nun auch erlauben, Italien zum Beispiel ein Geheimabkommen mit Frankreich. Eine nützliche Wirkung der Enthüllung wäre es gewesen, wenn sich Frankreich in der Rolle einer jungen Frau gefühlt hätte, die plötzlich Liebesbriefe ihres Mannes an eine andere entdeckt. Aber Frankreich blieb so vernarrt in den russischen Freund, daß Unmut über seine alten Liebhabereien nicht aufkommen konnte. Pariser Blätter zogen es vor, den Schein auszubeuten, als ob Deutschland kein unbedingt zuverlässiger Bundesgenosse wäre.

Die Regierung des dritten Kanzlers glaubte zuerst, die Verlegenheit, in die sie versetzt war, durch Berufung auf die ganz geheime Natur der deutsch-russischen Abmachungen von 1887 überwinden zu können. Das Mittel war ungeeignet. Die Bemerkungen im Reichsanzeiger über Verletzung strengster Staatsgeheimnisse und Erschütterung des Vertrauens der Mächte in die deutsche Vertragstreue gossen sogar noch Öl ins Feuer. Erst nach den Erklärungen des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe und des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall auf eine Zentrumsinterpellation in der Reichstagssitzung vom 16. November 1896 trat allmählich, da die Hamburger Nachrichten den Streit nicht fortsetzten, Ruhe ein.

In der politischen Literatur aber bildet der Verzicht auf den Rückversicherungsvertrag heute noch ein Hauptstück kritischer Betrachtung der Caprivi-Zeit. Bei den Historikern und ernsten Publizisten überwiegt durchaus die Ansicht, daß der Verzicht ein schwerer Fehler gewesen sei, und daß ohne ihn vielleicht die verhängnisvolle, schließlich den Weltkrieg herbeiführende Teilung Europas in zwei Mächtegruppen nicht zustandegekommen wäre. Eine Ausnahme macht Hans Delbrück, der sich schon kurz nach der Enthüllung der Hamburger Nachrichten skeptisch über den Wert der russischen Rückendeckung und über die Nützlichkeit ihrer posthumen Veröffentlichung äußerte (Preuß. Jahrb. Bd. 86, Oktober bis Dezember 1896).

Der entgegengesetzte Standpunkt, daß der Verzicht ein folgenschwerer Fehler war, wird am ausführlichsten vom Grafen Ernst zu Reventlow in seinem Buche: Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914 vertreten. Sein Urteil ist ohne Voreingenommenheit gegen die Person Caprivis, sachlich abwägend, wie überhaupt in dem Werke, namentlich in den Teilen, die sich mit älteren Streitfragen und abgeschlossenen Perioden befassen, der kampflustige Tagesschriftsteller hinter den historischen Forscher zurücktritt.

Die einzige Quelle für den Inhalt des Vertrages ist heute noch der Artikel der Hamburger Nachrichten vom 24. Oktober 1896. Danach hätten sich beide Reiche gegenseitig zu wohlwollender Neutralität für den Fall verpflichtet, daß eines von ihnen von dritter Seite angegriffen würde. Wenn also z. B. Frankreich einen Angriffskrieg gegen Deutschland unternähme, so wäre die wohlwollende Neutralität Rußlands zu gewärtigen gewesen und umgekehrt die Deutschlands, wenn Rußland einen unprovozierten Angriff abzuwehren hätte. Der Artikel der Hamburger Nachrichten brachte dann mit dem Verzicht auf die gegenseitige Assekuranz die polonisierende Ära in der Wilhelmstraße, die nur russenfeindlich gemeint sein könnte, in Zusammenhang und schloß mit dem Satz: „So entstand Kronstadt mit der Marseillaise und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zarentum und der französischen Republik, unserer Ansicht nach ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt."

Am 31. Oktober 1896 wies das Hamburger Organ dann in einer Antwort auf die Erklärung des Reichsanzeigers die Behauptung scharf zurück, daß das 1890 abgelaufene deutsch-russische Abkommen mit der Treue gegen den Dreibund nicht verträglich gewesen sei. Schon der Vertragstext wahre der österreichisch-ungarischen Monarchie in bezug auf etwaige neue deutsch-französische Verwicklungen die Freiheit, sogar bei einem Angriffe Frankreichs auf Deutschland neutral zu bleiben, und niemandem sei es eingefallen, deshalb von einer Duplizität der österreichisch-ungarischen Stellung im Dreibunde zu sprechen. Der ganze Dreibund in corpore könnte, wenn Rußland dazu bereit wäre, mit diesem ganz dasselbe Abkommen treffen, das bis 1890 zwischen Rußland und Deutschland bestanden habe, er würde deshalb auf seinen Hauptzweck, die gemeinsame Abwehr eines russischen Angriffs, nicht zu verzichten brauchen.

Während in dem ersten Artikel die Berufung auf den polenfreundlichen Kurs nicht als beweiskräftig anerkannt werden konnte — dieser setzte erst lange nach dem Verzicht auf den Rückversicherungsvertrag ein —, ist die Ansicht des zweiten Artikels, daß das deutsch-russische Geheimabkommen mit den Dreibundverträgen wohl vereinbar sei, in der Literatur allmählich durchgedrungen. In thesi waren die Hamburger Nachrichten mit ihrer Abwehr des Vorwurfs der Untreue gegenüber Österreich-Ungarn sicherlich im Rechte. Die leitenden Personen in Wien wußten, daß die deutsche Regierung die Abmachungen, die von 1881—1887 zwischen den drei Kaisermächten bestanden, erneuert hatte, und nahmen hieran im Vertrauen auf die Loyalität des Fürsten Bismarck und seine diplomatische Meisterschaft selbst keinen Anstoß. Die deutsche Rückversicherung bei Rußland bot ja auch Österreich-Ungarn den Vorteil, daß sie als Hemmschuh für einen französischen Angriff gegen Deutschland und damit zugleich für das Eintreten des casus foederis im deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrage wirkte. Dagegen läßt sich nicht bestreiten, daß in praxi für die deutsche Diplomatie aus den gegensätzlichen Interessen Rußlands und Österreich-Ungarns am Balkan eine schwer zu lösende Verkettung der

Pflicht zu wohlwollender Neutralität (gegenüber Rußland) und der Pflicht zur Waffenhilfe (gegenüber dem verbündeten Donaureiche) entstehen konnte. Dabei fragt es sich noch, ob die Hamburger Nachrichten, wie allgemein angenommen wird, den Inhalt der deutsch-russischen Abmachungen vollständig angegeben haben.

Ist das wirklich der Fall? Von der Beantwortung dieser Frage hängt wesentlich das Urteil darüber ab, ob der Verzicht auf die Erneuerung des Vertrags eine kaum begreifliche Torheit war oder ob er sich rechtfertigen läßt. Für die Verneinung der Frage spricht folgendes:

Zunächst muß das Verhalten der deutschen Regierung nach der Hamburger Enthüllung auffallen. Der Reichsanzeiger spricht von strengem Staatsgeheimnis und Verletzung der Reichsinteressen. Hohenlohe erklärt im Reichstage, er könne nach sorgfältigster Prüfung des vorhandenen Materials nicht umhin, die Gründe, welche damals die deutsche Politik leiteten, als vollwichtig anzuerkennen. Marschall stellt vorsichtige Betrachtungen darüber an, ob die Rückversicherung die Versicherung stärke und ob wir bei einem Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Rußland nicht in die schwierige Lage kommen könnten, entscheiden zu müssen, wer der Angreifer und wer der Angegriffene sei. Woher kam dieses Winden und Drehen, wenn sich die Abmachungen auf die einfache Neutralitätsformel beschränkten?

Ferner die Zeugnisse der Nächstbeteiligten. Caprivi, der das System der Doppelversicherung „zu kompliziert" fand, zu Hohenlohe: „Das Bekanntwerden des russisch-deutschen Vertrags würde den Dreibund gesprengt haben. In dem Abkommen war Rußland freie Hand in Bulgarien und Konstantinopel garantiert gegen die russische Verpflichtung, in einem deutsch-französischen Kriege neutral zu bleiben." Geheimrat v. Holstein, der spiritus rector bei dem Verzicht: „Wenn's herauskommt, sind wir als falsche Kerle blamiert" (Harden, Köpfe I, S. 100). Delbrück (Bismarcks Erbe, S. 158) gibt als Grund der Nichterneuerung an, daß einer der Teilnehmer, vermutlich Holstein, gesagt habe, man sei nicht sicher, ob nicht der Altreichskanzler bei seinem Temperament das Ge-

heimnis einmal herauslasse. Zu mir sagte Holstein während des Preßlärms Ende Oktober 1896, es wäre zu gefährlich gewesen, bei einer solchen Sache den Fürsten Bismarck zum Mitwisser zu haben, was mir damals mehr seine eigene überreizte Stimmung gegen den Fürsten als die wirkliche Sachlage zu kennzeichnen schien. Hatte doch auch Hohenlohe noch bei seinem Besuch in Friedrichsruh (Januar 1895) den Rat zu hören bekommen: „Wenn Sie Böttticher, Marschall, Holstein nicht sofort kaltstellen, werden diese Leute Sie ebenso fortintrigieren, wie sie es mit mir fertiggebracht haben[1])."

Aus alledem geht hervor, daß sich der Vertragstext wahrscheinlich nicht auf die Neutralitätsklausel beschränkte, oder daß bindende Nebenabreden mit weitergehenden Versprechungen dazu gehörten, und zwar Zusicherungen von deutscher Seite. Was für Zusicherungen konnten das sein?

Schon am 26. April 1890 erschien in den Hamburger Nachrichten ein vom Fürsten Bismarck herrührender Artikel[2]), in dem es hieß: „Der Dreibund deckt nur das damnum emergens, nicht das lucrum cessans der beteiligten Mächte. Am wenigsten ist es Deutschlands Sache, ehrgeizige Pläne Österreichs auf dem Balkan zu fördern." Derselbe Gedanke, daß Deutschland der Orientpolitik Österreich-Ungarns gegenüber trotz des Bündnisses freie Hand habe, kehrte dann häufiger unter deutlicher Parteinahme für die bulgarischen Pläne Rußlands in den Spalten der Hamburger Nachrichten wieder. Ein und das andere Mal wurde klar gesagt, daß in den letzten Jahren der Amtszeit des Fürsten Bismarck die Wiener Regierung von der zu gewärtigenden deutschen Unterstützung der russischen Ansprüche am Balkan Kenntnis gehabt habe.

Einen Anhalt dafür, wie weit diese Unterstützung gehen sollte, gibt die erwähnte Äußerung Caprivis zu Hohenlohe. Noch genauer ist die von Hohenlohe nach dem Zeugnis des Generals v. Heuduck berichtete Äußerung des Kaisers zu den kommandierenden Generalen:

[1]) Fr. Thimme, Bismarck und Kardorff. Neue Mitteilungen aus dem Nachlasse Wilhelm von Kardorffs, Deutsche Revue, Juni 1917, S. 276.

[2]) Hofmann, Fürst Bismarck 1890—1898, I, S. 256.

Rußland wolle Bulgarien militärisch besetzen und dabei die Neutralität Deutschlands haben; er habe dem Kaiser von Österreich versprochen, ein treuer Bundesgenosse zu sein, und werde dies halten. Die Besetzung Bulgariens sei der Krieg mit Österreich und er könne Österreich nicht im Stiche lassen (Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, II, 466). Danach scheint es, als ob die deutsche Neutralität auch für den Fall versprochen gewesen sei, daß auf die fortgesetzten panslawistischen Umtriebe gegen das Regiment Stambulows ein militärisches Einschreiten Rußlands in Bulgarien folgen sollte. Wäre dem so, so würden sich die Äußerung Caprivis, daß das System der Doppelversicherung ihm zu kompliziert erschienen sei, und die ausweichenden Reden Hohenlohes und Marschalls in der Interpellationsdebatte von 1896 vollständig erklären. Man könnte sich nicht mehr darauf berufen, daß Fürst Bismarck schon am 11. Januar 1887 im Reichstage seine vollständige Gleichgültigkeit gegenüber der Frage, was mit Bulgarien werde, erklärte, auch nicht darauf, daß Graf Kalnoky von Friedrichsruh mit dem Eindruck geschieden sei, mit einer gewissen Unterstützung der russischen Ansprüche in Bulgarien durch Deutschland rechnen zu müssen. Verpflichtung zu wohlwollender Neutralität auch bei scharfem Eingreifen Rußlands in die bulgarischen Angelegenheiten und daraus entstehendem Streit mit Österreich-Ungarn — das wäre nicht mehr freie Hand, sondern gebundene Hand gewesen, gebunden zum Nachteil unseres Bundesgenossen.

Nun gab es aber neben der Rückversicherung mit Rußland auch noch eine andere, die sich mit der deutsch-russischen nicht deckte, sondern sie unter Umständen durchkreuzte. Sie ist angedeutet in einem Bilde, das von Kaiser Wilhelm I. herrühren soll: das Bismarcksche System der Versicherungen gleiche einem Spiel mit fünf Kugeln, das nur unter den Händen und Augen eines außerordentlich geübten Künstlers zu gelingen pflege. Die fünfte Kugel war Rumänien. Zwischen diesem Staate und Österreich-Ungarn war 1883 ein Bündnis geschlossen worden, das gegenseitige Waffenhilfe für den Fall eines unprovozierten Angriffs von dritter Seite vorsah, also auch eine Rückendeckung gegen Ruß-

land enthielt. König Karol legte Wert darauf, daß mit Deutschland ein gleiches Bündnis zustande komme, weil dadurch in seinem Volke der Widerstand der Russenfreunde und Förderer einer rumänischen Irredenta in Siebenbürgen abgeschwächt würde. Deutschland trat daher dem Vertrage zwischen Rumänien und dem Donaureiche bei, ebenso auch Italien. Die Verträge wurden 1892, dann 1902, endlich 1913 erneuert. Ihr Wortlaut ist bisher nicht veröffentlicht worden.

Jawohl, Fürst Bismarck durfte sich zutrauen, das Kunststück mit den fünf Kugeln auszuführen, ohne daß die eine mit der anderen karambolierte und zu Boden fiel. Seiner Meisterschaft wäre es wohl möglich gewesen, trotz aller Geheimverträge den latenten Konflikt zwischen Rußland und dem Donaureiche ohne Schädigung der Lebensinteressen Österreich-Ungarns und mit Umgehung der Entscheidung, wer der Angreifer und wer der Angegriffene sei, d. h. ohne Verletzung der Bündnistreue und ohne Krieg, lenken zu können. Er, mit den Erfahrungen einer langen diplomatischen Laufbahn in Petersburg, am Bundestag, in Paris, mit dem gewaltigen Vollbringen als Kanzler des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches, mit dem Ansehen des größten Staatsmannes eines ganzen Jahrhunderts, er hatte unvergleichlich reichere Wirkungsmöglichkeiten, als irgendein Nachfolger haben konnte. War Caprivi darum ein eitler Tropf, weil er sich nicht gleicher Meisterschaft und gleicher Wirkungsmöglichkeit vermaß?

So gesehen führt der Streit um den Verzicht auf die Verlängerung des Vertrags zu dem nur scheinbar paradoxen Schluß: Der Verzicht war ein Fehler, wenn Bismarck blieb, er war eine Notwendigkeit, wenn er ging.

Einem scharfsinnigen Beurteiler, wie dem Grafen Reventlow, ist der Unterschied natürlich nicht entgangen. Er sieht aber einen unbegreiflichen Fehler Caprivis in der Plötzlichkeit der Abkehr von Rußland und der gewollten oder ungewollten Bedingungslosigkeit, mit der er sich der im Grunde feindlich gerichteten, kühlen Staatskunst Englands in die Arme geworfen habe.

Daß es bei der Entscheidung über die Frage Verlängerung

oder Nichtverlängerung des Vertrags „Hals über Kopf" zuging, hat seine Richtigkeit. Schuld daran war nicht sowohl die Sucht Holsteins, von der Macht, die ihm beim Weggang des alten Hexenmeisters überlassen war, so schnell als möglich Gebrauch zu machen, als vielmehr der nahe Ablauf der Frist, innerhalb der eine Erklärung über die Frage der Erneuerung abzugeben war. Dem Fürsten Bismarck war viel daran gelegen, die russische Sache in seinem Sinne abgeschlossen zu sehen. Vermutlich hat dieser Wunsch auch dabei mitgewirkt, daß Graf Herbert Bismarck nach dem Rücktritt seines Vaters noch eine Woche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes blieb. Als er am Tage nach der Kanzlerkrisis vom Zentralbureau des Auswärtigen Amtes die Geheimakten über den Vertrag verlangte, erfuhr er, daß sie sich bei Herrn v. Holstein befänden. Graf Herbert ahnte sofort, was das zu bedeuten hatte, und es kam zu einem Auftritt mit Holstein. Bismarck Vater und Sohn mußten die Überzeugung haben, daß Holstein zur Eile drängte und für die rasche Entschließung des neuen Kanzlers verantwortlich war, was viel zu ihrer unverhohlenen Feindschaft gegen ihn beitrug. Caprivi hat sich später wiederholt zu mir darauf berufen, daß er in auswärtigen Angelegenheiten während der ersten Zeit seiner Kanzlerschaft mit einem neuen, noch nicht eingearbeiteten Staatssekretär ganz auf den Rat des ältesten und erfahrensten Mitgliedes der politischen Abteilung angewiesen war. Zu seiner Entscheidung gegen die Verlängerung des Vertrags trug neben dem Rat Holsteins auch das Votum des Botschafters von Schweinitz bei, der seinerzeit bei dem Abschluß des Vertrags mitgewirkt hatte, jetzt aber für den Verzicht stimmte.

Daß Bismarck Vater und Sohn unmittelbar nach der Krisis noch glaubten den russischen Vertrag retten zu können, widerlegt die Ansicht einzelner Schriftsteller, die Tragödie von Bismarcks Sturz habe sich vor allem hierum gedreht. Richtig ist nur, daß Fürst Bismarck *während* der Krisis im März 1890 die Rücksicht auf Rußland und die Verlängerung des Vertrags für sein Verbleiben im Amte geltend gemacht hat. Bis dahin hatte er dem Kaiser überhaupt noch keinen Vortrag über das geheime russische

Abkommen gehalten. In seinem Entlassungsgesuch ist zwar auch auf kaiserliche Anordnungen Rußland gegenüber Bezug genommen und gesagt, daß ihre Ausführung wichtige Erfolge der auswärtigen Politik in Frage stellen würde. Gemeint damit war aber nicht ein Verzicht auf das Geheimabkommen, sondern der kaiserliche Befehl, auf Grund der Kiewer Konsulatsberichte über militärische Vorgänge in Rußland Österreich-Ungarn zu warnen und selbst Gegenmaßregeln zu treffen. Jedenfalls war über das russische Abkommen beim Abgang Bismarcks noch nichts entschieden und beruhten die Äußerungen des Kaisers zu den Generalen über seinen Inhalt auf dem Vortrag Caprivis, in dem die Nichtverlängerung des Vertrags mit der Möglichkeit von Kollisionen der Neutralitätspflicht mit der Pflicht zur Waffenhilfe für Österreich-Ungarn begründet war.

Sodann der kopflose Sturz in die Arme der englischen Politik! Wer die Zeitungen jener Zeit nachblättern wollte, fände häufige Anspielungen auf englische Einflüsse bei Hofe wechselnd mit halbamtlichen Verwahrungen dagegen, aber nichts Greifbares (der Sansibarvertrag zählt natürlich nicht), nichts im amtlichen Bereich, was über die schon unter dem alten Kurs geübte Pflege freundlicher Beziehungen zu England hinausginge, nichts, was nur annähernd dem ungewöhnlichen Schritt des Fürsten Bismarck gleichkäme, in einem Privatbrief an den englischen Premierminister Lord Salisbury englischen Besorgnissen wegen angeblicher russischer Neigungen des Prinzen Wilhelm mit der Versicherung entgegenzutreten, daß Österreich-Ungarn und England als saturierte Staaten unsere natürlichen Bundesgenossen wären und daß kein deutscher Kaiser einem russischen Versuche, seine Bundesgenossen, namentlich Österreich-Ungarn, zu schwächen, bewaffnete Hilfe leisten würde. Der Brief ist vom 22. November 1887 datiert und zum ersten Male infolge einer Indiskretion im Daily Telegraph vom 13. Mai 1912 von dessen Wiener Korrespondenten, leider nur im Auszuge, wiedergegeben worden.

Wenn ich meine eigenen Beobachtungen vor und nach meinem Eintritt ins Auswärtige Amt nachprüfe, kann ich nur sagen, daß

die einseitige Schwenkung der deutschen Politik in der Caprivizeit nach England hin ein durch temperamentvolle Reden bei festlichen Gelegenheiten genährter Argwohn, aber keine Tatsache war. Trotzdem lebt sie noch als hartnäckige Legende fort[1]).

Wie war nun die objektive Wirkung der Nichterneuerung des geheimen Abkommens auf die europäische Lage? War wirklich nach der Behauptung am Schlusse des Enthüllungsartikels vom 24. Oktober 1896 Kronstadt mit der Marseillaise und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zarentum und der französischen Republik aus diesem Mißgriff der Caprivischen Politik entstanden? Die richtige Antwort ergibt sich, wenn man auf die Jahre der Gültigkeit des Abkommens 1887—1890 zurückgeht und untersucht, wie sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Beziehungen Rußlands zu Frankreich entwickelt hatten.

In Frankreich war nach dem Sturze Ferrys die Revanchepartei obenauf gekommen, man wollte nicht mehr in „nebelhaften Kolonialunternehmungen" die Kräfte zersplittern und suchte Anlehnung an Rußland. Französische (Ribot, Freycinet) und russische (Mohrenheim, Fredericks) Würdenträger arbeiteten offen und insgeheim an dem Ziele der Annäherung. Bismarck sind diese Bemühungen natürlich nicht verborgen geblieben, er vermochte sie aber um so weniger zu hindern, als die Feindseligkeit der russischen Stimmung gegen Deutschland wuchs. Emsige panslawistische, polnische und französische Einflüsse bearbeiteten den Zaren und seine Umgebung mit wachsendem Erfolg. Der dänische Hof bildete gleichsam den „Umschlagshafen" des französisch-russischen Verkehrs. Auch die Aussprache zwischen dem Zaren und Bismarck im Winter 1887

[1]) M. v. Hagen, Voraussetzungen und Veranlassungen zu Bismarcks Eintritt in die Weltpolitik, S. 16ff., will unter irriger Berufung auf das Entlassungsgesuch Bismarcks (siehe oben) den Grund für den Verzicht auf den russischen Vertrag in einem Kurswechsel zugunsten Englands sehen. Auch die Waterloorede des Kaisers am 22. März 1890 beim Besuche des Prinzen von Wales stand in keinem Zusammenhang mit dem Verzicht. — J. Hashagen, Umrisse der Weltpolitik, I, S. 80, redet sogar von einem „Vasallitätsverhältnis"!

zu Berlin änderte wenig an der Kühle der Beziehungen. Die Gefährlichkeit der Spannung führte dazu, daß Bismarck den deutsch-österreichischen Bündnisvertrag veröffentlichte. Die Hervorhebung des Zweifrontenkrieges in der Rede Bismarcks zur Militärvorlage leitete eine neue Epoche ein. Die neue Lage bezeichnete den totalen Umschwung der europäischen Verhältnisse. Skobelew hatte das Wort gesprochen: Der Weg nach Wien führt über Berlin. Es klingt erstaunlich, entspricht aber der geschichtlichen Wahrheit, daß im Jahre 1887 die Lieferung von 500 000 Lebelgewehren unter der russischen Garantie, daß diese Gewehre nicht auf Franzosen schießen würden, zustande kam. Solche Garantien waren nur möglich bei einem gegenseitigen Einverständnis über bestimmte politische Ziele. Ende 1888 wurde die erste russische Anleihe in Frankreich begeben, während die russischen Werte durch das Beleihungsverbot aus Deutschland ausgetrieben wurden.

Das ist in Kürze die Darstellung des Grafen Reventlow von jener Zeit. Drastischer kann man die Behauptung nicht widerlegen, daß Kronstadt die erste und ausschließlich durch die Schuld Caprivis herbeigeführte Annäherung zwischen dem Zarentum und der französischen Republik gewesen sei. Trotzdem soll man glauben, daß sich der sogenannte Draht nach Rußland vielleicht doch noch, auch unter den schwächeren Händen des zweiten Kanzlers, als stark genug hätte erweisen können, um den „totalen Umschwung" zu hemmen, „der", schreibt Graf Reventlow, „wie ein aus unzähligen, unsichtbaren kleinen Quellen gebildeter Strom als große, unzerstörbare Tatsache an die Oberfläche getreten war". Nein, die russisch-französische Entente hätte sowieso ihren Lauf genommen. Sie war zu tief in den beiderseitigen Interessen und Bestrebungen begründet. Reibungen gab es nirgends. Auf der einen Seite erfüllte französische Herzen der Wunsch, die Republik nach allen inneren Krisen und äußeren Schwierigkeiten der achtziger Jahre als bündnisfähige Großmacht anerkannt zu wissen. Rußland war das einzige Land, in dem eine in den oberen Schichten wachsenden Einfluß gewinnende Partei existierte, die auf einen Krieg mit den Zentralmächten hinarbeitete. Entente und Allianz mit Frankreich waren für Ruß-

land billig zu haben, um Elsaß-Lothringen wollte es und brauchte es nicht zu fechten, konnte sogar die alte Freundschaft seines Herrscherhauses mit der Dynastie der Hohenzollern weiter unterhalten, und doch war ihm Frankreichs diplomatischer und militärischer Beistand für jeden Fall, in dem es zu Verwicklungen mit den Zentralmächten kommen könnte, unbeirrt sicher. Diese Sicherheit steigerte sich noch mit dem Grade, in dem Rußland der Milliardenschuldner Frankreichs wurde.

Endlich ist bisher nicht genug beachtet worden, daß sich Fürst Bismarck bei seinem scharfen Tadel des Verzichtes auf die Rückversicherung in einem schweren Irrtum gerade über den Umstand befand, auf dem seine hohe Schätzung des geheimen Drahtes beruhte. Für ihn war der Vertrag als diplomatisches Werkzeug für die Friedenszeit nur so lange von größtem Werte, als er selbst das volle persönliche Vertrauen des Zaren besaß. Das hat er selbst wiederholt hervorgehoben. Russifizierung der Ostseeprovinzen, russisch-französische Anbandlungen, ja sogar Truppenverschiebungen nach den österreichischen und deutschen Grenzen wogen für Bismarck „federleicht" gegen die Autorität des Kaisers von Rußland. Fehlte das persönliche Vertrauen, so hatte die russische Rückendeckung ihren Hauptwert verloren.

Und das Vertrauen des Zaren fehlte in der Tat. Das Wohlwollen, das der von Natur mißtrauische Alexander III. dem Fürsten Bismarck bei dessen Audienz im Herbste 1889 zeigte, war ebensowenig ehrlich gemeint wie seine sorgenvolle Frage, ob er auch sicher sei, noch lange Kanzler zu bleiben. Fürst Hohenlohe hat übereinstimmend mit dem, was mir Graf Caprivi bei meinem ersten Besuche über sein Gespräch mit dem Zaren in Narwa gesagt, im August 1892 in sein Tagebuch (Bd. II, S. 491) eingetragen, daß Kaiser Wilhelm, als die Rede auf die Behauptung Bismarcks kam, er stehe mit dem Zaren so gut, bemerkte: „Der Kaiser (Alexander III.) hat mir gesagt, er habe alles Vertrauen zu Caprivi, wenn dagegen Bismarck ihm etwas gesagt, hätte er immer die Überzeugung gehabt, qu'il me tricherait."

Graf Reventlow (S. 7) glaubt das Beweisstück mit dem

Hinweis entkräften zu können, daß das Vertrauensvotum des Zaren für Caprivi in die Zeit gefallen sei, als die russisch-französische Militärkonvention zustande kam und als seit den Exaltationen der Kronstädter Feste schon ein Jahr vergangen war. Das ist jedoch eine Verwechslung des Zeitpunktes: Die Äußerung des Zaren zum Kaiser über Caprivi und Bismarck datiert nicht aus der Zeit des Vermerks im Hohenloheschen Tagebuch (August 1892), sondern war schon bei dem deutschen Kaiserbesuch in Narwa (18. August 1890) getan worden. Übrigens hat unser Kaiser nicht bloß gegenüber dem Fürsten Hohenlohe, sondern auch anderweitig schriftlich bezeugt, daß der Zar in Narwa zu ihm von seinem Mißtrauen gegen den Fürsten Bismarck so gesprochen hat, wie in dem Hohenloheschen Tagebuch angegeben ist.

Um so weniger sollte hiernach die außerordentliche Überschätzung des Wertes der Bismarckschen Rückversicherung und der Folgen des Caprivischen Verzichts, ein Überrest aus der Zeit der erbitterten Kämpfe des großen Kanzlers nach seinem Sturze, in der politischen Literatur weiter gehegt oder gar die kurze Periode der Caprivischen Politik, wie es Graf Reventlow noch in der Einführung der siebenten Auflage seines Buches tut, als die Grundlage für den Weltkrieg 1914 bezeichnet werden. Wer unbefangen die Gestaltung der auswärtigen Lage des Reiches zurückverfolgt, kann nicht verkennen, daß der Wendepunkt der Entwicklung der Dinge zum Weltkrieg nicht am Anfange der nachbismarckischen Zeit, sondern in deren Mitte lag, als sich allmählich und fast unversehens die altbewährte Politik der zwei Eisen in eine Politik der eigenen zwei Beine, wie Holstein sagte, oder, wie andere meinten, in eine Politik zwischen zwei Stühlen verwandelte. Doch das gehört auf ein anderes Blatt.

IV. Der Kampf um die Militärreform.

Was uns in Wahrheit die Caprivi-Zeit für den Weltkrieg hinterlassen hat, liegt nicht auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, sondern auf militärischem Gebiet und ist keine schwere Schuld, sondern ein unschätzbares Guthaben.

Dreimal sind im Laufe des vorigen Jahrhunderts die Heereseinrichtungen in Preußen und Deutschland in großem Stile verbessert worden. Einmal, als nach den Stürmen, die am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts über Preußen hereingebrochen waren, an Stelle des Systems der Aushebung das System der allgemeinen Wehrpflicht mit dreijähriger Dienstzeit beim aktiven Heere trat, aber ohne daß die allgemeine Wehrpflicht in den folgenden Jahrzehnten wirklich durchgeführt worden wäre. Das zweitemal durch die Neuorganisation unter König Wilhelm I., deren leitender Gedanke war, einerseits die Feldtruppen durch Mehreinstellung von Rekruten und Ausdehnung der Reservepflicht zu verjüngen, andererseits die persönliche Militärlast sowohl durch Abkürzung der Gesamtdienstzeit als auch durch Vermehrung der Dispositionsurlauber zu erleichtern. Das drittemal durch die Reform von 1893, die dem doppelten Zwecke diente, die vorhandenen Schäden (Mangel an Friedensstämmen, Zersetzung der Truppen bei der Mobilmachung, Ungleichheit der Dienstzeit bei den Fußtruppen) zu beseitigen und zugleich bei der auf der Basis der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen zu erreichenden Erhöhung der Friedensstärke des Heeres die Kriegstüchtigkeit des einzelnen Soldaten zu sichern.

Als General v. Caprivi das Reichskanzleramt übernahm, fand er einen vom Kriegsminister von Verdy und dem Chef des Generalstabes, Grafen Waldersee, entworfenen, von dem Fürsten Bismarck

gebilligten umfassenden Plan zur Verstärkung der deutschen Wehrkraft unter Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht vor. Der Plan, der die dreijährige Dienstzeit der Infanterie fortbestehen ließ, sollte allmählich verwirklicht werden. Der erste Schritt dazu war die Vorlage vom Frühjahr 1890 auf Vermehrung der Friedenspräsenz um 18000 Mann, Erhöhung der Zahl der Infanteriebataillone, der Feldartilleriebatterien usw. Aus den Militärdebatten des Reichstages gewann Caprivi den Eindruck, daß der ganze Plan auf diese Weise, d. h. ohne Abkürzung der Dienstzeit, nicht durchzuführen sei. Die inneren Schwankungen, die sich daraus ergaben, kamen auch in gewissen Widersprüchen in den Reden des Reichskanzlers und des Kriegsministers zum Ausdruck. Mit Mühe und Not erhielt die Regierung die 18 000 Mann und die geforderten Kadres. Wie sein Vorgänger war der neue Kanzler der festen Überzeugung, daß eine wirksame Fortführung der deutschen Politik die volle Ausnützung der deutschen Wehrkraft unbedingt erfordere; das Reich dürfe sich nicht nur von keinem anderen Staate militärisch überflügeln lassen, es müsse sich auch stark für die Gefahr eines Krieges mit mehreren Fronten machen. Zur Verminderung der erforderlichen Opfer durch Abkürzung der Dienstzeit waren zunächst erhebliche militärische Bedenken zu überwinden. Es wurden die eingehendsten Erwägungen und praktischen Versuche darüber angestellt, ob die Abkürzung der Dienstzeit der Infanterie ohne Schädigung der Güte der Truppen möglich sei. Im Sommer 1892 waren der Kanzler Graf Caprivi, der neue Kriegsminister v. Kaltenborn und der neue Chef des Generalstabes, Graf Schlieffen, geradeso einer Meinung über das Ziel und den Weg dahin, wie es seinerzeit Fürst Bismarck, v. Verdy und Graf Waldersee waren. Für jeden von ihnen war die zweijährige Dienstzeit das beste Mittel zu dem Zwecke, die allgemeine Wehrpflicht durchzuführen, die Feldarmee durch Erhöhung des jährlichen Rekrutenkontingents zu verjüngen und die älteren Jahresklassen von dem Dienst im Bewegungskriege möglichst zu befreien.

In der Presse wurde hier und da während der Vorbereitung der Vorlage befürwortet, die Regierung möge auf den ganzen Plan

vorläufig verzichten und nur gewissermaßen eine Abschlagszahlung fordern. Allein schon drei Jahre vorher war, wie gesagt, die volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht als zur wirksamen Fortführung der deutschen Politik und zum Schutze unserer Grenzen für alle Fälle notwendig erkannt worden. Nicht mit Unrecht wurde auch von freisinniger Seite auf jenen Vorschlag erwidert, daß damit die Beunruhigungen wegen Steigerung der Militärlasten in Permanenz erklärt und die Militärfragen zum Mittelpunkte künftiger Wahlkämpfe gemacht würden. Die Losung blieb daher: Schnelle und ganze Arbeit in der Militärreform!

Die Aussichten für eine Vorlage, die den Reichshaushalt mit einer fortlaufenden Mehrausgabe von 70 Millionen Mark belastete und jährlich 60 000 junge Leute mehr als bisher zu den Fahnen rief, waren so ungünstig als möglich. Seit 1891 war eine Periode wirtschaftlichen Niedergangs eingetreten. Die Produzenten klagten über niedrige Preise, die Geschäfte über Stockung des Absatzes ihrer Waren, die Arbeiter über geringen Lohn und Arbeitsmangel. Gegen den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland war eine mächtige agrarische Bewegung im Anzuge. Das Reich stand vor neuen Ausgaben für die Sozialreform, der größte Bundesstaat war im Begriff, seine Finanzen neu zu ordnen. Der auswärtigen Lage war kein dringlicher Grund für eine so beispiellose Verstärkung der Wehrkraft zu entnehmen. Im Innern wirkte der bittere Streit um Bismarcks Entlassung immer noch nach. Überall Mißmut und Verdrossenheit, und keine Partei war da, die eine feste Stütze bot: Die Rechte bis in die Mitte hinein im Banne des Hergebrachten, die Linke einig in der Abwehr neuer Steuern und in der Forderung eines parlamentarischen Regiments, aber gespalten in heftiger Fehde um die Irrlehren der Sozialdemokratie. Die einzige bürgerliche Partei, die seit drei Jahrzehnten die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen gefordert hatte, war die erste, die sich wegen des Kostenpunktes gegen die Vorlage festlegte, noch bevor ihr Inhalt und ihre Begründung bekanntgegeben worden war.

Ein unbedingtes Vertrauen in die Güte der Sache gehörte

dazu, um mitten in einem solchen Wirrsal widriger Umstände ein so großes Werk zu beginnen, und nur ein ganzer Mann mit überlegener Willens- und Überzeugungskraft konnte es vollenden. Das war Caprivi.

Der Entwurf war von den militärischen Stellen so gründlich als möglich vorbereitet worden. Technisches, politisches, statistisches, historisches Material stand in Fülle zur Verfügung. Zunächst wurde nur ein Teil davon ausgegeben, das übrige für die Beratung im Reichstage und zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zurückgehalten. Nach Veröffentlichung der Vorlage lieferte die Presse ungefähr folgendes Bild der Stimmung im Lande: Was den einen an ihr gefiel, war den anderen Ärgernis: Hier feierte man die zweijährige Dienstzeit der Fußtruppen, wollte aber nicht den militärisch notwendigen Ausgleich dafür gewähren, dort, wo man einer Verstärkung der Wehrkraft geneigt war, hegte man die stärksten Bedenken gegen die Beseitigung der dreijährigen Dienstzeit; die einen hätten gewünscht, daß die Regierung die Erleichterung der persönlichen Dienstlast nicht sofort angeboten, sondern als Tauschobjekt in Reserve gehalten hätte, die anderen tadelten, daß die Regierung von den Gegenforderungen nichts nachlassen wollte; auf der einen Seite sollte es richtiger gewesen sein, überhaupt noch keine Vorschläge zur finanziellen Deckung zu machen, auf der anderen wurde verlangt, daß erst die Deckungsfrage und dann erst die Militärfrage erledigt werden müsse. Fast allen aber erschien es zweifelhaft, ob eine so durchgreifende Neuorganisation des deutschen Heeres durch die militärisch-politische Lage in Europa geboten sei. Man war daran gewöhnt, daß das deutsche Heer seit 1870 Schritt für Schritt, entsprechend den Rüstungen der Nachbarn, der Zahl nach vermehrt worden war, und hielt die inneren Einrichtungen unseres Heeres für unübertrefflich. Kriegsrummel irgendwelcher Art als Druckmittel für die verlangten Mehrausgaben gab es nicht. Über die Schwächen der bestehenden Organisation, Mängel an Friedensstämmen, daraus folgende Zersetzung der Truppen nach der Mobilmachung, aus Ersparnisgründen eingeführte Notbehelfe, wie Vermehrung der Dispositionsurlauber und

kurze Übungen der Ersatzreservisten, konnten vorerst nur vorsichtige Andeutungen gemacht werden.

Gleich bei der Einführung der Vorlage im Reichstage zeigte sich der Kanzler-General auf der Höhe seiner Aufgabe. Die zweistündige Rede vom 23. November 1892 war gut im Aufbau, einfach und klar in der Sprache, frisch und warm im Ton, reich an Aufschlüssen und Gedanken.

Sollte wegen der Ungunst der Zeit und der Stimmung im Lande die Reform verschoben werden? „Jedes Jahr, das wir verlieren, ist unwiederbringlich verloren." Sollen wir wegen der drückenden Rüstung einen Präventivkrieg führen? Was könnte der Siegespreis beispielsweise gegenüber Frankreich sein? „Wir würden in Verlegenheit geraten, wenn wir undeutsche Menschen dem Deutschen Reiche einverleiben wollten. Der nächste Krieg wird länger und schwerer sein als der von 1870/71. Wenn wir erschöpft aus einem langen prophylaktischen Kriege nach Hause kämen, wären vielleicht andere da, die aus unserer Schwäche Vorteil zögen." Folgt der Nachweis aus den Akten, daß die Emser Depesche nicht gefälscht war und die Provokation von Frankreich ausging, von Frankreich, das auch jetzt wieder auf Krieg sinnt. „Unsere westlichen Nachbarn haben das Talent, Dinge geschmackvoll einzukleiden, ihr Revanchegedanke hat Ausdruck gefunden in dem Bilde der beiden Töchter, die von der Mutter gerissen sind, ein sehr hübsches Bild, aber an Revanche würde Frankreich auch dann denken, wenn die Töchter der Mutter erhalten geblieben wären." Die Beziehungen zu Rußland sind doch gut? „Ja, der jetzige Kaiser von Rußland ist einer der stärksten Faktoren für Erhaltung des Friedens und hat volles Vertrauen zu der loyalen Politik, die wir treiben. Aber in den weitesten Kreisen des russischen Volkes ist eine Verstimmung entstanden, die mit der elementaren Kraft eines Naturgesetzes wirkt. Die russische Regierung hat ihre Grenzen von Kowno an über Grodno längs der Narew und Weichsel immer mehr befestigt. Zielbewußt hat sie ihre Kavalleriemassen an unsere Grenzen gelegt, um unsere Mobilmachung zu stören. Sind auch heute die Beziehungen der beiden Monarchen so

gut als möglich, so kann doch der jetzt regierende Zar, wie schon sein Vater, der innige Freund unseres alten Kaisers Wilhelm, einmal dahin gedrängt werden, uns mit Krieg zu bedrohen. Zwischen Rußland und Frankreich hat sich eine innere Annäherung vollzogen, ob Flirt oder Allianz — zwei Liebende zünden von Zeit zu Zeit Freudenfeuer an, und die Funken fliegen über unseren Hof. Wenn wir an einen künftigen Krieg denken, müssen wir uns den mit zwei Fronten denken, und zwar nicht als Ausnahme, sondern als den wahrscheinlichen Fall." Wie ist es gekommen, daß wir die militärische Suprematie in Europa verloren haben? „Nach Sedan ist man in einer anderen Stimmung als nach Jena und Auerstädt. Der Sieger fragt, mit welchem Minimum von Leistungen kann ich die Früchte meines Sieges erhalten, der Besiegte fragt, welches Maximum von Leistungen kann ich aufbringen, um das Verlorene wiederzubekommen." Darauf eine eindringliche lebendige Schilderung des Reformplans mit dem Schluß: „Wir müssen uns klar darüber werden, daß wir einen Kampf ums Dasein zu führen haben — einen Kampf ums Dasein politisch, materiell und kulturell. Wir müssen der kommenden Generation das Werkzeug zurechtstellen, mit dem sie das, was sie ererbt hat, noch einmal wird gewinnen können und gewinnen müssen, um es zu besitzen; wir würden bittere und berechtigte Vorwürfe des kommenden Geschlechts auf uns laden, wenn wir etwas versäumten, was imstande wäre, das Glück zu erhalten, das wir zum ersten Male empfunden und kennengelernt haben, das Glück: Bürger eines einigen Deutschlands zu sein."

Das durch die Rede klingende Leitmotiv war: Der nächste Krieg — er wird in seinen Leiden und politischen Folgen alle früheren Kriege übertreffen! Auch die Kriegführung wird eine andere sein. Es wird mehr als bisher auf Handlungen einzelner ankommen, Handlungen einzelner aber, die sich freiwillig in Masse zusammenfassen müssen. Das hatte der Kanzler-General schon ein Jahr vorher gesagt, und deshalb konnte auch die mechanische Erhöhung der Sollziffer des Heeres nicht mehr nützen, eine neue Organisation mußte hinzukommen.

Die Rede hatte im Reichstag wohl einen rhetorischen, aber keinen tieferen sachlichen Erfolg. Es konnte auch nicht wohl anders sein. Der nächste Krieg — wer weiß, wann der kommt! Den Wählern da draußen war der Gedanke, daß wir militärisch nicht auf der Höhe ständen, noch zu neu, und bei dem herrschenden allgemeinen Mißvergnügen waren an die 70 Millionen Mark Kosten, die der Reformplan erforderte, eine starke Zumutung. Sogar der Abgeordnete von Bennigsen forderte dringend zu Nachlässen auf. Am Schluß der ersten Lesung waren noch keine Ansätze zu einer Mehrheitsbildung für die Vorlagen zu erkennen.

Mitte Dezember 1892 sagte mir der Kanzler, er rechne mit der Auflösung des Reichstags, es käme darum alles darauf an, Aufklärung in den Wahlkreisen zu verbreiten. Der Anfang war schon gemacht. Im oberen Stock des rechten Flügels des Reichskanzlerhauses hatte der zur Reichskanzlei kommandierte Major Keim sein Quartier aufgeschlagen und übte mit wahrem Bienenfleiß und unverwüstlicher Zuversicht in das Gelingen des Werkes eine fruchtbare Propagandatätigkeit aus. Alles, was helfen konnte und wollte, wurde mobil gemacht. Freiherr v. d. Goltz-Pascha, damals schon ein alter Anhänger der zweijährigen Dienstzeit, ließ einen ausgezeichneten Artikel „Deutschland am Scheidewege" erscheinen, ebenso General v. Boguslawski. Gegen die Vertreter des Altbewährten von rechts trat General v. Leszczynski mit seinem Zeugnis hervor, daß Kaiser Wilhelm I. in den achtziger Jahren einmal zu ihm sagte: „Ich sehe schon, wir müssen uns anders organisieren, solange ich lebe, wird es wohl gehen, mein Sohn mag es dann machen." Auch General v. Kameke, der als Nachfolger Roons ein Jahrzehnt lang Kriegsminister gewesen war und den Organismus des Heeres aufs genaueste kannte, erklärte sich öffentlich für den „außerordentlich sorgfältig erwogenen" Reformplan, der das mindeste enthalte, was nötig sei. Gegen die wirtschaftlichen Notschreie von rechts und von links kamen Staatsrechtler und Nationalökonomen wie Gneist, Conrad, Wagner und wiesen nach, wie falsch und schädlich es sei, das deutsche Volk als eine Nation von Notleidern erscheinen zu lassen, die nicht mehr imstande wäre, die Mittel für

ausreichenden militärischen Schutz aufzubringen. Hinter den militärischen und wissenschaftlichen Autoritäten der Gegenwart marschierte sogar der Sachverständige aus Wallensteins Lager auf, der Wachtmeister, der sagt:

„Seht, Ihr Herren, das ist all recht gut,
Daß jeder das Nächste bedenken tut;
Aber, pflegt der Feldherr zu sagen,
Man muß immer das Ganze überschlagen.
— Zum Exempel, da hack' mir einer
Von den fünf Fingern, die ich hab',
Hier an der Rechten den kleinen ab.
Habt Ihr mir den Finger bloß genommen?
Nein, beim Kuckuck, ich bin um die Hand gekommen!"

Das meiste aber tat der Kanzler selbst. Fast in jeder Sitzung der Kommission, an die der Entwurf über die Erhöhung der Friedenspräsenz verwiesen war, ergriff er das Wort, um das Geforderte zu begründen, Einwände zu widerlegen und, wenn möglich, die Erschütterungen eines heftigen Wahlkampfes zu vermeiden. Die Kommissionsberatung endigte mit Ablehnung der Vorlage und aller Anträge. Als ich gleich nach Schluß der letzten Kommissionssitzung Mitte März 1893 ihn aufsuchte, ging er in seinem Arbeitszimmer auf und ab. „Wir werden schlechte Tage bekommen!" Und dann: „Ich muß Deutschland retten."

Bei Beginn der zweiten Lesung im Plenum war die Parteilage so: Die konservative Partei hatte früher erklärt: Widerlegt ihr unsere Bedenken gegen die zweijährige Dienstzeit, weist ihr nach, daß die zahlreichere Truppe so gut sein wird als die gegenwärtige, kleinere, so sind wir fürs Ganze, anderenfalls bleiben wir beim alten. Jetzt schien ihr der Nachweis geführt zu sein, und sie trat nun an die Seite der Regierung. Einen ähnlichen Standpunkt nahm die Reichspartei ein. Die Nationalliberalen unter Führung Bennigsens hatten in der Kommission einen Vorschlag gemacht, der in der Rekrutenzahl zu wenig bot und die Kompensationen für die zweijährige Dienstzeit nur unvollkommen ent-

hielt. Nachdem die Annahme widerlegt war, daß wir nur 45 000 taugliche Rekruten mehr zur Verführung hätten, zeigte sich die Partei zu weiterem Entgegenkommen bereit. Beim Zentrum war von Anfang an eine kleine Minderheit unter Führung des Freiherrn von Huene geneigt, die Grundlagen des Entwurfs zu billigen. Die große Mehrheit dagegen unter Führung des Dr. Lieber wollte bei der gegenwärtigen Friedensstärke bleiben und nur 25—27 000 neue Rekruten zum Ersatz des dritten Jahrgangs bei den Fußtruppen bewilligen, und zwar ohne jede neue Organisation zur Verbesserung der Mobilmachung und zur Verjüngung der Feldarmee. Dr. Lieber hatte in seinem Wahlkreise das unglückliche Wort gesprochen: Mögen die Forderungen der Regierung auch berechtigt sein, das Bestehen einer Partei wie des Zentrums ist doch noch wichtiger. Ebenso unglücklich hatte die freisinnige Partei unter Eugen Richter als Prinzip aufgestellt: „Keinen Mann über die gegenwärtige Friedensstärke." Daraus ergab sich, da doch der unbequeme Programmpunkt: „volle Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht" nicht abgeleugnet werden konnte, die sonderbare Erscheinung: Wo Gründe fehlten, da marschierten Grundsätze auf, und wo ein Grundsatz war, da wurde er preisgegeben. Im Februar hatte Caprivi zu mir gesagt: „Die Freisinnigen könnten jetzt zeigen, daß sie regierungsfähig sind. Wahrscheinlich werden sie es nicht tun. Das System des halben Parlamentarismus hat den Nachteil, daß Führer wie Richter immer nein sagen können, ohne die Gefahr zu laufen, sich in kurzer Zeit als Regierung abzuwirtschaften." Von den Sozialdemokraten endlich war keine Unterstützung zu erwarten. Bebel hatte zwar die politischen Zukunftsgefahren bei der ersten Lesung nicht bestritten, im Gegenteil sogar von dem künftigen Weltkrieg gesprochen, wollte aber die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nur in der Form des Milizheeres.

Bei Beginn der dritten Lesung im Plenum zeigte sich noch eine Möglichkeit, mit der Reform ohne Konflikt mit dem Reichstag über den Berg zu kommen. Der Antrag Huene wollte die Erhöhung der Friedensstärke auf 59 300 Gemeine statt 70 000

bemessen, von den Neuformationen nur die Schwadronen abstreichen und sonst die Kompensationen für die zweijährige Dienstzeit gewähren. Der Kanzler bezeichnete den Antrag als die äußerste Grenze, bis wohin die Regierungen nachgeben könnten. Die Spannung, wie die Debatten enden würden, dauerte drei Tage. Caprivi: „Es handelt sich hier um eine Frage von solchem Ernst, wie sie dem Reichstage wohl noch nie vorgelegen hat. Daß die Diplomatie allein, ohne Stütze auf ein starkes Heer, den Frieden erhalten könnte, glaubt wohl niemand. Auch mein Amtsvorgänger hat eine Verstärkung für nötig gehalten, und es wird jeder ihn für ein diplomatisches Genie halten, wie es in Jahrhunderten einmal vorkommt. Man kann nicht erwarten, daß solche Phänomene stets an unserer Spitze stehen werden. Wir wollen den Frieden erhalten, wenn uns das aber nicht gelingt, so wollen wir siegen." Richter: „Die militärische Autorität wird hier so schroff herausgekehrt wie nie zuvor. Eine solche Auffassung ist gleichbedeutend mit der Negation des Parlamentarismus." Von Bennigsen: „Wir haben es seit 1867 genug erlebt. Bestimmte Dinge, die will man wohl, gewisse Ziele werden theoretisch aufgestellt, jahraus, jahrein für bedeutungsvoll erklärt, wenn es aber an die Ausführung geht, dann setzt jedesmal die Kritik ein, an die Kritik knüpft sich die Agitation an, und ein großer Widerspruch findet sich, der die Maßregel entweder nun gar nicht mehr will, in keinem Falle aber in der Art und Form, wie sie eingebracht ist. Diese Art von Politik und politischer Behandlung, wie sie sich nun seit 1867 fortzieht bis zum heutigen Tage, ist in der Tat noch eine Erbschaft aus der Kleinstaaterei, in der wir zu wenig gewöhnt waren, große Fragen von großen Gesichtspunkten zu behandeln."

Der 6. Mai war ein Sonnabend. In der Annahme, daß sich die Entscheidung noch bis in die nächste Woche hinziehen würde, war ich vormittags aufs Land gefahren. Wenige Stunden nach meiner Ankunft im Revier traf ein Telegramm aus der Reichskanzlei ein: Zurückkommen, 162 gegen 210, Auflösung.

War der Antrag Huene auch gefallen, so blieb er doch für

den Wahlfeldzug die Fahne, unter der sich die Minderheitsparteien und -gruppen sammeln konnten. Vom Zentrum waren zwölf, von der freisinnigen Partei sechs Stimmen für den Antrag abgegeben worden. Noch am selben Tage zerfiel der Freisinn bei dem vom Abgeordneten Richter herbeigeführten Scherbengericht über die Abtrünnigen in zwei Teile.

Unter den Waffen zum Wahlkampf, die wir nun schmiedeten, finde ich einige, die der Rost der Zeit noch nicht zerfressen hat. Die besten Stücke waren französischer Herkunft. Wie auf geheimen Befehl hatte die gesamte Pariser Presse während der Beratungen im Deutschen Reichstage die größte Zurückhaltung beobachtet, es sollte durchaus kein chauvinistischer Lärm gemacht werden. Sobald aber der Antrag Huene abgelehnt war, brach der lange verhaltene Jubel los. Die Blätter sagten offen, daß die deutsche Vorlage eine französische Angelegenheit gewesen sei, und daß sich die Mehrheit des Reichstags um Frankreich verdient gemacht habe. Die ernstesten Organe stimmten förmliche Hymnen an und brachten in rührenden Worten den elsaß-lothringischen Reichstagsmitgliedern den Dank des Vaterlandes dafür dar, daß sie nicht gezögert hätten, nach Berlin zu eilen, ihre Pflicht zu erfüllen, durch ihr Erscheinen die Majorität zu sichern und auf diese Weise Frankreich einen neuen Beweis ihrer Treue und Anhänglichkeit zu geben, Liebesdienste, die ihnen Frankreich nicht vergessen werde.

Man erging sich in den tollsten Phantasien und rechnete mit dem baldigen Zerfall des Deutschen Reiches. In der „Patrie" hieß es: „Das Schauspiel unseres Feindes, wie er mit den größten Schwierigkeiten kämpft, möge uns zur Mahnung dienen, ihm nicht zu gleichen. Eine Stunde, die vielleicht nicht fern ist, wird dieses anscheinende Gerüste von Macht und despotischer Tyrannei mit einem Stoße unerwartet umwerfen, unter dem Antrieb von Ereignissen, deren Gang niemand aufzuhalten oder aufzuschieben vermag. Dann werden wir den Sieg des Rechtes über die Macht sehen, dann werden wir die preußische Herrschaft in bescheidenere Verhältnisse eingeschränkt und die europäische Geographie nach den

Geboten der Gerechtigkeit, der Vernunft und der Wahrheit umgestaltet sehen."

Ein zweites weitragendes Stück, das im Wahlkampfe gute Dienste tat, hieß Frankreichs Rheingelüste: Ein aktiver französischer Generalstabsoffizier, Molard mit Namen, hatte ein Buch über die militärische Leistungsfähigkeit der europäischen Staaten veröffentlicht, das eine Reihe merkwürdiger politischer Betrachtungen enthielt. In dem einleitenden Kapitel sagte der Verfasser, die Wiederherstellung des deutschen Kaiserreichs zugunsten Preußens habe das europäische Gleichgewicht vollständig zerstört, daher sei auch Frankreich der unermüdliche Gegner Deutschlands. Wörtlich hieß es dann:

„Die französische Politik hat stets nur einen Zweck gehabt, die Zurückeroberung der von der deutschen Rasse usurpierten Gebietsteile des linken Rheinufers. Der Rhein ist nicht ein deutscher Fluß — mögen es auch die deutschen Geschichtschreiber noch so oft sagen —, sondern er bildet die Grenzbarriere. Er teilt in Wirklichkeit das westliche Europa in zwei große Gebiete, in das französische Gebiet, das vom Atlantischen Ozean bis zum Rhein reicht, und in das deutsche Gebiet vom Rhein bis zur Elbe. Auf jeder Seite dieser Grenzbarriere waren seit 2000 Jahren Gallier und Germanen Feinde, wie es Deutsche und Franzosen heutzutage noch sind. Wir waren, wir sind es und wir werden es bleiben — bis zum Tage der endgültigen Entscheidung — Erbfeinde! Das ist nicht eine Phrase, sondern die einfache Feststellung einer historischen Wahrheit."

Dieselbe fixe Idee des Generalstäblers Molard, daß das linke Rheinufer zu Frankreich gehöre, wurde 22 Jahre später der Inhalt eines Abkommens, das sein Alters- und Gesinnungsgenosse Ribot als Ministerpräsident heimlich im Namen des „überfallenen" Frankreichs mit Rußland und anderen für Wahrheit und Gerechtigkeit fechtenden Mächten abschloß.

Der Erfolg des Wahlkampfes war der Zahl nach mäßig — 201 Stimmen für, 185 gegen die Militärreform —, aber groß, wenn man ihn nach den Schwierigkeiten maß, die am Anfang

und auf der Mitte des Weges zu überwinden waren. Das Hauptverdienst gebührte dem Grafen Caprivi. Wer ihn in den zehn Monaten aus der Nähe zu beobachten Gelegenheit hatte, mußte die Unermüdlichkeit bewundern, mit der er seinen sachlichen Gründen Gehör zu erzwingen suchte. Ließ er den Mut nicht sinken, hieß es, er ist ein Optimist; suchte er die liberalen Gegner für den Preis zu gewinnen, den die Erleichterung der persönlichen Dienstlast wert war, so erschien er manchem als zu nachgiebig; konnte er auf Vermittlungsvorschläge nicht eingehen, ward seine Haltung „starr und steif" genannt. Nichts entmutigte ihn, jede Enttäuschung machte seine Ausdauer zäher.

Die Wahrheit manches seiner Worte hat ganz erst die Geschichte an den Tag gebracht. Die deutsche Wehrkraft ist in den nächsten zwanzig Jahren noch häufiger verstärkt worden, aber an der organisatorischen Grundlage der Reform von 1893 brauchte nur wenig geändert zu werden. Hier hat der zweite Kanzler eine Tat vollbracht, die ihm die Nation heute noch und heute erst recht zu danken hat.

V. Herr von Holstein.

Hatte ich auch mein redliches Teil dazu beigetragen, daß die Werbearbeit für die Militärreform einen günstigen Ausgang des Streites im Reichstage bewirkte, so war ich doch höchlich überrascht, als mir Graf Caprivi eines Tages den Posten des Preßreferenten im Auswärtigen Amte antrug. Constantin Rößler, dessen Feder er schätzte, sei nicht mehr beweglich genug, weshalb der viel jüngere und gewandte Herr v. Kiderlen neben dem Orientreferat auch Preßsachen erledige, ein Zustand, der unbefriedigend für ihn, den Kanzler, sei.

Die ausgesprochene Absicht war also, die Anomalie einer unsystematischen Zweiteilung des Preßdienstes, bei der mitunter die Rechte nicht wußte, was die Linke tat, zu beseitigen. Das Zutrauen, das in dem Angebot lag, wußte ich wohl zu schätzen, aber mehr noch reizte mich die Aufgabe mit ihren unbekannten Schwierigkeiten und sicheren Kämpfen, inneren und äußeren. Einige praktische Erfahrungen brachte ich mit, und das geringe Wissen, namentlich in Sachen der auswärtigen Politik, ließ sich am Ende mit gutem Willen und offenem Blick ergänzen.

Wie in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung des Reiches das Heer nur von Fall zu Fall und der Zahl nach verstärkt wurde, so erging es auch dem Auswärtigen Amt: Die Zahl der Kräfte wurde allmählich und viel langsamer als beim Heere vermehrt, die Organisation blieb fast unverändert. Nach heftigem Streit mit dem Reichstag war der dritte Direktor bewilligt und der politischen und handelspolitischen Abteilung die Rechtsabteilung hinzugefügt worden. Wenn man von der Kolonialabteilung, die nur eine vorübergehende Erscheinung im Auswärtigen Amte war, absieht,

war dessen Etat so sparsam wie möglich bemessen. Die Abteilung I mit ihren beiden Unterabteilungen A und B hatte bei A (Politik) fünf, bei B (Personalien) zwei vortragende Räte. A stand unmittelbar unter dem Staatssekretär, B hatte einen Dirigenten. Die Abteilung II (Handel, Konsulatswesen, Auswanderung) zählte unter einem Direktor sechs vortragende Räte, während die ebenfalls unter einem Direktor stehende Abteilung III (Völkerrecht, Reklamationen, Grenz- und Auslieferungssachen, Kunst und Wissenschaft, Staatsrecht) fünf vortragende Räte hatte. Im ganzen also 2 Direktoren, 1 Dirigent, 18 Räte.

Zwischen den Abteilungen bestand keine organische Verbindung außer der, die durch die Instanzen des Staatssekretärs und des Unterstaatssekretärs gegeben war. Trotz des engen Zusammenhangs von Politik und Wirtschaft war die Arbeit in der Abteilung I A scharf von der in der handelspolitischen Abteilung geschieden. Da die Abteilungen nach Materien, die Referate innerhalb der Abteilungen dagegen nach Ländern geteilt waren, hätte eine ständige Fühlung der beiderseitigen Referenten für ein bestimmtes Land unterhalten werden sollen. Das war aber nicht der Fall, die rein politischen Berichte und Erlasse waren ausschließliche Domäne von A und wurden der anderen Abteilung auch nur in Ausnahmefällen zur Kenntnis mitgeteilt. Die Hauptursache des Fortbestehens der alten Tradition lag darin, daß in der Abteilung I A der strengste Hüter der Geheimdiplomatie, der Wirkliche Geheime Legationsrat v. Holstein, den Geschäften ihren Gang vorschrieb, und daß er, befangen in dem Gedankenkreise der alten Kabinettspolitik, den in den Völkern wirkenden Kräften, besonders den wirtschaftlichen und finanziellen, und ihrem Einfluß auf die auswärtige Politik nur geringe Beachtung schenkte.

Der Umfang der Geschäfte schwoll von Jahr zu Jahr an. Um so fleißiger mußte gearbeitet werden. Der glatte Lauf des inneren Betriebes beruhte wesentlich auf der sorgfältigen Auswahl und Erziehung der mittleren Beamten. Im Zentral- und im Chiffrierbureau wurde im Schichtwechsel bis in die späte Nacht gearbeitet. An der Spitze des Zentralbureaus stand damals wie

heute noch ein mit unfehlbarem Gedächtnis ausgerüsteter Mann, der über Verbleib und Inhalt aller Ein- und Ausgänge stets zuverlässig Bescheid wußte. Moderne Hilfsmittel wie Kartotheken gab es nicht oder waren, wie Schreib- und Durchdruckmaschinen, verpönt. Es konnte kaum eine andere Zentralbehörde geben, wo gerade von dieser Klasse von Beamten bei knappem Gehalt und mäßigen Ehren Tüchtigeres geleistet worden wäre.

Als Außenseiter, wenn nicht gar als Eindringling, kam ich in die politische Abteilung. Kiderlen knurrte gegen Caprivi: „Ein Pferd, das im Freien gute Dienste tut, nimmt man nicht in den Stall." Dabei tappte sein kleiner grinsender Bullenbeißer, den er in Kospoli aufgelesen hatte und dem alles erlaubt war, auf dem Arbeitstisch zwischen Akten und Schreibgeräten herum. Bei dem Schwaben war vieles Laune, gute und schlechte, je nachdem. Manchmal war schwer mit seinem Eigensinn auszukommen, im äußersten Falle mußte man ihn von der Gemütsseite fassen, dann lenkte er ein. Wen er leiden mochte, dem war er treu und stets sehr gefällig. Er schrieb einen leichten, natürlichen Stil, sein Gänsekiel beherrschte den diplomatischen Ausdruck virtuos und ließ in Briefen oft einen lustigen Einfall einfließen.

Holstein, dem großen Unbekannten, war ich ein völlig Fremder. Auch er konnte von meiner Einberufung, die Caprivi natürlich mit Zustimmung des Staatssekretärs, im übrigen aber eigenwillig verfügt hatte, nicht erbaut sein. Beim ersten Betreten der Schwelle dieses unheimlichen Verwalters tiefster Geheimnisse mußte ich mir vorkommen wie der Schüler im Faust. Doch ging es ohne alle Beklommenheit ab, da er mich wie einen alten Bekannten willkommen hieß und sich sogleich mit aller Offenheit über die Feindschaften aussprach, die er sich außerhalb und innerhalb des Amtes dadurch zugezogen habe, daß er nach Bismarcks Rücktritt auf seinem Posten verblieben sei und ohne ehrgeizige Wünsche von dem ihm zugewiesenen Winkel aus dem Kaiser und dem Reich nach besten Kräften diene. Innerhalb der Abteilung A bestehe keine vollständige Harmonie, mit Herrn v. Kiderlen, dem Grafen Pourtalès und Herrn v. Lindenau sei er ganz einig, nur einer seiner

Kollegen bilde eine Gruppe für sich. Gemeint damit war der Geheime Legationsrat Raschdau, der sich mit ihm und Kiderlen überworfen hatte. Der Grund der Entfremdung blieb mir unbekannt, und ich forschte auch nicht weiter danach, dem Rate Caprivis folgend, daß ich mich nicht in die persönlichen Reibereien drüben im Amt hineinziehen lassen möge. Als besonderer Gegner der Gruppe Holstein im Amt galt der Geheime Legationsrat v. Bothmer von der Rechtsabteilung.

Wie alle, die Holstein nähertraten, hatte ich von ihm den Eindruck eines hochbegabten Mannes. Schon die überlegene Art, ein Gespräch zu führen und seinen Gedanken packenden Ausdruck zu geben, flößte Achtung vor seinen Geisteskräften ein. Ein starker Wille und die Warnung: Nimm dich in acht! schienen ihm mit der kurzen gebogenen Nase und den tiefliegenden, unklar flimmernden Augen ins Gesicht geschrieben zu sein. Trotz der ausgesuchten Liebenswürdigkeit, mit der er den unerfahrenen Neuling im Geschäft aufgenommen hatte, blieb mir doch, vielleicht unter dem Einfluß von früher über die Unheimlichkeit seiner Person Gehörtem, das Gefühl zurück, daß etwas Anormales, Krankhaftes im Wesensgrunde dieses Mannes sei. Ganz klar aber war es mir, daß von ihm im guten bei der nötigen Vorsicht gegenüber seinen menschlichen Eigenheiten unendlich viel zu lernen sei.

Einem besonderen Umstand hatte ich es zu verdanken, daß sich sogleich nach meinem ersten Besuch bei Holstein ein häufiger persönlicher Verkehr mit ihm auf seinem Amtszimmer anbahnte. Mit meinem Eintritt ins Auswärtige Amt fiel nämlich der Beginn des Feldzuges des Kladderadatsch gegen das Trifolium Austernfreund, Spätzle und Graf Troubadour zusammen, unter welchen Spottnamen Holstein, Kiderlen und Graf Philipp Eulenburg, damals preußischer Gesandter in München, gemeint waren. Weiteren Kreisen blieben die Späße des Witzblattes zunächst ganz unverständlich, aber in den Räumen der Wilhelmstraße 76, auf denen noch das weihevolle Andenken Bismarcks ruhte, mußten sie das peinlichste Aufsehen erregen. Es war unerhört dreist und für die Nachfolger von Bismarck Vater und Sohn höchst unleidlich, daß drei

zwar hohe, aber doch durch die Verantwortlichkeit von Kanzler und Staatssekretär gedeckte Beamte nicht einmal, sondern fortgesetzt durch Wochen und Monate in allen möglichen Formen, erdichteten Gesprächen, lustigen Versen, auf der Suche nach einem Vierten im Skat, als verdächtige Gestalten mit falschen Bärten in einer Weinkneipe usw., verspottet und böser Ränke beschuldigt wurden.

Der Grund, warum das Witzblatt seinen Krieg führte, war u. a. in einer Fabel unter der Überschrift „Die drei Männer im feurigen Ofen" wie folgt angegeben: „Es war einmal ein König, der hatte viele getreue und rechtschaffene Diener, drei aber waren nicht ganz aufrichtig und hintergingen ihren Herrn und richteten viel Übles an, denn sie verlästerten viele der getreuesten Knechte, also daß diese ihrer Ämter entsatzet wurden und ausgestoßen aus dem Palaste. Die ungetreuen Diener aber hießen Insinuans, Intrigans und Calumnians. Und war nicht der Böseste wohl aber der Gefährlichste unter ihnen Insinuans, sintemal er dem König öfter begegnete als die anderen, und dann auch, weil er meisterlich die Laute schlug und betörende Weisen dazu sang." Da hätte sich ein einfältiger Mann, Kunz von Rosen geheißen, erhoben und es durch kurzweilige Schriften dahin gebracht, daß die drei Übeltäter ihrer Ämter entkleidet und in einen feurigen Ofen getan wurden, in dem zur Verschärfung der Pein der Insinuans fortgesetzt die Lügen der beiden anderen und diese hinwiederum die Gesänge des Lautenschlägers bis zum Ekel anhören müßten.

Das Kriegsziel war also die Entlassung der drei aus ihren Ämtern, und zwar war es, wie aus weiteren Angriffen hervorging, hauptsächlich auf den Calumnians alias Austernfreund abgesehen. Richtig war ja, daß in der letzten Zeit auffällige Veränderungen im diplomatischen Dienst vorgenommen worden waren, und es mochte auch zutreffen, daß Herr v. Holstein dabei von dem unter dem neuen Kurs erlangten Einfluß entscheidenden Gebrauch gemacht hatte. Der vom Fürsten Bismarck so hochgeschätzte Kurt v. Schlözer, Gesandter beim Päpstlichen Stuhle, hatte weichen müssen, der kluge Botschafter v. Radowitz war von Konstantinopel nach dem ruhigeren Madrid versetzt worden und hatte dort in dem mit Holstein eng be-

freundeten Hofmarschall Fürsten Radolin einen Nachfolger erhalten, der seit dem Empfang des Uriasbriefes mit Recht verstimmte Prinz Reuß in Wien war im Begriff, dem Grafen Philipp zu Eulenburg Platz zu machen. Das sah in der Tat so aus, als ob Anhänger des alten Kurses geflissentlich verdrängt worden wären.

Diesen Dingen stand ich mit der ganzen Arglosigkeit eines Uneingeweihten gegenüber. Die Aufregung, die jeder neue Schlag des ergrimmten Schalks hervorrief, schien mir übertrieben. Am wenigsten berührt zeigte sich Kiderlen. In seiner jovial-behäbigen Art half er sich damit, daß er auf einen Schelmen anderthalben setzte. „So, jetzt nehme ich meinen falschen Bart um und gehe frühstücken." Aber bei Holstein war des Herumratens und Bohrens nach dem Hintermann kein Ende. Kamen die Angriffe aus dem Amt? Manche Bemerkung des Kladderadatsch verriet eine nahe Bekanntschaft mit den angegriffenen Personen. Raschdau? Ausgeschlossen, der ist ganz und gar korrekter Beamter und dichtet nicht. Bothmer? Der macht Verse in seinen Mußestunden, könnte also schon eher der Kunz von Rosen sein, unter welchem Namen übrigens schon anderswo Gedichte erschienen sind.

Ich kam von der Presse und mußte daher auch über die Männer des Kladderadatsch einigen Bescheid wissen. Johannes Trojan, den feuchtfröhlichen Dichter, den liebevollen Schilderer allerhand kleiner Dinge in Wald und Feld, auch ständigen Mitarbeiter der Nationalzeitung für Kuriosa des Berliner Lebens, hatte ich durch unseren gemeinsamen Freund Heinrich Seidel kennengelernt und öfter des Sonntags beim Frühschoppen in der Weinhandlung von Knoop in der Potsdamer Straße mit Heinrich Seidel und anderen harmlos gesinnten und gut gelaunten Leuten getroffen. Der hatte gewiß in seinem ganzen Leben nie etwas Böses im Schilde geführt, und wenn er als verantwortlicher Redakteur die Bosheiten, sogar persönlich schwer beleidigende, gegen drei wehrlose Beamte des auswärtigen Dienstes zuließ, mußte er der festen Überzeugung sein, ein verdienstliches Werk zum Besten des Reichs zu verrichten. Holstein belächelte meine Naivität, in einem solchen Falle, in dem aus einem dunklen Hinterhalt heraus mit scharf gespitzten Pfeilen

auf ihn und seine vertrautesten Gehilfen geschossen wurde, noch von Gutgläubigkeit zu reden. Daß er meiner Meinung schließlich doch traute, war dem damaligen ersten Vertreter der Kölnischen Zeitung in Berlin, Justizrat Fischer, zu verdanken, der gleichfalls für die bona fides der Leute vom Kladderadatsch eintrat.

Fischers Wort galt viel bei Holstein. Fischer kam täglich um die Mittagsstunde zu ihm, erzählte dem schon damals ganz zurückgezogen Lebenden, was er Neues in seinem ausgedehnten Verkehr mit Parlamentariern oder bei Gastereien fremder Diplomaten und Berliner Finanzgrößen erfahren, las Akten durch, die ihm Holstein zurechtgelegt hatte, und nahm seine Wünsche für die Behandlung dieser oder jener politischen Tagesfrage in seiner Zeitung entgegen. Fischer kannte die überaus mißtrauische Natur Holsteins ganz genau und war aufrichtig bestrebt, zu verhindern, daß sie abirre. Wie leicht es war, dennoch Unheil anzurichten, dafür ein Beispiel aus einer späteren Zeit: Fischer erzählte Holstein in meinem Beisein, daß er den Grafen Herbert Bismarck auf der Straße gesehen hätte. Herr Soundso, einer meiner Hilfsarbeiter im Amte, wäre an dem Grafen vorbeigegangen und hätte ihn höflich gegrüßt. Für den tadellosen Beamten, der seinen früheren Staatssekretär grüßt, war Holstein in der nächsten Zeit nicht mehr zu sprechen, bis ich mich eindringlich dafür verbürgte, daß an eine geheime Verbindung meines Mitarbeiters mit dem Grafen Herbert wirklich nicht zu denken sei.

Stand es nun aber mit Trojan und Genossen so, wie auch Fischer meinte, so mußte ihr guter Glaube mißbraucht worden sein, und es fragte sich, ob etwa eine persönliche Einwirkung auf Trojan dem Feldzug ein Ende machen könnte. Das einfachste wäre der Gang zum Richter gewesen. Aber ein Witzblatt zu verklagen, gar ein allgemein beliebtes, ist eine mißliche Sache, und im vorliegenden Falle, in dem doch die richtige Beurteilung des Werts einer ganzen Anzahl diplomatischer Persönlichkeiten in Frage stand, wäre auch bei Ausbreitung der Akten vor der Öffentlichkeit ein voller Gegenbeweis gegen die behauptete Cliquenwirtschaft, d. h. ein durchschlagender Erfolg schwerlich zu erzielen gewesen. Deshalb war der Staats-

sekretär Freiherr v. Marschall gegen einen Strafantrag, ganz im Sinne Holsteins, der kein Verlangen danach hatte, wieder wie im Arnim-Prozeß als Zeuge und obendrein als politische Hauptperson vor Gericht gezogen zu werden.

Holstein gewann nun den Staatssekretär für den Gedanken, daß ich zu Herrn Trojan gehen und ihn zu einer Unterredung im Auswärtigen Amt veranlassen sollte, in der der Staatssekretär die Ungerechtigkeit des Vorgehens gegen mehrere seiner Beamten nachweisen würde. Das war mein erster amtlicher Auftrag. Er endigte mit einem Mißerfolge. Trojan erwiderte mir: Er habe die Sachen bisher harmlos angesehen, daß sie nicht von ihm gemacht seien, könne ich mir wohl denken, er sei selbst nicht genügend unterrichtet und wegen der angebotenen Unterredung müsse er sich erst mit seinen Leuten besprechen. Obgleich ich ihm vorgestellt hatte, daß er das Anerbieten des Vorgesetzten der von seinem Blatte verdächtigten Beamten nicht wohl ausschlagen könne, ohne seine bona fides Zweifeln auszusetzen, und daß ihm ja unbenommen bleibe, nach der Unterredung, wenn sie ihn nicht eines anderen überzeuge, sein Blatt in den Angriffen fortfahren zu lassen, erschien er nicht beim Staatssekretär und ließ auch sonst nichts von sich hören.

Daß Holstein hiernach meine Fähigkeiten in der Menschenbehandlung nicht hoch einschätzte und sich nach besseren Helfern umsah, konnte ich ihm nicht verdenken. Den zahlreichen Konferenzen auf Holsteins Zimmer brauchte ich nun nicht mehr beizuwohnen. Nach mir kam Ernst Wichert in seiner Eigenschaft als Vorstand des Vereins Berliner Presse mit einem Einwirkungsversuch bei Trojan an die Reihe, mit demselben Mißerfolg. Ich hörte dann, daß Holstein durch zwei Beauftragte Rechenschaft vom Grafen Herbert Bismarck gefordert hatte!

Die Tagespresse fing an, sich lebhafter mit der Kladderadatschsache zu beschäftigen und nach dem „Material" des Witzblattes zu schreien. Eine halbamtliche Note im Reichsanzeiger von Ende Februar, in der von „einer unbekannten persönlichen Gegnerschaft, die sich scheue, offen hervorzutreten", die Rede war, hatte nur

die Wirkung, daß eine Anzahl von Blättern nun erst recht öffentliche Anklage verlangte. Dann geschah, wieder auf Betreiben Holsteins, der unglücklichste Schritt, nämlich die Entsendung eines preußischen Generals zu dem Verleger des Kladderadatsch und Leutnant d. L. a. D. Rudolf Hofmann, der, da mit der Uniform verabschiedet, noch dem militärischen Ehrengericht unterstand, um ihn zu einem Vorgehen gegen die Redaktion zu veranlassen.

Diese Beschwichtigungsversuche machten den ehrenwerten Polstorff, den Bearbeiter des Materials in der Redaktion, nur noch rabiater, und auf die Reinheit seiner Beweggründe pochend, drohte er in einer Briefkastennotiz mit Pfeilen in seinem Köcher, „die in Sekunden töten". Damit meinte er, wie sich bald herausstellte, eine angebliche Äußerung des Generals an den Verleger Hofmann, die dahin ging, man habe im Auswärtigen Amt nie an eine Anklage denken können, da in der Tat ganz ungehörige Dinge im Amt vorgekommen seien. Aber der Verleger selbst bestritt, eine solche Äußerung gehört zu haben. Der Weg war zu weit. Der General war von Herrn v. Mühlberg über den Sachverhalt unterrichtet worden, hatte dann die Mitteilungen Mühlbergs an Hofmann und dieser sie wieder an Polstorff weitergegeben. Den Letzten beißen die Hunde, das Mißverständnis blieb an Polstorff hängen. Schon vorher hatte er den taktischen Fehler gemacht, in einem zum Herumzeigen bestimmten Privatbrief, der am 7. März in der Frankfurter Zeitung veröffentlicht wurde, den geheimnisvollen Schleier von den Gestalten Austernfreund, Spätzle und Troubadour wegzuziehen und sie mit ihren wahren Namen unter der offenen Beschuldigung zu nennen, daß sie den Riß zwischen dem Kaiser und Bismarck durch geschickt lancierte Artikel, die sie dem Kaiser als Erzeugnisse der bismarckfreundlichen Presse vorlegten, zu erweitern versucht, ferner tüchtige Gesandte zugunsten willfähriger Leute in die Ecke geschoben hätten und obendrein noch schlappe Kerle wären. Da hörte denn doch für den „ungemein schlauen, frivolen Lebemann" v. Kiderlen der Spaß auf, er forderte Polstorff zum Zweikampf heraus. Beim dritten Kugelwechsel erhielt Polstorff einen Schuß unter den Arm.

Herr v. Holstein dagegen hatte mittlerweile in seiner fortdauernden Unruhe und dem Bedürfnis, daß irgend etwas geschehen müßte, um den Hintermann des Kladderadatsch herauszubekommen, den Grafen Guido Henckel v. Donnersmark mit der nichtigen Begründung herausgefordert, daß die Haltung der Berliner Neuesten Nachrichten die Gründe für die Beteiligung des Grafen Henckel an den Angriffen vervollständigt hätten. Das Blatt war nämlich von dem Grafen einmal finanziell gestützt worden und jetzt für die Erhebung der Anklage gegen den Kladderadatsch eingetreten. Der Zeuge des Herausgeforderten, Graf Waldersee, teilte dem Zeugen Holsteins, dem General v. Bissing, dem späteren Generalgouverneur von Belgien, mit, daß sein Mann entschlossen sei, sich nicht zu einem Duell herzugeben, zu dem er keinen Grund geliefert habe.

Trotz der ungeschickten und verfehlten Einschüchterungen und trotz der willkürlichen Griffe Holsteins ins blinde Ungefähr waren meine Sympathien auf der Seite der erst fein, dann grob und plump beschuldigten Personen geblieben. Die Männer des Kladderadatsch hatten eine Rolle übernommen, die ihnen nicht lag, und der sie politisch nicht gewachsen waren. Der Schalk, der sich als Bramarbas entpuppt, wird nicht mehr ernst genommen. Bedenklich machten mich nur die wiederholten Warnungen Caprivis, mich tiefer in die ganze Sache einzulassen, als nach meinen dienstlichen Obliegenheiten unbedingt nötig sei. Die Mission des Generals v. Spitz an den Verleger war ihm sehr verdrießlich. Am liebsten hätte er es gesehen, wenn die Angegriffenen einen Antrag auf Disziplinaruntersuchung gestellt hätten, bei der Polstorff zum Beweis der von ihm behaupteten gemeinschädlichen Intrigen geladen werden konnte.

Nach dem Duell Kiderlen-Polstorff hörten die Angriffe des Kladderadatsch auf. Erst nach dem Sturze Caprivis wurden noch vereinzelte Attacken geritten. Im November 1894 kam auch noch ein kurzes Nachspiel vor Gericht. Frhr. v. Marschall hatte gegen die Westdeutsche Allgemeine Zeitung Strafantrag gestellt, weil in ihr ein ganz Gescheiter auf den Gedanken verfallen war, der

wahre Hintermann des Kladderadatsch sei kein anderer als Frhr. v. Marschall selbst. Um die mächtige Kamarilla in seinem Amt los zu werden, habe er kein anderes Mittel gewußt als heimliche Flucht in die Spalten des Witzblattes. Es gab wirklich Leute, die trotz der ernsten und im Vergleich zu der leichten Lebensart des Schwaben Kiderlen sogar schwerfälligen Natur Marschalls einen solchen Streich nicht für ausgeschlossen hielten. Holstein wußte, wie hoch Marschall seine Arbeitskraft und Findigkeit im internationalen Geschäft schätzte, aber ganz traute er auch ihm nicht, wie überhaupt keinem Menschen. Nur war er damals in der Periode, da alles Böse für ihn in der Presse aus der Gegend um den Grafen Herbert Bismarck herum kommen mußte, und so legte er die einfältige Anschuldigung gegen Marschall in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung als einen besonders raffinierten Versuch aus, von der Spur des wahren Hintermannes des Kladderadatsch abzulenken. Für Holstein existierte der Fall, daß ein Redakteur oder Korrespondent aus eigenem etwas schreiben könnte, überhaupt nicht, der Artikel mußte immer, wenn er Unfreundliches enthielt, von jemand in hoher Stellung eingegeben sein, je nach Zeit und Umständen von einem Grafen Herbert Bismarck, Henckel, Waldersee, Miquel, Lucanus, Senden-Bibran (Chef des Marinekabinetts) usw. Die Lehre, die in der erwiesenen Tatsache lag, daß der Verfasser des unter Anklage gestellten Artikels des rheinischen Blattes ein harmloser Privatpolitiker in Fürth, Redakteur einer Hopfenzeitung, war, hat bei Holstein nichts gefruchtet.

Der wahre Hintermann des Kladderadatsch blieb im Dunkeln. In dem Kölner Prozeß war der Zeuge Polstorff auch vor die Frage gestellt worden, ob sein Gewährsmann, der ihm Material geliefert hätte, ein dem Reichskanzler oder dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes unterstellter Beamter wäre. Polstorff lehnte die Beantwortung der Frage nicht mit Berufung auf das Redaktionsgeheimnis, sondern aus dem Grunde ab, weil die Frage außerhalb des Beweisthemas dieses Prozesses läge. Frhr. v. Marschall ließ die Weigerung hingehen und hat es überhaupt vermie-

den, den Schuldigen in seinem Amtsbereich zu suchen, obgleich er nicht wohl anderswo sein konnte.

Wenn man in Hohenlohes Tagebuch liest, wie einer der ersten Gänge des Botschafters und Statthalters in Berlin zu Holstein zu sein pflegt, wie dieser für Rom Bernhard v. Bülow in Aussicht nimmt (15. Dezember 1893), wie er gar die Versetzung Marschalls nach dem Reichsamt des Innern betreibt und zu dessen Nachfolger im Auswärtigen Amt den damaligen Freund Graf Philipp Eulenburg auserwählt (13. Januar 1893), und wenn man ferner alle seine Irrungen und Willkürlichkeiten in der Zeit der Kladderadatschgeschichte überblickt, so erscheint der hartnäckige Eifer des Witzblattes gegen das Schalten und Walten eines Geheimrats im Auswärtigen Amt nicht mehr so unverständlich und sonderbar, als er mir bei meinem Eintritt in das Amt vorgekommen war.

Auf den Streit mit dem Kladderadatsch folgte bald, wenn auch vielleicht nicht in ursächlichem Zusammenhang, eine unscheinbare, in der Öffentlichkeit kaum bemerkte, aber doch wichtige organisatorische Neuerung im Auswärtigen Amt: Beim Ausscheiden des für den Posten des Unterstaatssekretärs im preußischen Staatsministerium ausersehenen Dirigenten der Abteilung B, Wirklichen Geheimen Legationsrates Humbert, wurden die Personalien der Diplomaten auf den Außenposten von der Abteilung abgetrennt und einem vortragenden Rat bei I A übertragen. Der erste Personalienreferent bei A war Graf Pourtalès. Die Neuerung ließ sich wohl damit rechtfertigen, daß das Urteil von A über die Leistungen der Diplomaten für die Besetzung der Botschaften und Gesandtschaften entscheidend war. Andererseits wurde durch die Neuerung in einer Zeit, die gerade zu größerer Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Kenntnisse und Fähigkeiten der Vertreter des Reichs bei den fremden Regierungen drängte, der Zaun zwischen der diplomatischen Zunft und der konsularischen Laufbahn verdichtet und Einblick und Übergang von einem Bezirk in den anderen erschwert

Zu der folgenden zehnjährigen friedlichen und freundschaft-

lichen Zusammenarbeit mit Holstein war meist er mit seinen historischen Kenntnissen, seiner erstaunlichen Fähigkeit, internationale Zusammenhänge zu erkennen und Gefahren für das Reich zu wittern, dem Reichtum seiner Ideen und Auskunftsmittel der gebende Teil. Was ich dagegen aufbringen konnte, war nicht viel mehr als ein wenig natürlicher Menschenverstand. Als er dann zu Beginn der Marokkohändel in bittere Feindschaft zu mir geriet, habe ich nicht vergessen, wieviel Dank ich ihm für vergangene Zeiten schuldete. Solange ich gut mit ihm stand, wurde ich immer rechtzeitig über die internationalen Vorgänge unterrichtet. Was bei ihm Mitteilsamkeit aus persönlichem Wohlwollen war, machte der Staatssekretär und Kanzler v. Bülow aus Verständnis für Wirken, Bedürfnisse und Behandlung der Presse zur Regel. Unter ihm kam es nicht, wie später im Wechsel der Staatssekretäre vorübergehend, vor, daß der Pressleiter nur ein weit vorgeschobener, von den notwendigen rückwärtigen Verbindungen abgeschnittener Außenposten war, der von diplomatischen Offensiven oder Defensiven selbst erst aus den Blättern oder öffentlichen Reden Kenntnis bekam.

Holstein unterhielt allerlei unterirdische Verbindungen, und manches ging bei ihm heimlich und hintenherum, was besser von vorn zu erledigen gewesen wäre. Er liebte es, Diplomaten auf Außenposten, die sein besonderes Vertrauen besaßen, durch Privattelegramme mit Anweisungen und Anregungen zu versehen und gab davon zu den Akten nur, was ihm wichtig und unbedenklich erschien. Auch im inneren Amtsbetrieb zog er es manchmal vor, Mitarbeiter ausspielen zu lassen und selbst in der Hinterhand zu bleiben. Sorgfältig überwachte er den Verkehr der Kanzler, denen er diente, zu häufige Besuche im Kanzlerhause konnten verdächtig machen und ihm die Ruhe rauben. Daß er, wie Gegner und Opfer von ihm behaupten, auch mit Zetteln und anonymen Karten arbeitete, habe ich nicht bemerkt. Von anderen, auch solchen, die mit ihm noch Verkehr unterhielten, habe ich ihn wegen seiner mit dem Alter und den Mißerfolgen in der Marokkofrage gesteigerten Neigung zu persönlichen Ränken und Hintertreppengängen mit den

fürchterlichsten Worten bezeichnen hören. Für mich blieb er der durch krankhafte Veranlagung zum Unheilvollen prädestinierte, aber doch immer vom reinsten patriotischen Streben geleitete Mann.

Sein Wille zur Macht, seine Leidenschaft, vom Schnürboden aus die Vorgänge und Personen auf der offenen Szene an geheimen Drähten zu lenken, für den Zuschauer unsichtbar, für nichts verantwortlich, war dadurch entschuldigt und beinahe erklärt, daß er ganz frei von Eitelkeit und persönlichem Ehrgeiz war. Auf Äußerlichkeiten gab er nichts, besuchte keine Gesellschaften, trug nie einen Orden, allerdings auch niemals einen Frack. Als ihn, und zwar auf seinen eigenen Wunsch, Fürst Bülow eines Abends, zu dem sich der Kaiser angesagt hatte, diesem vorführen wollte — es war 1905 und meines Wissens überhaupt die erste Begegnung mit dem Kaiser —, zeigte es sich, daß Holstein über keinen salonfähigen Frack mehr verfügte und also im Überrock erscheinen mußte. Die Schwäche anderer für Orden nahm Holstein nur ernst in dem Falle, daß es eine Zurücksetzung gewesen wäre, keinen zu erhalten.

Was sonst in seinem Charakter Sympathisches war, kann man am besten bei M. Harden nachlesen. Von dem Menschen Fritz v. Holstein hat Harden in seinen „Köpfen" mit großer Kunst ein literarisches Bild entworfen, in dem alle edeleren Züge dieser problematischen Natur, insbesondere die Reinheit der Motive ihres Handelns, getreu wiedergegeben, daneben aber auch „die Flecken auf der inneren Iris" und bösen Exzesse in der Wahl der Mittel nicht übergangen sind. Nietzsche spricht einmal von der angenehmen Verderbtheit meiner thüringischen Landsleute, daß sie, selbst wenn sie auf dem Wege zur Wahrheit sind, noch immer die Schleichwege vorziehen. Holstein scheute in der Tat auch „stinkende Winkelgäßchen" nicht. Harden erwähnt ferner, daß sich Holstein gern der Tugend der Wahrhaftigkeit rühmte. Aber Wahrheitsliebe in concreto war gerade nicht seine starke Seite. Gewiß, er schätzte offenes Wesen und mochte selbst an seine eigene Aufrichtigkeit glauben. Er war auch nicht eigensinnig im Sachlichen, ließ Widerspruch gelten, wenn er einmal das Einfache nicht

sah oder es durch Biegen und Drehen, Kneten und Treten in Mißgestalt verwandelt hatte. Aber zu leicht kam bei ihm Persönliches, Allzupersönliches, ins Spiel. Wenn er sich durch Verdacht gegen andere in seiner eigenen Machtsphäre bedroht glaubte, wenn er unter passivem oder aktivem Terror litt, wenn ihn hysterische Eifersucht packte, kannte er sich selber nicht und verschoben sich die Linien seines Gesichtskreises so, daß unwahre Bilder herauskamen.

In der Darstellung seines Zwistes mit mir geht Wahres und Falsches durcheinander. Die Sache fing an gleich nach Beginn der deutschen Marokkoaktion im Frühjahr 1905. Holstein wünschte, daß in der Norddeutschen Allgemeinen eine kriegerische Sprache gegen Frankreich geführt würde. Ich sprach mich dagegen aus mit der Begründung, daß wir bisher, entsprechend unserem amtlichen Verhalten bei und nach Abschluß der französisch-englischen Entente, in der Marokkofrage beruhigend auf die Presse eingewirkt hätten, und daß nach der deutlichen Sprache, die schon in der Reise des Kaisers nach Tanger lag, ein plötzlicher Übergang zu papiernen Kriegsdrohungen unsere öffentliche Meinung in Unruhe, Streit und Verwirrung versetzen müßte. Der Kanzler Fürst Bülow gab mir recht, und damit war mir das eifersüchtige Mißtrauen Holsteins aufgeladen. Je weniger der Verlauf der Algeciras-Konferenz, die Holstein so eifrig durchgesetzt hatte, seinen Erwartungen entsprach, um so gespannter wurde sein Verhältnis zu dem Preßreferat, mit Einschluß regelmäßiger Besucher desselben und selbst alter naher Bekannter von ihm, wie des aufrechten Herrn v. Huhn von der Kölnischen Zeitung.

Ebensowenig einwandfrei ist die Erzählung Holsteins (Köpfe I, S. 114 f.), wie ihm Anfang 1906 die Funktionen eines Direktors der Politischen Abteilung mit Unterstellung auch des Preßreferates übertragen worden seien, wie ich dagegen rebelliert und wie ich aus Rache nach seinem Abgang die Preßmeute auf ihn gehetzt hätte. Es war alles anders und namentlich von posthumer Rache keine Spur. In der ganzen Holstein-Krisis, die sich von der Reise des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen nach Kiel beim Besuch

des Königs Eduard VII. (Juni 1904) bis zum April 1906 hinzog, wurde manchmal im Stile Shakespeareſcher Komödien gearbeitet. Näher darauf einzugehen, muß ich mir verſagen. Nur ſo viel ſei bemerkt, daß eine ſchon vorbereitete Nachtragsforderung an Bundesrat und Reichstag für den neuen Direktor bei der politiſchen Abteilung bald wieder rückgängig gemacht wurde. Die Nachricht aus dem Reichstag, daß bei Beratung der Forderung die alten Verehrer und Freunde von Bismarck Vater und Sohn unter Führung des Abgeordneten v. Kardorff wahrſcheinlich eine Holſtein-Debatte hervorrufen würden, wohl gar mit Erwähnung des Arnim-Prozeſſes und der Angriffe des Kladderadatſch, hatte genügt, um Holſtein den dringenden Wunſch einzuflößen, lieber ganz zu verzichten, als auf der Rampe des Reichstags Rede und Antwort zu ſtehen. Der politiſche Direktor verſchwand lautlos in der Verſenkung.

Wenn Holſtein glaubte, nach der ſchweren Ohnmacht des Fürſten Bülow im Reichstage am 5. April 1906 ſein letztes Entlaſſungsgeſuch — es gab deren viele — noch zurückziehen zu können, weil es im verſchloſſenen Schreibtiſch des erkrankten Kanzlers ruhte, ſo hat er ſich in einem tatſächlichen Irrtum befunden. Das Entlaſſungsgeſuch war am ſelben 5. April 1906 vormittags im Auftrage des Kanzlers von dem Staatsſekretär v. Tſchirſchky dem Kaiſer vorgetragen und von dieſem genehmigt worden. Nur die formelle Erledigung zögerte ſich noch zehn Tage hin.

Als Holſtein das Entlaſſungsdekret mit einem Schreiben Tſchirſchkys erhielt, in dem auf den Auftrag des Kanzlers Bezug genommen war, wollte er dieſen Auftrag öffentlich als eine Unwahrheit erklären. Der Rat eines wirklich guten Freundes brachte ihn davon ab. Das Dekret war doch nicht umzuſtoßen, und ein Mann, der ſich über Gewalt und Hinterliſt beklagte, wenn ihm ſein wie oft geſchriebener Wille geſchieht, wäre eine groteske Figur geweſen. Holſtein kam dann auf die Idee, ſeinem ehemaligen Freunde Phili in einem Briefe mit beleidigenden Ausdrücken vorzuwerfen, daß deſſen Einflüſterungen die kaiſerliche Ungnade bewirkt hätten. Die Folgen einer ſolchen Kampfanſage wurden da-

durch vermieden, daß Fürst Eulenburg erklärte, nichts bei Seiner Majestät gegen Holstein unternommen zu haben, und daß dieser darauf seinen Brief zurückzog.

Vom Fürsten Bülow war es klug, daß er nach seiner Wiedergenesung die persönliche Verbindung mit Holstein wiederaufnahm. Noch einmal konnte der alte Steuermann das Meer der hohen Politik befahren, ungesehen, wie es ihm am liebsten war, und dem Kapitän helfen bei drohendem Sturm den rechten Kurs zu halten — zur Zeit der bosnischen Krisis.

VI. „Offiziöse Preßwirtschaft."

Will der Neuling Tüchtiges leisten, muß er sich zur Regel nehmen: Warten, sehen und das Nächste bedenken. Anno 1894 hatte die Regierung des Deutschen Reichs für die Beobachtung und Bearbeitung der Presse, der fremden wie der einheimischen, in Fragen der inneren wie der auswärtigen Politik nur eine Stelle, und diese war mit einem Leiter und zwei Expedienten, ehemaligen Referendaren, besetzt, die hauptsächlich die Ausschnitte aus in- und ausländischen Blättern zu besorgen hatten. Ein richtiges Lektorat gab es nicht, ebenso auch keinen Fernsprecher. Rudolf Lindau hatte sogar nur mit einem Assessor oder einem Vizekonsul gearbeitet, und diesem war noch Zeit genug geblieben, um gelegentlich auch Korrekturen eines neuen Novellenbandes seines Meisters durchzusehen. Die Hauptbeschäftigung der Preßstelle bestand freilich auch nur darin, Tagesübersichten über die Presse für den Fürsten Bismarck zu liefern und die Anweisungen auszuführen, mit denen sie aus Friedrichsruh zurückkamen. Die Anweisungen waren nicht selten schon so gefaßt, daß nur Kopf und Schwanz hinzugefügt zu werden brauchten, bevor der Artikel in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung oder sonstwo erschien. Daneben gingen noch Auslassungen über besondere Fragen der inneren Politik durch die Hand des vortragenden Rates in der Reichskanzlei. Wie gering erschien diese Preßtätigkeit an Umfang und wie stark war sie doch in der Wirkung! Nicht die Menge der Beziehungen machte es, sondern die Güte dessen, was von Friedrichsruh ausging. Bei dem Ansehen, das der Unvergleichliche in der ganzen Welt genoß, ward alles, was seines Genius Spur verriet, leicht

von den Organen der öffentlichen Meinung aufgenommen. Da war kein großer Apparat mit Hebeln und Zangen nötig.

Das einzige öffentlich bekannt gewordene Wort des Grafen Caprivi aus der Zeit nach seiner Kanzlerschaft lautete dahin, daß es seine Aufgabe gewesen wäre, die Nation nach der vorangegangenen Epoche großer Männer und Taten in ein Alltagsdasein zurückzuführen. Da die Wirkungen auf die öffentliche Meinung, die von selbst und ohne besondere Nachhilfe von der Macht der Persönlichkeit Bismarcks ausstrahlten, weggefallen waren, mußte nun die Tagespresse sorgfältiger beobachtet und die Vertretung nationaler und amtlicher Interessen in ihr planmäßig gepflegt werden, eine Aufgabe, die erst allmählich erkannt wurde und die viel mehr Kräfte erforderte, als zur Verfügung standen. Caprivi hatte bei seinem Amtsantritt geglaubt, in der inneren Reichspolitik ohne alle Beziehungen zur Presse auskommen zu können. Der Nachfolger Rottenburgs in der Reichskanzlei, der aus der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts übernommene Wirkliche Geheime Legationsrat Göring, ein Schulfreund Caprivis, gab sich mit Preßangelegenheiten überhaupt nicht ab. Der neue Preßreferent im Auswärtigen Amt hatte also auch, nachdem Graf Caprivi inzwischen von seinem Irrtum zurückgekommen war, die Vertretung der inneren Reichspolitik in der öffentlichen Meinung mit zu übernehmen.

Die gesamte Presse der alten Kartellparteien folgte dem gesprochenen und geschriebenen Wort des Altreichskanzlers. In allen Teilen des Reichs standen dankbare und ehrliche Anhänger auf, um in übertriebener Erbitterung und mit unbilligem Urteil das Land gegen die Männer des neuen Kurses mobil zu machen. Es gab aber auch unehrliche, Freibeuter und Schelme, die hinter dem Rücken des großen Kämpfers das Land verwüsteten. So trieb z. B. in der Saalezeitung in den Jahren 1890/91 ein Berliner Korrespondent sein Wesen, der mit falschen Nachrichten über Würdenträger bei Hofe und in der Regierung das Menschenmögliche an Vergiftung der Stimmung leistete. Dieses Treiben hörte dann in der Saalezeitung auf, setzte sich aber in der ausländischen

Presse, namentlich Pariser und Brüsseler Blättern, noch viel toller fort. Es war System darin. In einem einzigen Monat erschienen in einer Reihe von Pariser Zeitungen, Gaulois, Lanterne, Eclair, folgende Nachrichten:

Der Kaiser habe in einem Wutanfall seinen Bruder töten wollen, die Kaiserin sei bei seinem Anblick in Ohnmacht gefallen; er leide an Krebs im Bein und an Tuberkulose im Gehirn; in seiner Monomanie bilde er sich ein, daß man ihn mit Kochscher Lymphe vergiften wolle; auf einer Seefahrt habe er nachts Alarm schlagen lassen und auf Verdeck als Pontifex mit schwarzweißer Mitra ein phantastisches Schauspiel aufgeführt, am Schluß sei er mit Offizieren und Matrosen in eine Schlägerei geraten. Um die Trostlosigkeit der Zustände im Reiche zu kennzeichnen, wurde ferner behauptet: Der Chef des Zivilkabinetts v. Lucanus treibt ein lukratives Geschäft mit Orden und Titeln; der Generaladjutant Graf Wedel hat sich an der Schloßlotterie bereichert; Graf Caprivi hat 400 000 Mark beim Zusammenbruch eines Bankhauses verloren, und man weiß nicht, wie er zu einem solchen Vermögen gekommen ist. Endlich tauchte auch trotz aller Dementis immer wieder die Nachricht von einer Kronanleihe zur Besserung der völlig zerrütteten Finanzen des Hofes auf. Das sind nur einige Proben des Gifts, das jahrelang in allen möglichen Dosen und Verpackungen an ein leichtgläubiges Publikum im In- und Auslande verabreicht wurde, ohne daß der Fabrikant und die Bezugsquellen ermittelt und gefaßt werden konnten.

Erst nach meinem Eintritt ins Amt konnte ich den Umfang, den der Schleichhandel mit Schwindelnachrichten in den vorangegangenen Jahren angenommen hatte, aus den Akten und durch weitere Beobachtungen einigermaßen übersehen. Damals wurden der Kaiser und die Männer des neuen Kurses von einem Berliner Korrespondenten des Newyork Herald in ganz ähnlicher Weise wie früher in Pariser und Brüsseler Blättern angegriffen. Der Verdacht, daß der Berliner Korrespondent der Journalist Ernst Schumann, auch Normann und Normann-Schumann genannt, sei, wurde mir von dem Chef der Exekutive der politischen Polizei v. Mau-

derode bestätigt. Für seinen Verkehr mit Gordon Bennet, dem Besitzer des Newyork Herald, hatte sich Schumann in Dr. Mund umgetauft. In meinen Unterredungen mit dem Polizeirate v. Maderode war dieser anfangs ziemlich verlegen, kam dann aber deutlich mit der Sprache heraus. Er gab zu, daß Schumann eine Reihe von Jahren Agent der politischen Polizei gewesen war, und schilderte ihn als einen dem rücksichtslosesten Gelderwerb nachgehenden erfindungsreichen Kopf, der sich durch geschickte Aufschneidereien über seine hohen Verbindungen und durch Mißbrauch von Kenntnissen, die er in seiner polizeilichen Tätigkeit erlangt hatte, immer wieder Eingang bei in- und ausländischen Blättern der verschiedensten Richtungen zu verschaffen wußte. Nach mancherlei Irrfahrten in Italien, Griechenland und am Balkan hatte sich Schumann, der Sohn eines Gastwirts in der Mark, Ende der achtziger Jahre in Berlin niedergelassen. Im Xantener Knabenmordprozeß war er noch als Vertrauensmann der Antisemiten, der Juden und der Polizei zugleich aufgetreten. Im Frühjahr 1893 war er jedoch in einem Antisemitenprozeß in Leipzig mit seiner Methode des Verrats aller gegen alle so heillos bloßgestellt worden, daß er im Polizeidienst nicht mehr verbleiben konnte.

Wie hilflos die Männer des neuen Kurses gegenüber den unterirdischen Wühlereien waren, hatte sich zwei Jahre vorher bei den Nachforschungen nach dem Berliner Korrespondenten der Saalezeitung gezeigt. Ein Redakteur dieses Blattes erbot sich in einem Briefe an den Staatssekretär v. Bötticher, dem Reichskanzler den Verfasser der Berliner Sensationsnachrichten zu bezeichnen. Darauf wurde erwidert, daß im Auftrage des Kanzlers der Adjutant Hauptmann Ebmeier den Redakteur auf dem Anhalter Bahnhof erwarten werde, um seine Mitteilung entgegenzunehmen. Der Redakteur traf richtig ein, der erste, dem er auf dem Bahnsteig begegnete, war Schumann, der ihm dringend empfahl, sich in acht zu nehmen. Der Redakteur ließ sich darauf von Hauptmann Ebmeier nur die Angabe entreißen, daß die Skandalartikel von einem Beamten der geheimen Polizei herrührten. Den Namen wollte er erst später angeben. Statt dessen kam jedoch nach ein paar Tagen ein

Brief des Redakteurs, in dem er sich bitter darüber beschwerte, daß sein wohlgemeinter Schritt an den verraten worden sei, auf den sich seine Mitteilungen an Ebmeier bezogen. Wie war das möglich? Einfach dadurch, daß Graf Caprivi korrekt und ahnungslos der politischen Polizei von dem ersten brieflichen Angebot des Redakteurs hatte Kenntnis geben lassen, und daß von dieser der Brief an den Agenten Schumann zu Nachforschungen weitergegeben worden war. Schumann, der den Redakteur während seines Aufenthalts in Berlin hatte überwachen lassen, reiste nach Halle und machte ihm mit einer Abschrift seines Briefes in der Hand die Hölle so heiß, daß er nichts mehr von sich hören ließ.

In den Korrespondenzen Schumanns an die Saalezeitung und sonstigen Erzeugnissen seiner Phantasie war anfangs deutlich die Tendenz zu erkennen, für eine Rückberufung des Fürsten Bismarck in seine Ämter zu wirken. Bald jedoch trat er für den General Grafen Waldersee als künftigen Reichskanzler ein. An den Fürsten Bismarck ist Schumann gewiß nicht herangekommen, obgleich er wiederholt in Friedrichsruh war oder wenigstens Briefe und Karten wegen des täuschenden Scheins mit dem Poststempel Friedrichsruh versehen ließ. Dagegen war es ihm gelungen, mit dem Grafen Waldersee in engere Verbindung zu kommen, persönliche und briefliche. Diese Gönnerschaft hat dem journalistischen Freibeuter zur Mehrung seines Gelderwerbes verholfen, dem unvorsichtig ehrgeizigen General aber später manche peinliche Stunde verursacht.

Daß der Vielnamige — außer den erwähnten hatte sich Schumann je nach Zeit und Umständen noch andere Namen zugelegt, die ich wieder vergessen habe — bis zu seinem Verschwinden aus Berlin 1896 immer wieder Abnehmer in der Presse für seine Sensationsnachrichten finden konnte, erklärte sich, abgesehen von der Kritiklosigkeit vieler Redaktionen, nicht nur aus der Geschicklichkeit, mit der er die Ausgeburten seiner verwegenen Kombinationsgabe namentlich Ausländern glaubhaft machte, sondern auch daraus, daß er sich wirklich hin und wieder über geheime Vorgänge als gut unterrichtet erwies. So rührte die Enthüllung in dem Wiener

Tagblatt über die Zuwendung an den Minister v. Bötticher aus dem Welfenfonds von ihm her. Wer ihm die Nachricht verschafft hatte, ist sein Geheimnis geblieben.

Diese Preßumtriebe, die zum Teil noch vor der Zeit meines Eintritts in das Auswärtige Amt lagen, wurden erst durch die Prozesse gegen Lützow und Genossen und gegen den Kriminalkommissar v. Tausch vollständig aufgedeckt. Da auch die weiteren Enthüllungen im Prozeß Lützow mit zum Bilde der verworrenen Zustände und der tief aufgewühlten Leidenschaften während des ersten Jahrzehnts nach Bismarcks Abgang gehören, will ich eine Schilderung des Tatbestandes, der der Anklage zugrunde lag, folgen lassen.

Bei der Galatafel zu Ehren des Kaisers Nikolaus am 5. September 1896 in Breslau erwiderte der Zar die Rede des Deutschen Kaisers mit den Worten: Je puis vous assurer, Sire, que je suis animé des mêmes sentiments traditionels que Votre Majesté. Der beim Mahle anwesende Staatssekretär Freiherr v. Marschall hatte den Text der Antwort des Zaren sofort notiert und seine Richtigkeit von einer Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung des Zaren bestätigen lassen. Das war in der Annahme geschehen, daß der Stenograph des deutschen Zivilkabinetts den französischen Wortlaut vielleicht nicht richtig stenographieren würde. Der Marschallsche Text wurde dann dem Chef des Zivilkabinetts übergeben, der die für die Veröffentlichung von Kaiserreden zuständige Person ist und sich dazu des Hofberichterstatters des Wolffschen Bureaus bedient. Hofberichterstatter war damals der Hofrat de Grahl, ein ehemaliger österreichischer Offizier, der vor seiner Anstellung im Wolffschen Bureau Redakteur der Konservativen Korrespondenz war. Ganz abweichend von der Regel schickte de Grahl, noch bevor ihm der Chef des Zivilkabinetts die Trinksprüche der beiden Kaiser übergeben hatte, eine sogenannte Vordepesche an Wolffs Bureau ab, in der die Worte des Zaren que Votre Majesté umgeändert waren in que feu mon père. Das ergab einen vollkommen veränderten Sinn, da gerade Alexander III. nicht in dem Rufe stand, für die überkommene deutsch-russische Freundschaft zu schwärmen. Hofrat

de Grahl rechtfertigte sein Verfahren damit, daß das Mahl an einem Sonnabend stattfand und Eile nötig war, um in die Morgenblätter vom Sonntag noch wenigstens einen Vorbericht zu bringen. Die Worte que feu mon père wollte er von einem ungünstigen Platz des Festsaales aus verstanden haben. Tatsächlich erhielt er vom Chef des Zivilkabinetts den richtigen Wortlaut erst eine Weile nachher, gab ihn auch sogleich nach Berlin weiter, wo er so spät eintraf, daß Wolffs Bureau den inzwischen an eine Anzahl von Redaktionen ausgegebenen falschen Vorbericht nicht mehr aufhalten konnte und der richtige Text erst in den Montagsblättern erschien. Dieser Sachverhalt wurde dann durch eine Erklärung der Direktion des W. T.-B. bekanntgegeben. Dunkel und auffällig blieb aber, wie der Hofberichterstatter das von ihm Gehörte trotz der Wichtigkeit seines Inhalts sofort weitergeben konnte, ohne sich vorher zu vergewissern. Ein halbes Jahr später mußte er seinen Posten beim Wolffschen Bureau wegen eines neuen Irrtums aufgeben. Er hatte gemeldet, daß sich unter den zahllosen Glückwunschtelegrammen an den Fürsten Bismarck zu seinem Geburtstag auch eines vom Kaiser befände, was nicht zutraf, der Glückwunsch war wegen der Verstimmung unterblieben, die seit der Enthüllung über den deutsch-russischen Geheimvertrag zurückgeblieben war.

Am 28. September 1896 brachte die Welt am Montag einen Artikel, der behauptete, die erste unrichtige Fassung des Zarentoastes beruhe nicht auf einem Hörfehler, sondern sei dem Hofberichterstatter von einer Stelle der viel beklagten „Nebenregierung" in die Feder diktiert worden. Als Urheber der Fälschung wurde, zwar ohne Namen, aber deutlich genug der Oberhofmarschall Graf August zu Eulenburg bezeichnet, der dabei unter englischen Einflüssen gehandelt haben sollte. Als Antwort auf ein Dementi des Wolffschen Bureaus brachte die Welt am Montag am 4. Oktober eine zweite Zuschrift ihres Gewährsmannes, der unter Berufung auf eine autoritative Quelle seine erste Nachricht aufrechterhielt und sie dahin ergänzte, daß der Zweck der Fälschung gewesen sei, Zeitungsangriffe auf den verstorbenen Vater des Zaren und gegen diesen selbst hervorzurufen, dadurch das deutsch-russische Einver-

nehmen zu stören und die verantwortlichen Stellen zu engerem Anschluß an England zu nötigen. Bald stellte sich aber heraus, daß sich hinter der angeblichen Intrige des angeblichen Hauptes der Nebenregierung eine wirkliche Intrige gegen ein Organ der wirklichen Regierung, nämlich das Auswärtige Amt, verbarg.

Beide Artikel rührten von dem Journalisten und Vertrauensmann der politischen Polizei v. Lützow her, die Information dazu hatte ihm ein journalistischer Anfänger im jugendlichen Alter von neunzehn Jahren, namens Leckert, geliefert, der sich auf einen höheren Beamten des Auswärtigen Amtes als Quelle berief. Als dieser mysteriöse Gewährsmann, von dem Leckert häufiger wichtige Neuigkeiten durch Rohrpostbriefe erhalten haben wollte, wurde bald Frhr. v. Marschall, bald der Prinz Alexander zu Hohenlohe, der Sohn des Reichskanzlers, schließlich auch Herr v. Holstein genannt. Ganz ähnlich wie in dem Fall Schumann-Saalezeitung wurde nun der Autor der Skandalartikel, Lützow, in seiner Agenteneigenschaft von dem Kriminalkommissar v. Tausch mit Ermittelungen nach dem Autor betraut. Wie Lützow später gestand, nahm der Kriminalkommissar die Mitteilungen über den Gewährsmann Leckerts freudig mit der Bemerkung auf, daß der Kaiser alles erfahren würde, „damit wir nun endlich den Marschall beim Wickel hätten". Tatsächlich meldete Tausch seinem Vorgesetzten, daß die Skandalartikel aus dem Auswärtigen Amte stammten, teilte auch gleich seinem Gönner, dem Grafen Philipp zu Eulenburg, brieflich mit, daß er eine wichtige Nachricht für ihn habe. Daß Tausch sich endlich auch zu einer Reihe von Journalisten höchst abfällig über die Nachfolger von Bismarck, Vater und Sohn, und den ganzen neuen Kurs ausgesprochen hatte, konnte durch einwandfreie Zeugen bewiesen werden.

Aber nicht nur der unsinnige Angriff auf den obersten Hofbeamten mit der Beschuldigung, eine nichtswürdige Handlung begangen zu haben, sollte von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes oder einem der unter ihm dienenden höheren Beamten ausgegangen sein. Seit Jahr und Tag war insbesondere die Preßstelle des Amtes von verschiedenen Blättern mehr oder minder deut-

lich verdächtigt worden, gegen die nächste Umgebung des Kaisers zu wühlen und hohe Staatsbeamte untereinander zu verhetzen. In solchen Verdächtigungen hatte sich namentlich die antisemitische Staatsbürgerzeitung hervorgetan. Auch nach dem Erscheinen der Artikel in der Welt am Montag über die Fälschung des Zarentoastes machte sie sich die Leckertsche Behauptung, daß seine Quelle im Auswärtigen Amt sei, zu eigen und wiederholte ihre Klagen über offiziöse Preßmißwirtschaft.

Während der Untersuchung gegen Leckert-Lützow fiel mir eine Verhetzungsgeschichte ein, die sich im November 1895 zugetragen und ebenfalls der Staatsbürgerzeitung dazu gedient hatte, den „Reichsoffiziösen" heimliche Umtriebe gegen preußische Würdenträger unterzuschieben. Damals handelte es sich um die Absicht des Kanzlers Fürsten Hohenlohe, dem Reichstag eine Vorlage wegen Einführung des öffentlichen Verfahrens im Militärstrafprozeß zu machen. Dabei waren starke Widerstände zu überwinden. Der Chef des Militärkabinetts v. Hahnke war Gegner der Reform in dem vom Kriegsminister geplanten Umfang. In einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums war gegen gewisse Bedenken, die namentlich von dem Minister des Innern v. Köller vertreten wurden, eine Einigung zustande gekommen. Die Entscheidung des Kaisers stand noch aus. Gleich danach erschien in den Münchener Neuesten Nachrichten ein aus Berlin datiertes Telegramm, das die streng geheimgehaltene Beratung des Staatsministeriums ziemlich richtig wiedergab und dazu bemerkte, von der kaiserlichen Entscheidung werde das Bleiben oder Gehen des Kriegsministers abhängen. Diese Veröffentlichung war dem Kriegsminister wegen ihrer voraussichtlich ungünstigen Wirkung auf den Kaiser höchst unangenehm. Ein Dementi im Reichsanzeiger konnte das einmal entstandene Gerücht über Schwierigkeiten für den Reformplan nicht zum Schweigen bringen. Zu einer Besprechung zwischen Herrn v. Bronsart und Frhr. v. Marschall wurde ich zugezogen und vor die Frage gestellt, ob die Berliner Depesche der Münchener Neuesten Nachrichten nicht von einem Herrn des unter der Leitung des Ministers des Innern stehenden Kgl. Literarischen Bureaus herrühren

könnte. Nach meiner Kenntnis der Personen erklärte ich eine solche Vermutung für ganz unbegründet. Herr v. Bronsart blieb jedoch zweifelhaft und berief sich für seinen Verdacht auf den Bericht eines zuverlässigen Agenten. Frhr. v. Marschall beauftragte mich mit Nachforschungen bei der Redaktion des Münchener Blattes. Der Mitbesitzer Georg Hirth kam selbst nach Berlin. Nachdem ihm die durch die Berliner Depesche entstandenen Verlegenheiten dargelegt worden waren, erfuhren wir von ihm, daß die Depesche in München entstanden war und auf einem Bericht des bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin beruhte.

Aus der Erinnerung daran, daß der Verdacht des Kriegsministers gegen den Minister des Innern durch einen falschen Agentenbericht verstärkt worden war, entstand nun im Zusammenhang mit dem vorläufigen Ergebnis der Untersuchung über die Herkunft der Artikel der Welt am Montag die Vermutung, daß derselbe Agent, von dem die falsche Auskunft über die Quelle der öffentlichen Beschuldigung des Oberhofmarschalls Grafen Eulenburg in Sachen Zarentoast herrührte, ein Jahr vorher den Irrtum des Kriegsministers gegen Herrn v. Köller erregt hätte. Diese Vermutung bestätigte sich und wurde sogar noch von der Wirklichkeit übertroffen. Die ganze Wahrheit war die, daß der Kommissar v. Tausch zur Bestärkung des Verdachts gegen das Literarische Bureau und letzten Endes gegen seinen eigenen Minister im Kriegsministerium die Quittung eines ehrenhaften, im Kgl. Literarischen Bureau tätigen Journalisten, Kukutsch, über empfangenes Bestechungsgeld vorlegte, eine Quittung, von der er selbst annahm, daß sie sein Unteragent v. Lützow gefälscht hätte.

In der Zwischenzeit bis zur Hauptverhandlung berief sich die Staatsbürgerzeitung zum Beweise dafür, daß ihr nur daran liege, die ganze offiziöse Quertreiberei aufzudecken, endlich auch noch auf einen Artikel der Kölnischen Zeitung von Ende April 1896, der die Verabschiedung des Departementsdirektors, Generals v. Spitz, des Bearbeiters der Militärstrafprozeßnovelle, und den Einfluß reaktionärer Hofkreise gegen den Reformplan scharf kritisierte. Auch dieser militärisch-politische Artikel sollte nach einer Meldung

von Tausch, die bis zum Kaiser ging, von einem Herrn herrühren, der regelmäßig im Auswärtigen Amt verkehrte, nämlich Herrn v. Huhn, von dem wir wußten, daß er mit dem Artikel nichts zu tun hatte. Der wirkliche Verfasser war der Hauptmann a. D. Fritz Hönig, ein alter Bekannter von mir, mit dem ich aber seit Jahren außer Verbindung war. Hönig war ein ganz unabhängiger Mann, der viel auf sein eigenes Urteil gab. Er hatte die Deutsche Heereszeitung herausgegeben und mehrere Werke über den Krieg 1870 geschrieben, von denen eines gegen einen Teil des Generalstabswerks gerichtet war und den Verfasser in Konflikt mit dem Generalstab brachte. Zu Hönigs Gönnern gehörte der Marschall Prinz Friedrich Karl von Preußen und Herzog Georg von Meiningen, mit dem Grafen Waldersee, dem Kriegsminister v. Verdy unterhielt er engeren Verkehr. Schon die einfache Frage vor Gericht, ob er den Artikel der Kölnischen Zeitung und einen ähnlichen im Hamburgischen Korrespondenten über „Flügeladjutantenpolitik" im Auftrage des Auswärtigen Amts oder des Kriegsministers v. Bronsart verfaßt habe, brachte ihn in Erregung, weil er einen Zweifel an der Selbständigkeit seiner gewissenhaften sachlichen Überzeugung heraushörte.

Das war also der dritte Fall, in dem eine falsche Meldung über die Herkunft von Zeitungsartikeln erstattet und weitergegeben und damit Verwirrung in der Regierung und in der Presse angerichtet worden war. Für die angebliche offiziöse Preßmißwirtschaft im Auswärtigen Amt konnte in der viertägigen Hauptverhandlung, wie der Vorsitzende bei der Begründung des Urteils hervorhob, auch nicht der Schimmer eines Beweises erbracht werden. Das Urteil lautete gegen v. Lützow, Leckert und den Redakteur der Staatsbürgerzeitung auf Freiheitsstrafen.

Unvergeßlich sind mir die Bilder, die jener Prozeß in seinem höchst dramatischen Verlauf lieferte: wie der Frhr. v. Marschall mit der unerbittlichen Logik des alten Staatsanwalts den Kriminalkommissar unter Berufung auf die Umtriebe seines ehemaligen Agenten Schumann in die Enge trieb, die Enthüllung der wiederholten, einen Minister gegen den anderen hetzenden Falschmeldungen

der Polizei über die Herkunft von Preßartikeln, das Geständnis des Angeklagten v. Lützow, der verglichen mit Schumann nur ein unglücklicher Stümper war, die tiefe Empörung des Zeugen Kukutsch, dessen gefälschte Unterschrift sich auf der dem Kriegsministerium von Tausch vorgelegten Quittung befand, das Entsetzen des Chefredakteurs des Berliner Tageblattes Dr. Levysohn, als er erfuhr, daß einer seiner Redakteure, den er an Herrn v. Holstein und mich zu regelmäßigem Empfang im Auswärtigen Amt vergeblich empfohlen hatte, gleichzeitig Horchpostendienste für die Polizei im Auswärtigen Amt verrichten sollte.

Aus dem Lützow-Prozeß ging der Tausch-Prozeß hervor. Die Schwurgerichtsverhandlung dauerte zehn Tage, brachte aber politisch nichts Neues. Politische Bedeutung hätte sie nur gewinnen können, wenn Normann-Schumann und sein Gönner Graf Waldersee als Zeugen über ihr Verhältnis zueinander und zu Herrn v. Tausch erschienen wären. Fürst Bismarck sagte über den Grafen Waldersee: „Er war von ungesundem Ehrgeiz beseelt, weil er sich nicht auf seinen militärischen Beruf zu beschränken wußte... Daß er in seiner ersten Erbitterung über die Verbannung nach Altona (Anfang 1891) einige gegen Seine Majestät direkt gerichtete Artikel in der Saalezeitung veranlaßt hat, ist nur deshalb im Prozeß Tausch nicht öffentlich bekannt geworden, weil es dem Grafen gelang, den von ihm vielfach benutzten Normann-Schumann im Auslande zu erhalten" (Hofmann, Fürst Bismarck I, S. 196). Tatsächlich war Schumann schon während des Prozesses Lützow und Genossen nach der Schweiz entwichen. In den folgenden Monaten bis zum Tausch-Prozeß verstand es Graf Waldersee, an der höchsten Stelle Verzeihung zu erlangen und eine Vorladung zur Zeugenaussage über seine Beziehungen zu Schumann zu vermeiden.

Die Anklage, die gegen Tausch auf Meineid lautete, stand nicht auf starken Füßen. Es handelte sich darum, ob Tausch als Zeuge im Lützow-Prozeß wider besseres Wissen versichert hatte, niemals politische Artikel inspiriert zu haben. Bei der Unbestimmtheit des Begriffs inspirieren und der Grenzen zwischen Personalnotizen, Hofberichten und politischen Artikeln konnte ein schlüs-

siger Beweis nicht erbracht werden. Herr v. Tausch wurde freigesprochen. Von vornherein stand fest, daß er nicht für den Inhalt aller der Korrespondenzen und Artikel, die seine Vertrauensmänner Normann-Schumann, v. Lützow und andere veröffentlicht hatten, verantwortlich gemacht werden konnte. Der Fehler, der ihm anhaftete, war nicht kriminalistischer Art, sondern lag in der Leichtfertigkeit, mit der er die Berichte seiner Preßagenten aufnahm und allerlei Klatsch, namentlich wenn er sich gegen den neuen Kurs verwerten ließ, in Zeitungsredaktionen „im Vertrauen" herumerzählte. Seine Aufgabe, für die persönliche Sicherheit des Kaisers auf Reisen zu sorgen, Aufträge wie der, den Verfasser oder die Verfasserin der anonymen Briefe über die Hofgesellschaft zu ermitteln, endlich seine unkontrollierte Macht über seine Agenten waren ihm zu Kopf gestiegen. Den Staatssekretär Frhr. v. Marschall betrachtete er als den Usurpator des Platzes, der eigentlich dem Grafen Herbert Bismarck gehörte. Dabei darf man nicht vergessen, daß der Beamtenkörper mancher Behörde von dem Wunsche einer baldigen Rückkehr des Bismarckschen Regiments beseelt war. Eine solche Behörde war das Königliche Polizeipräsidium in Berlin. Der Geist des Widerwillens gegen den neuen Kurs artete bei den unteren Organen der politischen Polizei in monströse Formen aus. Kein Wunder war es daher, daß ein Kriminalkommissar lange Zeit eine so selbstherrliche Rolle spielen konnte wie Herr v. Tausch, dessen Preßagenten nicht bloß als Zuträger von Neuigkeiten an die Polizei, sondern auch als Erreger öffentlichen Klatsches und öffentlicher Unruhe dienten.

Die berühmte Flucht des Frhr. v. Marschall in die Öffentlichkeit erfuhr neben viel Anerkennung auch gewichtigen Tadel. Bei Hofe fand man das Verfahren „unpreußisch". Fürst Bismarck sprach von unnötigen Zugeständnissen, die in dem Prozeß durch das Erscheinen von Reichskanzler, Ministern und Botschaftern vor den gerichtlichen Schranken demokratischen Auffassungen gemacht worden wären, und bezeichnete als das für Mißhelligkeiten zwischen Ministern zuständige Forum das preußische Staatsministerium. Aber Gegensätze unter Ministern lagen in dem Prozeßverfahren nicht

mehr vor, sie waren vielmehr schon vorher durch die Nachforschungen des Auswärtigen Amtes beseitigt worden. Ähnliche Einwendungen erhob der Führer der Konservativen, Graf Limburg-Stirum, im preußischen Abgeordnetenhause. Marschall setzte sich hiergegen im Reichstage am 5. Februar 1897 in einer Debatte über die politische Polizei mit durchschlagenden Gründen zur Wehr. Er kehrte den Spieß um in den Schlußworten seiner Rede: „Graf Limburg-Stirum wünschte, daß man den Mantel des Dienstgeheimnisses über diese ganze Angelegenheit geworfen hätte. Aber dieser Mantel hätte mit dem Polizeibeamten auch das gute Recht, die Ehre und die Integrität des Auswärtigen Amts verhüllt. Der Beamte, der gefehlt hat, wäre geschützt worden, aber die Herren, die sich nichts zuschulden kommen ließen, wären erst recht bloßgestellt worden. Dies wäre ein Verfahren, das mit den besten preußischen Traditionen in direktem Widerspruch gestanden hätte."

Unter normalen Verhältnissen hätten wohl die Mißstände in der Handhabung der politischen Polizei mit weniger Geräusch abgestellt werden können, aber die Zustände waren eben infolge der tiefen Erregung jener Zeit über das Scheiden des Altreichskanzlers ganz außergewöhnlicher Art, und wenn selbst das Vorgehen nicht preußisch war, so waren doch seine Wirkungen gut deutsch. Vor allem: Die bösartigen Angriffe in der ausländischen Presse auf die Person des deutschen Kaisers als eines physisch, geistig, moralisch und finanziell kranken und heruntergekommenen Menschen hörten vollständig auf. In der südamerikanischen Presse fand ich später noch einmal Fährten, aber sie waren alt und verwittert. Ferner hatte das öffentliche Verfahren eine größere Vorsicht der deutschen Presse bei der Aufnahme von politischen Klatsch- und Skandalgeschichten zur Folge. Eine geheime Beratung im preußischen Staatsministerium oder ein Disziplinarverfahren, bei dem sicherlich niemals ein Interessengegensatz zwischen dem Kommissar und seinen Agenten entstanden, d. h. sehr vieles im Dunkel geblieben wäre, hätte das nicht fertiggebracht, was Marschall mit Freimut und forschem Draufgehen erreichte. —

Den Eifer, mit dem ich den Einfluß schädlicher Elemente

in der deutschen Presse zu bekämpfen suchte, hatte ich aus meinem Berufe als freier Schriftsteller mit ins Amt gebracht. Zu positiven Leistungen auf dem neuen Tätigkeitsfelde reichte er natürlich nicht aus. Er hatte aber wenigstens nichts gemein mit der Gewohnheit, der man damals noch in der hohen Bureaukratie, zivilen wie höfischen und militärischen, begegnete, nämlich alle Journalisten, auch Leute, die ihren Beruf wirklich nicht verfehlt hatten, in Bausch und Bogen als Preßbengel zu bezeichnen. Nach meiner Einsicht konnte der neue Preßreferent für das Amt nur nützliches leisten, wenn es ihm gelänge, ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis mit den ehrlichen und gediegenen Kräften der deutschen Presse herzustellen. Herr v. Kiderlen äußerte später einmal, als er endlich nach zehnjähriger Verbannung nach Bukarest Staatssekretär geworden und manchmal übler Laune war, eine andere Ansicht. Er meinte: „Ach, mit zweifelhaften Existenzen" — er gebrauchte einen noch stärkeren Ausdruck — „läßt sich's am besten arbeiten." Gelegentlich, meinetwegen, wenn es gar nicht anders geht. Bei jener mürrischen Äußerung dachte er nicht daran, daß er mir bei meinem Amtsantritt gerade die beiden Journalisten am wärmsten empfohlen hatte, die mir dann zwei Jahrzehnte hindurch die treuesten Helfer und Berater geblieben sind: Arthur v. Huhn von der Kölnischen Zeitung und August Stein von der Frankfurter Zeitung. Beide Humoristen, doch von verschiedener Grundstimmung, der eine gern in grotesken Bildern schwelgend, der andere mit der feinen, immer schlagfertigen Ironie eines Romantikers.

Der ehemalige Dragonerleutnant v. Huhn war weit in der Welt herumgekommen, mit den Russen war er vor Plewna, dann jahrelang in Paris zur Zeit des Botschafters Fürsten Hohenlohe, dann wieder am Balkan Freund des Battenbergers und Stambulows. Wenn er Erholung brauchte, setzte er sich auf ein Schiff des Norddeutschen Lloyd und fuhr nach Amerika oder nach Ostasien, und von allen seinen Reisen konnte er die wunderbarsten Begebenheiten erzählen. Besonders den Bulgaren war er gewogen, die Rückschläge, die sie im zweiten Balkankriege erlitten, machten ihn nicht irre in seiner alten Prophezeiung, daß ihnen die Zukunft

am Balkan gehöre. Die Erfüllung im Weltkrieg hat er nicht mehr erlebt. — Für die inneren Zustände des Reichs, besonders die parlamentarischen Vorgänge in der letzten Zeit des Fürsten Bismarck und in den Amtsperioden seiner Nachfolger, konnte es keinen besseren Kenner und Beobachter in der Presse geben als August Stein. Namentlich seine mit ausgeruhtem Geiste verfaßten Irenäusartikel über Staatsmänner und hervorragende Parlamentarier gehören nach Stil und Inhalt zu dem Besten, was die Publizistik der letzten Jahrzehnte aufzuweisen hat. Wie ein reicher Sammler, der sich darin gefällt, seine Schätze zu zeigen, war er immer bereit, dem ehemaligen Kollegen in seinem Geheimratsamt mit gutem und ganz selbstlosem Rate beizustehen. Gern gedenke ich auch meiner freundlichen Beziehungen zu Redakteuren von so verschiedener politischer Richtung, wie dem streng konservativen, aber gegen die extremen Methoden der Kreuzzeitung tapfer ankämpfenden Pastor Engel vom Reichsboten oder dem mit milder liberaler Weltweisheit erfüllten Fitger von der Weserzeitung in Bremen. Später war mir die Freundschaft des Dr. Ernst Francke, Vertreters der Münchener Neuesten Nachrichten, dienstlich wegen seiner gründlichen Kenntnisse in den sozialpolitischen Fragen und seiner engen Beziehungen zu der gewerkschaftlichen Bewegung von besonderem Werte. Den hier genannten Männern der Feder gesellten sich im Laufe der Zeit noch manche andere hinzu, die das ihnen erwiesene amtliche Vertrauen reichlich vergalten.

Das viele Geschreibe über die bösen Offiziösen ist mir von Anfang an als eine grobe, den journalistischen Beruf selbst herunterzetzende Unart der deutschen Presse erschienen. Nur die deutsche Presse hat sie, kein anderes Kulturland der Welt kennt sie. Schon zur Amtszeit des Fürsten Bismarck, als der amtliche Preßapparat im Reiche noch winziger war als bei meinem Eintritt ins Amt, wurde fortwährend über das Treiben der Offiziösen geklagt, ohne daß man sich über den Begriff des Offiziösentums klar gewesen wäre. Der eine dachte an bare Subventionen aus dem Welfenfonds, der andere stempelte einfach alles als offiziös ab, was der Opposition gegen den Fürsten Bismarck unbequem war.

In der Fehde des Kladderadatsch gegen die drei Männer im feurigen Ofen kamen häufig Witze gegen die unglückliche Preßstelle vor, die so ziemlich alle für die Angreifer ungünstigen Artikel der Tagespresse veranlaßt haben sollte. Ebenso gab es eine ganze Anzahl oppositioneller Tageblätter, die kaum eine Polemik mit einer anderen Zeitung führten, ohne den Gegner als offiziös zu denunzieren. Stein schrieb in der Frankfurter Zeitung gegen den „Hausknechtsstandpunkt", als ob ein eigenes freies Urteil eines Zeitungspolitikers gar nicht möglich wäre und immer offiziöse Einflüsterungen vermutet werden müßten, wenn er in dem einen oder anderen Falle mit der Regierung ginge. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung brachte wiederholt Artikel gegen das Gegreine über offiziöse Preßmißwirtschaft. Diese wurde dann in mehreren Prozessen, namentlich den gegen Lützow und Genossen, als eine leichtfertige Fabel erwiesen. Es half alles nichts. Vielleicht wird auch dieser armselige Rückstand aus der Zeit des deutschen Spießbürgers mit der ewigen Sorge um die weiße Weste der Unabhängigkeit und den Bedientenmanieren durch den Weltkrieg hinweggeschwemmt.

Weniger offenbar und aufdringlich als alle diese Wahrnehmungen und Gegenwirkungen im deutschen Preßgelände war eine für die auswärtige Politik außerordentlich wichtige Angelegenheit, die schon in den ersten Zeiten meiner Amtstätigkeit zu beachten war: der internationale Nachrichtenverkehr. Man vergegenwärtige sich, daß damals die Blätter der Freien und Hansastadt Hamburg noch keine Wolffschen Depeschen veröffentlichten, das Material des Wolffschen Bureaus erschien dort unter der Firma R. B. (Reuters Bureau). Das war so gekommen: Auf Grund einer Konzession des Königs von Hannover hatte sich Reuter in der Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts einen eigenen Geschäftsbetrieb in Deutschland eingerichtet und namentlich in den Städten Hamburg, Frankfurt und Hannover festen Fuß gefaßt. Durch den Ausgang des Krieges von 1866 verlor Reuter den größten Teil des gewonnenen Bodens, aber Hamburg hielt er fest, und zwar auch noch in dem ersten allgemeinen Kartellver-

trag, der im Januar 1870 zwischen Havas, Reuter und Wolff mit einer Dauer von 20 Jahren zustande kam. Der Erneuerung dieses Kartells auf weitere 10 Jahre ging nach dem Besuche Crispis in Friedrichsruh (1887) ein in seinen Folgen höchst unglückliches Zwischenspiel voraus. Auf Betreiben Crispis sollte zur Bekämpfung des französischen Einflusses der Havasagentur eine dem Dreibunde analoge Verbindung der Depeschenagenturen in Rom, Wien und Berlin geschaffen werden, und zwar unter Anschluß von Reuter in London. Tatsächlich kam auch im Mai 1889 ein solches vom Auswärtigen Amt gebilligtes Abkommen zustande, bei dem Reuter das beste Geschäft machte. Er blieb in seinem Hamburger Besitz. Überseeische Fragen kamen überhaupt nicht in Betracht. Als nun gar noch der Kampf gegen Havas trotz der loyalen Unterstützung Reuters, der zusammen mit Wolff ein Bureau in Paris errichtete, vollständig fehlschlug, hielt man es für geraten, zu dem 1870 geschaffenen Zustand zurückzukehren. Den Preis für die Zustimmung von Havas mußte Wolff in Europa zahlen. Havas erhielt dazu noch Südamerika, Reuter behielt Ostasien.

In diesem schließlichen Ergebnis der Verhandlungen vom Ende der achtziger Jahre spiegeln sich klar die in der Natur der Dinge liegenden Schwierigkeiten, mit denen eine Macht ringen muß, die zu spät, zu einer Zeit, da die Konkurrenten ihre Position schon längst und stark befestigt haben, auf dem Kampfplatz erscheint. Während Havas und Reuter sich in der Übersee festsetzten, mußte Wolff froh sein, sich nur einigermaßen in Europa einrichten zu können.

Der neue Vertrag galt bis 1900. Bei den Verhandlungen 1898 gelang es endlich dank der Geschicklichkeit des Direktors Mantler und mit Hilfe der Drohung des Abbruchs aller Beziehungen, Reuter aus Hamburg zu verdrängen und wenigstens den Anfang einer größeren Bewegungsfreiheit für die überseeischen Gebiete zu machen.

Die Zeiten, in denen sich Deutschland um die Urteile der Brasilianer, Argentinier und Chilenen, der Chinesen und der Japaner nicht zu kümmern brauchte, sind längst vorbei, ebenso wie die

Zeiten, da die Geschicke der Völker in einem kleinen und abgeschlossenen Kreise von Hofleuten und Diplomaten entschieden wurden. Dieser Entwicklung aber ist für uns, die wir uns erst die nationale Einheit und die Sicherheit des Reiches in Europa erkämpfen mußten, das Verständnis dafür nachgehinkt, wie stark die Vertretung der politischen und wirtschaftlichen Interessen eines Landes in der öffentlichen Meinung der übrigen Welt auf den politischen und wirtschaftlichen Konkurrenzkampf einwirkt. Wer die Geringfügigkeit der angewandten Kräfte und Mittel in Betracht zieht, kann sich nur wundern, daß die Versäumnisse auf diesem Gebiete nicht noch schlimmer waren. Erst unter dem dritten Kanzler nahm das Verständnis zu. Für das Preßreferat wurden drei neue Stellen von ständigen Hilfsarbeitern geschaffen und neue organisatorische Pläne wurden vom Fürsten Bülow und späterhin auch vom Reichstag wirksam unterstützt.

VII. Caprivis Ausgang.

Die Caprivische Handelsvertragspolitik wurde am beredtsten von dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall im Reichstage vertreten. Von der Zeit her, als er badischer Gesandter am preußischen Hofe und Bevollmächtigter im Bundesrate war, lag ihm die Wirtschaftspolitik des Reiches gegenüber dem Auslande besser als die rein diplomatische Arbeit. Deshalb vertiefte er sich während der ersten Jahre seines neuen Amtes hauptsächlich in jene und überließ diese dem milden Unterstaatssekretär Frhrn. v. Rotenhan und dem gewiegten Spezialisten v. Holstein. Überhaupt war es Marschalls Art, das, was er angriff, gründlich durchzuarbeiten. Leicht war ihm beim Vortrag anzumerken, wenn er eine Sache nicht für wichtig hielt. Dann ging sein Blick ins Leere, sein Geist war wo anders. Fesselte dagegen ein Gegenstand seine Aufmerksamkeit, so ließ er ihn so bald nicht wieder los.

Im Herbst 1893 stand die zweite Serie von Handelsverträgen, nämlich mit Spanien, Rumänien und Serbien, zur Debatte. Mit einem erdrückenden Material suchte Marschall zu beweisen, daß die ersten Handelsverträge erfüllt hätten, was man von ihnen erwarten durfte: Steigerung unseres Warenverkehrs, keine Verschlechterung, sondern Verbesserung der Handelsbilanz, kein Tribut an Österreich-Ungarn. Ferner kehrte er sich scharf gegen den grellen Widerspruch, zu behaupten, einerseits, daß das Ausland den Zoll trage, andererseits, daß der um 15 Mark für die Tonne ermäßigte Zoll auf Roggen und Weizen an dem starken Preissturz um 100 bis 120 Mark schuld sei, einem Preissturz, den sogar der Kampfzoll von 75 Mark gegen Rußland nicht aufzuhalten vermochte. Auch der Mann ohne Ar und Halm griff in

die Debatte ein, fragte, was es heiße, daß man ihm dies Wort vorwerfe, berief sich darauf, daß er als junger Mensch zu Füßen Stahls, des geistigen Nährvaters der konservativen Partei, gesessen hätte und beschwor den Geist Fichtes und Arndts gegen die Übertreibung von Gruppeninteressen gegen die Staatsinteressen herauf.

Aber alle Beweise und Beschwörungen wirkten gerade da nicht, wo sie am meisten wirken sollten, auf dem platten Lande. Der Bauer verstand die statistischen und sonstigen Darlegungen über den Einfluß des Weltmarktpreises auf den Inlandspreis nicht, er fing wirklich an, Not zu leiden, und hörte lieber von den Agitatoren des am 18. Februar 1893 gegründeten Bundes der Landwirte, daß die Landwirtschaft bisher nur Amboß gewesen sei und nun Hammer werden müsse. Auf der rechten Seite des Reichstags gab es nur wenige, die an dem Ton der Bundesredner Anstoß nahmen, darunter der immer aufrichtige Abgeordnete v. Kardorff. In der Sache selbst, daß die Landwirtschaft die Kosten der Handelsverträge zu bezahlen habe, stimmten so ziemlich alle vom Abgeordneten Grafen Limburg-Stirum bis zu den ländlichen Abgeordneten der Nationalliberalen überein.

Ein neuer Sturm gegen Caprivi ging Anfang 1894 los, als sich die Wahrscheinlichkeit zeigte, daß der Zollkrieg mit Rußland mit einem langfristigen Handelsvertrag, also für die Caprivische Politik erfolgreich, den Agrariern zuwider, beendet werden würde. Die Führung in der Presse übernahm die Kreuzzeitung. Im Grunde war es für die Preisbildung beim Getreide nicht erheblich, ob nun auch Rußland der Vertragszoll gewährt werden sollte oder nicht. Die erforderliche Menge ausländischen Getreides ging doch, gleichviel woher, zu dem niedrigeren Satze ein, und wenn die östliche Grenze ganz gesperrt worden wäre, hätte der russische Getreideüberschuß seinen Druck auf den Hauptfaktor der Preisbildung, den von den Welternten abhängigen Weltmarktpreis, kaum vermindert. Der Gegenwert für die Zollvergünstigungen des Auslandes war zum großen Teil schon mit den niedrigeren deutschen Getreidezöllen in den laufenden Verträgen mit Österreich-Ungarn, den Ver-

einigten Staaten, Rumänien usw. bezahlt, und daher war jede Erleichterung, die Rußland dem deutschen Ausfuhrhandel gewährte, reiner Gewinn. Aber dieser Grund, der auch Gegner des geltenden Vertragstarifs bestimmen konnte, für den russischen Vertrag zu stimmen, schlug bei den Agrariern nicht durch, und die Konservativen unter Führung der Kreuzzeitung machten wenig Hehl daraus, daß der Widerstand gegen den russischen Vertrag den Anfang einer allgemeinen Schilderhebung gegen den Grafen Caprivi bilden würde. In seinem Neujahrsartikel erklärte es das Blatt als Christenpflicht, gegen Schädliches, das Recht und Gesetz werden solle, Zeugnis abzulegen, auch auf die Gefahr hin, wie die alten Gottesmänner Elia, Amos und Paulus als Verstörer und Unruhstifter verklagt zu werden. Acht Tage darauf hieß es an derselben Stelle, der letzte Grund bei „dem unheilbaren Zerwürfnis" zwischen dem Grafen Caprivi und den Konservativen liege nicht bloß in dem Vertrage mit Rußland, sondern in dem allgemeinen Mangel an Vertrauen.

Noch viel rabulistischer war die Sprache der Redner in den Versammlungen des Bundes der Landwirte. Man behauptete, daß die keimenden Gefühle der Anhänglichkeit an die Dynastie der Hohenzollern erstickt würden, daß Thron und Altar ins Wanken gerieten, daß der deutsche Landwirt genötigt wäre, den Kaiser als seinen politischen Gegner anzusehen. Reichstagsabgeordnete der Rechten, die Miene machten für den russischen Vertrag zu stimmen, wurden zu bindenden Versprechungen oder zur Niederlegung ihres Mandats gedrängt. Die Versuche der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, den Konservativen gegen den Terrorismus des Bundes der Landwirte ins Gewissen zu reden, blieben vergeblich. Die parteiamtliche Konservative Korrespondenz stimmte ganz mit der Kreuzzeitung darin überein, daß eine Regierung, deren „Stütze" und „Kerntruppe" die Sozialdemokratie sei, kein Entgegenkommen verdiene.

Auch das Eingreifen des Kaisers half nichts. Auf einem Mahle beim Reichskanzler trat er warm für den Vertrag ein, von dem er sich auch günstige politische Folgen versprach, zumal da

sich Rußland bisher noch keinem Staate gegenüber für lange Dauer unter Preisgabe des Systems der Absperrung gebunden hatte. Ein Zeichen gebesserter politischer Beziehungen war es schon, daß der Botschafter Graf Schuwalow auf dem Diplomatenmahle zu Kaisers Geburtstag, einen Tag nach dem Empfange des Fürsten Bismarck im Königlichen Schlosse zu Berlin, abweichend von dem feststehenden Brauche und offenbar mit Zustimmung des Kaisers Alexander III., einen Trinkspruch auf den Grafen Caprivi ausbrachte. Aber diese Vorgänge dienten in der Agitation auf dem Lande nur dazu, um den Männern des neuen Kurses „Kosakenfurcht" nachzusagen.

Die Beratungen im Reichstag endigten mit einem beträchtlichen Erfolg, es stimmten mit Ja 200, mit Nein 146 Abgeordnete. Die Mehrheit setzte sich zusammen aus allen Stimmen der freisinnigen Vereinigung, der freisinnigen Volkspartei, der süddeutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Polen, ferner aus der großen Mehrheit der Nationalliberalen, 10 Mitgliedern der deutschen Reichspartei, 4 Konservativen (den Prinzen zu Hohenlohe-Oehringen und Hohenlohe-Schillingsfürst, Graf Dönhoff-Friedrichstein, Uhden) und der Mehrheit des Zentrums. Die Minderheit bestand aus sämtlichen Antisemiten, den Konservativen mit den genannten Ausnahmen, dem größeren Teile der Reichspartei, dem kleineren Teil des Zentrums und 16 Nationalliberalen. Die Mehrheit reichte also von der äußersten Linken bis in die konservative Rechte hinein, während sich das Bereich der Minderheit von der äußersten Rechten bis in die Mitte erstreckte.

Fest in der vollen Gunst des Kaisers stehend, siegreich im Parlament — was konnte die Stellung des Kanzlers bedrohen? Dennoch — bei näherem Zusehen enthielt der parlamentarische Boden nur dürftige Keime für künftige Frucht. Die Parteien, die sich die staatserhaltenden nannten und einer im allgemeinen konservativen Richtung der inneren Politik folgten, waren gespalten und boten einem Staatsmann keinen festen Halt, der sich zwar selbst als konservativ betrachtete, aber warme Sympathien nur auf der linken Seite des Reichstags genoß. Der rein äußerliche Ver-

söhnungsakt mit der Flasche Steinberger und dem Empfang im Schloß, bei dem Graf Caprivi ganz ausgeschaltet war, hatte die erklärte Gegnerschaft des Fürsten Bismarck gegen den neuen Kurs nicht ändern können. Alles, was zu seiner Fahne hielt, besonders die konservative Partei, fand es beschämend, daß die Regierung ihren Sieg allein der Sozialdemokratie zu verdanken hatte, gegen deren Stimme der russische Handelsvertrag nicht durchzusetzen gewesen wäre. Es war die Zeit, als der Abgeordnete Eugen Richter den Kampf mit geistigen Waffen gegen die Sozialdemokratie in seinen „Irrlehren" auf kalkulatorische Art führen zu können glaubte und auf bürgerlicher Seite fast nur ein einziger, der greise Mommsen, an der landläufigen Unterscheidung zwischen Ordnungsparteien und Umsturzpartei Anstoß nahm.

Kamen nun noch zu der verworrenen Parteilage Schwierigkeiten in der ministeriellen Situation hinzu, so war die Regierungskrisis da. Schon während der Debatten über den Handelsvertrag waren Gerüchte von einer Kanzlerkrisis im Umlauf. Unter Berufung auf Hofkreise wurde erzählt, die Konservativen würden nach Erledigung des Streits um den Vertrag gestreichelt und Caprivi nach Verlauf von sechs bis sieben Monaten wahrscheinlich geopfert werden. Anfang März sagte mir der Kanzler, er denke nicht daran zu gehen. Von dem an und für sich schon bedenklichen Dualismus, der vor zwei Jahren mit der Aufhebung der Personalunion zwischen dem Kanzleramt und dem preußischen Ministerpräsidium geschaffen war, befürchtete er so lange nichts, als er auf die loyale Unterstützung des Ministerpräsidenten Grafen Botho zu Eulenburg zählen konnte. Das war bisher tatsächlich der Fall gewesen. Graf Eulenburg stand zwar innerlich nach seiner ganzen Vergangenheit der konservativen Partei sehr nahe, war aber Staatsmann genug, um die wirtschaftlichen und politischen Vorteile langfristigen Handelsvertrages mit Rußland anzuerkennen und den Maßlosigkeiten der agrarischen Agitation entgegenzuwirken.

Caprivi hatte bei der ersten Lesung im Reichstag die Ausstreuungen über eine Spaltung zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung als nicht wahr bezeichnet und sich dar-

auf berufen, daß das preußische Ministerium Mann für Mann den Handelsvertrag gutgeheißen. Aber das vom Finanzminister v. Miquel vertraulich gesprochene Wort, die Konservativen wären Esel, wenn sie nicht gegen den Vertrag stimmten, konnte nicht in Abrede gestellt und auch nicht durch eine Reichstagsrede Miquels für den russischen Vertrag vergessen gemacht werden. Einem so klugen Kopf wie ihm war es nicht entgangen, daß für eine stetige Politik im Reiche ein festerer Halt notwendig war, als die Mehrheit bieten konnte, die den Handelsvertrag angenommen hatte, und daß die Opposition der Rechten bei dem beherrschenden Einfluß, den sie in der Verwaltung Preußens ausübte, auf die Dauer nicht zu ertragen war. Ihm schwebte der Gedanke einer Wiederannäherung der alten Kartellparteien vor, die sich nach Beendigung der handelspolitischen Debatten wohl auf Grund des gemeinsamen Eintretens der Konservativen und des größten Teils der Nationalliberalen für den Fürsten Bismarck und gegen den „inneren Feind", vielleicht später sogar mit Anschluß des Zentrums, bewerkstelligen ließe. Caprivi machte sich wenig Sorge darum, daß Nachrichten über eine beabsichtigte hohe Auszeichnung für Herrn v. Miquel erschienen und allerlei über seine enge Fühlung mit dem Grafen Herbert Bismarck herumerzählt wurde. Er gab sich damit zufrieden, zu wissen, daß der Kaiser für jetzt keine Krisis haben wollte. Auf eine vom Grafen Eulenburg im Namen Miquels gestellte Anfrage, ob er dessen Rücktritt wünsche, gab er zur Antwort, seinetwegen könnte Herr v. Miquel Finanzminister bleiben, nur dürfte er nicht erwarten, daß er liberalen Blättern, die für die Kanzlerpolitik gegen die Kreuzzeitung einträten, wegen unfreundlicher Artikel über Miquel Fußtritte gäbe. Das machte der Offenheit und dem Selbstbewußtsein des Kanzlers alle Ehre, trug aber nichts dazu bei, die Unklarheiten über die ministerielle Situation in der Öffentlichkeit zu beseitigen. Die Krisengerüchte wollten denn auch nicht verstummen.

„Die Ämter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten können auf die Dauer nicht getrennt sein, ohne die Verfassung zu fälschen und die Autorität des Reiches zu schwächen.

Wir haben zwischen Reichspolitik und preußischer Politik niemals an die Möglichkeit eines gegenseitigen Bekämpfens und Rivalisierens gedacht. Ein Reichskanzler, der nicht auf die Autorität des preußischen Staatsministeriums gestützt ist, schwebt mit der seinigen in der Luft wie ein Seiltänzer." So sprach Fürst Bismarck zu 28 nationalliberalen Reichstagsabgeordneten, die am 19. April 1894 unter Führung des alldeutschen Professors Hasse in Friedrichsruh erschienen waren, und fügte die Aufforderung an seine Landsleute im preußischen Landtage hinzu, mit Interpellationen gegen die unnatürliche Trennung von Kanzleramt und Ministerpräsidium vorzugehen. Harte, prophetische Worte! Zwei Monate darauf ereignete sich eine Schreckenstat, die mittelbar den Sturz des „Seiltänzers" veranlaßte oder doch beschleunigte.

Die Ermordung des Präsidenten der französischen Republik Carnot durch den italienischen Anarchisten Caserio am 25. Juni 1894 in Lyon machte in der ganzen gesitteten Welt tiefen Eindruck. Während aber in den anderen Ländern, namentlich den romanischen, wo solche mit Gift, Dolch und Petarden verübten Untaten am häufigsten vorkommen, der Gedanke einer internationalen Bekämpfung des Anarchismus aufs neue behandelt wurde, trat in Deutschland sofort wieder die Frage des Sozialistengesetzes in den Vordergrund. Eines der ersten Blätter, das Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialisten „mit ihrem anarchistischen Anhängsel" forderte, waren die Hamburger Nachrichten.

Den ganzen Sommer über war die Tagespresse voll von Artikeln über die Frage, was die Regierung gegen die Umsturzpartei tun oder nicht tun sollte. Irgendwelche klaren Linien waren in dem Durcheinander der Ansichten nicht zu erkennen. Da jede der bürgerlichen Parteien neben dem allgemeinen Interesse, die Sozialdemokratie einzudämmen, ihre eigenen Sonderwünsche hatte, konnte eine Einigung über Mittel und Wege nicht zustandekommen. Die Christlichsozialen und die Antisemiten machten den jüdischen Geist für das Wachstum der Sozialdemokratie mitverantwortlich, die Liberalen dagegen sahen als eine Art der den revolutionären Umsturz befördernden Verwilderung der Sitten die antisemitische

Volksverhetzung an. Mittelparteiliche Blätter verlangten ein neues Kartell, die Freisinnigen und die äußerste Rechte waren aus entgegengesetzten Gründen scharf dagegen, jene, weil es eine Narrheit sei, die Gegensätze zwischen Fortschritt und Reaktion zu vertuschen statt durchzukämpfen, diese, weil sie stets Gegner des Kartells waren und mehr insgeheim als offen das Heil von einem Konflikt mit Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts erwarteten.

Ein guter Mensch aber schlechter Psychologe hatte in der Wiener Politischen Korrespondenz geschrieben, daß die sozialistische Krankheit der Heilung entgegenreife, und daß der Reichskanzler Graf Caprivi gegenüber dem leidenschaftlichen Rufe nach Ausnahmegesetzen den Mut der Kaltblütigkeit bewahre. Hohn und Spott war die Antwort aus allen Lagern, wo die Rückkehr zu den 1890 verlassenen Bahnen der gewaltsamen Unterdrückung der Sozialdemokratie gefordert wurde. Etwas praktischer faßte Griesemann, der mit seiner scharf polemischen Feder von der Konservativen Korrespondenz zur Norddeutschen Allgemeinen Zeitung übergegangen war, die Frage eines neuen Sozialistengesetzes an. Als Voraussetzung für eine wirksame Gegenarbeit gegen die revolutionären Tendenzen bezeichnete er, daß sich der Stachel des Gewissens gegen die systematisch betriebene Annörgelung der Regierung — ein Stich gegen die Agrarier — wieder rege und die gegenwärtige Zerflossenheit und innere Zerrüttung der bürgerlichen Parteien aufhöre. Die Hamburger Nachrichten und ihr Gefolge blieben jedoch dabei, daß der Mut der Kaltblütigkeit nur Mangel an Entschlossenheit bedeute.

In den Regierungskreisen war man ziemlich ratlos. Zuerst tauchte der Gedanke auf, es mit einer Verschärfung des preußischen Vereinsgesetzes zu versuchen. Das Reich hatte damals von seiner Zuständigkeit, das Vereins- und Versammlungsrecht einheitlich für alle Bundesstaaten zu ordnen, noch keinen Gebrauch gemacht. Dann wurde eine Verschärfung des Strafrechts ins Auge gefaßt, namentlich um das öffentliche Anpreisen von gemeingefährlichen Vergehen und Beschimpfungen von Religion, Monarchie, Familie, Ehe

und Eigentum besser zu treffen. Indessen geschah das erst nach der Königsberger Rede des Kaisers vom 6. September beim Parademahle nach dem Manöver.

Unter den Kaiserreden hat kaum eine andere so nachhaltig in der inneren Politik jahrelang fortgewirkt als diese. Sie hatte ein doppeltes Gesicht, das eine zurückgewandt tadelnd und strafend gegen das „Unding" einer lärmenden Opposition Adliger gegen den König, das andere vorausgerichtet mit dem Rufe: „Auf zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes!" Der Tadel, obgleich noch verschärft durch das Streichen so bekannter Politiker, wie der Grafen Mirbach und Kanitz, von der Liste der zur Provinzialtafel einzuladenden Gäste, ward bald vergessen, dagegen der Kampfruf gerade von der Partei, die der Tadel am meisten anging, fort und fort im Verein mit den anderen Gegnern des neuen Kurses begeistert wiederholt. Die Führung in der Presse übernahm wieder die Kreuzzeitung unter ihrem damals noch von dem Hofprediger Stöcker politisch und dem Grafen Waldersee in seinen Geldgeschäften unterstützten Redakteur Frhrn. v. Hammerstein. In richtiger Witterung für den sich vorbereitenden Systemwechsel wurde von den schlauesten Gegnern des Grafen Caprivi die Angriffstaktik aufgegeben und der „gute Troupier" mit der Versicherung, daß niemand daran denken dürfe, ihn stürzen zu wollen, in gönnerhaften Schutz genommen. Die neue Taktik gegen den Grafen Caprivi war ungefähr dieselbe, die in dem sogenannten Scheiterhaufenbriefe Stöckers an Hammerstein vom Jahre 1888 empfohlen war, um den Kaiser, ohne daß er es merke, mit Bismarck zu entzweien. Ich komme auf den Brief später noch zurück.

Caprivi selbst ahnte, daß seine Kanzlertage gezählt waren. Nach Beendigung seiner Brunnenkur gegen Ende September ging er noch einige Tage aufs Land. Auf der Durchreise durch Berlin teilte er mir mit, er habe meine Ernennung zum Vortragenden Rat beschleunigt, weil er schwere Zeiten voraussehe und nicht wisse, ob sein Nachfolger dasselbe Wohlwollen für mich haben werde wie er.

Anfang Oktober war er wieder in Berlin, am 5. Oktober hatte er Vortrag beim Kaiser in Hubertusstock. Von der Aussprache kehrte er in tiefernster Stimmung, jedoch nicht ohne alle Hoffnung, zurück. Sein royalistisches Herz beklagte es tief, daß der König und Kaiser manche Dinge nicht so sehen könne, wie sie wirklich sind. Er wolle immer das Beste, es sei aber schwer, ihn vor Irrtümern zu schützen, so, wenn er glaube, durch seine scharfe Vermahnung in Königsberg die ostpreußischen Konservativen wieder zur Ordnung gebracht und durch seinen Kampfaufruf für Religion und Sitte die Kreuzzeitung und die Bismarck-Blätter für die Regierung gewonnen zu haben. Für den Monarchen sei es auch schwer, eine genaue Vorstellung davon zu haben, wie tief Ausnahmegesetze die breiten Massen des Volkes erregen, und was im Reichstage durchzusetzen sei und was nicht.

In der Aussprache vom 5. Oktober hatte sich der Kanzler bereit erklärt, auf dem Boden des gemeinen Rechtes dem Reichstage Vorschläge zu machen, dagegen weitergehende Maßregeln widerraten, die sich nur rechtfertigen ließen, wenn man das Reich in Gefahr erkläre. Würde sie der Reichstag, wie vorauszusehen, ablehnen, so müßte er aufgelöst werden, einmal, zweimal, und dann bleibe nichts übrig als der Staatsstreich mit Beseitigung des geltenden Wahlrechts, was viel größere Gefahren, äußere und innere, heraufbeschwören würde. Auf das wiederholte Angebot Caprivis, von seinem Posten zurückzutreten, hatte der Kaiser geantwortet, daß er sich nicht von ihm zu trennen wünsche, und dabei auch auf die auswärtige Lage — der Tod des Zaren Alexanders III. stand bevor — Bezug genommen. Die Hoffnung, die Caprivi von Hubertusstock zurückgebracht hatte, beruhte auf der wiederholt gemachten Beobachtung, daß der Kaiser sachliche Gründe hinterher sorgfältig überlegte und sich ihnen trotz anfänglichen Widerstrebens zugänglich erwies.

Die Sorge Caprivis, daß ein scharfes Vorgehen gegen die Sozialdemokratie, gewollt oder nicht gewollt, letzten Endes zu einem Staatsstreich führen würde, war nicht grundlos oder übertrieben. Es lagen zuverlässige Nachrichten vor, nach denen schon in der

Fraktionssitzung der Konservativen, in der die endgültige Stellung zum russischen Handelsvertrag festgelegt wurde, von Rednern der extremsten Richtung Äußerungen gefallen waren, daß man es zur wiederholten Auflösung des Reichstags treiben müßte und ohne Änderung des Wahlrechts nicht auskommen könnte. Eine ähnliche Stimmung war auch in nationalliberalen Kreisen vorhanden und unter anderem in einem Artikel der Kölnischen Zeitung vom 13. August zum Ausdruck gekommen, der sozialdemokratische, antisemitische und ultramontane Hetzereien in einen Topf zusammenwarf und das gleiche Wahlrecht dafür verantwortlich machte, daß der Reichstag in Wirklichkeit mehr die Krankheitserscheinungen als die Kraft und Intelligenz der Nation abspiegelte. Noch im Sommer 1895 sprach es das „Volk", das Organ Stöckers, der es wissen konnte, ganz offen aus, daß es sich beim Sturze Caprivis vornehmlich um die Einleitung „einer größeren Aktion" gehandelt hätte, „die uns aus den parlamentarischen Wirren" führen sollte.

Während der folgenden Wochen bildete sich in den Beratungen des preußischen Staatsministeriums allmählich ein kaum überbrückbarer Gegensatz zwischen den Ansichten des Kanzlers und denen des preußischen Ministerpräsidenten heraus. Im Auftrage des Kanzlers hatte der Staatssekretär des Reichsjustizamts Nieberding einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der in wenigen Artikeln eine Verschärfung des Strafrechts enthielt. Auch wurden neue einschränkende Vorschriften über die Vereins- und Versammlungsfreiheit als preußische Angelegenheit erwogen. Die erste Sitzung des Staatsministeriums am 12. Oktober verlief besser, als man erwarten konnte. Der Kanzler bestand zunächst auf einer Entscheidung der Frage, ob die Minister bereit wären, es auf einen schweren Konflikt mit dem Reichstag ankommen zu lassen. Während Graf Botho zu Eulenburg dies als eine cura posterior behandelt zu sehen wünschte, sprach sich Dr. v. Miquel dafür aus, daß nur maßvolle Entschlüsse, die nicht die Gefahr eines Staatsstreichs enthielten, gefaßt würden. Außer den beiden Staatssekretären v. Bötticher und Frhr. v. Marschall traten auch der seiner-

zeit als Minister für größeren Arbeiterschutz berufene Frhr. v. Berlepsch und der Kultusminister Dr. Bosse entschieden auf die Seite des Kanzlers. Nach dieser Generaldebatte nahm die Mehrheit der Minister in einer Sitzung vom 19. Oktober den Nieberdingschen Entwurf an. Auch der Ministerpräsident stimmte formell zu, jedoch nur unter Einwendungen, die sich namentlich auf präventive Unterdrückung von Versammlungen und Zeitungen bezogen. Der Kanzler behielt sich vor, die Ansichten der leitenden Minister der Bundesstaaten einzuholen, sei es der Reihe nach, sei es in einer gemeinsamen Sitzung.

Ehe es zu der gemeinsamen Beratung der bundesstaatlichen Minister kam, trat ein Zwischenfall ein. Am 20. Oktober, fast zur selbigen Stunde, als Graf Caprivi aus der Hand des freisinnigen Oberbürgermeisters Baumbach den Ehrenbürgerbrief der Stadt Danzig als Zeichen des Dankes für die Bemühungen um den Handelsvertrag mit Rußland entgegennahm, empfing der Kaiser in Potsdam eine Abordnung des Bundes der Landwirte für Ostpreußen zur Überreichung einer Adresse, in der im Sinne der Königsberger Rede eine Opposition des Grundbesitzes gegen seinen Herrn und König als ein Unding erklärt und gegen die innere Fäulnis und Zersetzung des Volkes eine straffe Gesetzgebung in der Hand einer energischen Exekutive gefordert wurde. An der Spitze der Abordnung standen der Abgeordnete v. d. Gröben, einer der Zwischenrufer der Rechten gegen Caprivi und Marschall im Reichstagsstreit um die Handelsverträge, und der aus der Liste der Gäste beim Festmahl in Königsberg gestrichene Herr v. Simpson-Georgenburg. Bei der Überreichung der Adresse hatten der Ministerpräsident Graf Eulenburg und der Landwirtschaftsminister v. Heyden Pate gestanden. Graf Caprivi fühlte sich schwer verletzt und sandte am 23. Oktober ein schriftliches Entlassungsgesuch ab, in dem er auseinandersetzte, daß er das Vertrauen in die Nützlichkeit weiteren Zusammenarbeitens mit dem preußischen Ministerpräsidenten verloren hätte. Dieser hätte zwar den Vorschlägen repressiver Natur gegen Exzesse der Agitation der Sozialdemokratie zugestimmt, aber nur unter Vorbehalten, die neue Schwierigkeiten

voraussehen ließen. Auch glaube er als Kanzler nicht mehr das volle Vertrauen Seiner Majestät zu besitzen, da er bei mehreren Gelegenheiten nicht vorher um Rat gefragt worden wäre. Der Kaiser antwortete umgehend telegraphisch, daß er das Gesuch ablehne und weiteres mündlich mitteilen werde. In der darauf folgenden Unterredung wiederholte der Kaiser, daß er keine Trennung wünsche, wohl wissend, daß ein anderer Kanzler noch weniger von diesem Reichstag zu erreichen imstande wäre. Beim Empfange der ostpreußischen Agrarier sei sein Ziel gewesen, sie auch für den Kanzler versöhnlicher zu stimmen. Graf Caprivi gab darauf dem Wunsche des Kaisers nach, erbat aber und erhielt die Erlaubnis, eine Abschrift seines Abschiedsgesuches dem Grafen Eulenburg zur Kenntnis zu bringen.

Am 24. Oktober war der Kaiser zur Jagd in Liebenberg beim Grafen Philipp zu Eulenburg. Herr v. Holstein wollte wissen, daß sich der Kaiser in der Unterredung mit Caprivi erboten hätte, ihm einen sichtbaren Beweis seines Vertrauens zu geben. Nach seiner Meinung hätte der Kanzler davon Gebrauch machen und die Entlassung des Grafen Botho verlangen müssen. Am 25. Oktober erschien der Artikel der Kölnischen Zeitung, in dem von einem schroffen Gegensatze des preußischen Ministerpräsidenten zu den Anschauungen des Kanzlers die Rede und die volle Unterstützung des Kaisers für den Grafen Caprivi dick unterstrichen war. Am gleichen Tage Konferenz der stimmführenden Minister mit dem Ergebnis allgemeiner Ablehnung von Plänen, die zu erbitterten Kämpfen unter den bürgerlichen Parteien führen müßten. Am 26. Oktober vormittags der Kabinettschef v. Lucanus beim Kanzler mit der Aufforderung, den Artikel der Kölnischen Zeitung abzuschütteln, Weigerung Caprivis, dem kaiserlichen Verlangen nachzukommen, da er nichts mit der Darstellung des rheinischen Blattes zu tun habe. Mittags bei dem Gottesdienst für den verstorbenen Zaren in der russischen Botschaft Meldung eines Flügeladjutanten an Caprivi, er möchte um 2 Uhr zum Kaiser ins Schloß kommen. Bei der kurzen Audienz Erklärung des Kaisers, daß er nunmehr wegen der fortgesetzten Reibereien das Rücktrittsgesuch genehmigen wolle.

Zwei Stunden nach der Audienz ließ mich der gestürzte Kanzler rufen. Er empfing mich mit den Worten: „So, nun bin ich frei und froh, ich habe bereits den Dienern gekündigt und den Staatssekretären Abschiedsbesuche gemacht. Sobald als möglich fahre ich nach der Schweiz und ziehe mich dann ganz aufs Land bei meinen Nichten zurück. Wahrscheinlich wird Graf Eulenburg auch entlassen werden und die unglückliche Trennung beider Posten aufhören[1]." Gleich darauf bat er mich noch einmal zu sich, das Wichtigste hatte er vergessen: seine letzte Bitte an den Preßreferenten, nämlich allen Einfluß aufzubieten, damit sich die Blätter, die ihm freundlich gesinnt waren, nicht gegen den Kaiser kehrten, vielmehr als den tieferen Grund der Krisis seinen Zank mit dem Grafen Eulenburg betrachteten. Sachlich, vornehm, sich selbst getreu bis zum Ende!

Vereinzelt tauchte in der Presse der Gedanke auf, daß der Inspirator des Artikels in der Kölnischen Zeitung in richtiger Voraussicht seiner Wirkung auf den Kaiser den Sturz Caprivis zu beschleunigen bezweckt habe. Aller Wahrscheinlichkeit nach war der Artikel auf Holsteins Zimmer entstanden. Richtig ist auch, daß der Kanzler längst schon der Geschäftigkeit Holsteins mißtraute und deutlichen Unmut merken ließ, wenn dieser sich in Dinge mischte, die ihn nichts angingen. Gleichwohl glaube ich, daß der Artikel nicht der Absicht, das Prävenire zu spielen, entsprang, sondern ein Bärendienst war. Als Meister im Minieren, Vorbauen und Festlegen war Herr v. Holstein immer sehr besorgt, sich vor neuen Wendungen und Plötzlichkeiten zu schützen. Ob nach Caprivi wieder ein so willfähriger Kanzler kommen würde, der ihm das auswärtige Geschäft überließ, konnte er nicht wissen. Das spricht dafür, daß er wirklich mit seinem hastigen Vorprellen die Stellung Caprivis zu befestigen meinte und wider Willen das Gegenteil erreichte. Auch Kiderlen, der mit in Liebenberg war, und der

[1]) Graf Botho Eulenburg kam als Nachfolger des Fürsten Hohenlohe auf dem Statthalterposten in Frage. Der neue Kanzler widersprach jedoch dieser Kandidatur, die nach seiner Kenntnis der reichsländischen Verhältnisse keinen günstigen Eindruck auf die Bevölkerung machen würde.

Jagdherr Graf Philipp Eulenburg standen im Verdacht, gegen Caprivi beim Kaiser mit Hilfe des Artikels der Kölnischen Zeitung intrigiert zu haben. Aber der Artikel lag in Liebenberg noch nicht vor und kam dem Kaiser erst nach seiner Rückkehr nach Berlin zu Gesicht. Der Kladderadatsch brachte in seiner nächsten Nummer ein Bild, auf dem jene beiden als Giftmischer dargestellt waren. Holstein, der Dritte im Bunde, fehlte, weil er nicht mit in Liebenberg war. Es wäre aber auch schwer gewesen, ihn bildlich darzustellen, da überhaupt keine Photographie von ihm existierte, und das einzige Konterfei von ihm, auf dem Kongreßbilde von Anton v. Werner, sehr veraltet und dem Zeichner wahrscheinlich unbekannt war. Erst zur Zeit der Holstein-Krisis ist es einem verwegenen Knipser auf der Straße gelungen, die graue Eminenz auf die Platte und in ein illustriertes Blatt zu bringen.

Bei seinem Abschied erhielt Graf Caprivi die Brillanten zum Schwarzen Adlerorden als Zeichen der Dankbarkeit für treue Dienste, wie es in dem begleitenden Handschreiben hieß. Auf die Veröffentlichung des Schreibens legte er keinen Wert, weshalb sie unterblieb. Nach seiner Abreise von Berlin habe ich den Grafen Caprivi nicht wieder gesehen und von ihm außer einem Gruß aus Montreux nichts mehr gehört. Er hinterließ viele Gegner, manchen Verehrer, wenige Freunde und gewiß keinen persönlichen Feind. Sein einfaches, aufrechtes, offenes Wesen mußte jeden, der ihm nähertrat, für ihn einnehmen. Mit dem scharfen Verstand, der dem Juristensohn eigen war, und seinem ungewöhnlichen Fleiß konnte er alles Neue rasch erfassen und sich in jede Aufgabe rasch einarbeiten. Er hatte viel gelesen und verfügte namentlich über einen reichen Vorrat geschichtlicher Kenntnisse. Sein Lebtag hatte er ein einfaches Leben geführt und war stolz darauf. Als die Fabel von den 400000 Mark, die er bei einem Bankbruch eingebüßt haben sollte, wieder in der ihm feindlichen Presse auftauchte, schickte er mir mit Bleistift auf ein Folioblatt hingeworfene Notizen, die im Wortlaut folgen mögen, da sie seine Sinnesart kennzeichnen:

ich möchte

1. mal öffentlich feststellen, daß diese Geschichte von den 400 000 Mark, die systematisch verbreitet worden ist, völlig erlogen ist; ich habe weder je Vermögen gehabt, noch mit dem Bankier Wolff in irgendeiner Beziehung gestanden. Ich bin vermögenslos im vollsten Sinne des Wortes, habe ‚niemand beraubt und niemand beerbt';
2. die Perfidie der Schriftleitung des Bundes der Landwirte brandmarken, die ihren Lesern die Unwahrheit auftischt, um mich in schlechtem Licht und in schlechter Gesellschaft erscheinen zu lassen.

ich glaube, es wäre am besten, in der Norddeutschen kurz und kräftig entgegenzutreten. Vielleicht haben Sie die Güte, ein paar Worte zu entwerfen.

Im übrigen autorisiere ich Sie, wem Sie wollen zu sagen, daß ich, seit ich Hauptmann bin, von meinem Gehalt gelebt, alle meine Pferde von meinem Gehalt bezahlt habe, und stolz darauf gewesen bin, als armer Offizier mich anständig durchzuschlagen.

v. C."

Bei der Berufung ins Kanzleramt war er der gehorsame Diener seines Königs. Es ist aber ein Irrtum, daß er dieses Amtes ohne das Bewußtsein der Verantwortlichkeit vor der Nation nur nach höheren Weisungen gewaltet habe. Im Gegenteil, er fühlte sich durchaus als Staatsmann und sprach es offen aus, daß ein Staatsmann, der sich ohne innere Überzeugung zu einem beliebigen Schritt drängen lasse, nichts tauge. Gerade in den letzten kritischen Wochen gebrauchte er wiederholt das Wort: Nur nicht schlapp werden!

Für staatsmännische Entwürfe großen Stils fehlten ihm Zeit, Erfahrung und Phantasie. Vor allem war es ihm nicht gegeben, das Völkerleben nicht bloß in seinen Einzelerscheinungen, sondern auch in den verborgenen Zusammenhängen zu erfassen und mit Schöpferkraft ein Ganzes zu bilden. Er war wie einer, der Busch und Baum, Fluß und Anger, jedes einzelne der Gegend scharf

sieht und klar erkennt, aber die großen Linien und den Charakter der Landschaft nicht erschaut. Die Ankündigung bei seinem ersten öffentlichen Auftreten als Kanzler, er werde das Gute nehmen, wo er es finde, war als freundliche Einladung zu Wohlwollen und Beistand recht am Platze, aber als starrer Grundsatz und System auf die Dauer mit beständig wechselnden Gefolgschaften war sie unmöglich.

Wie er selbst ohne Familie, ohne Besitz, aber auch ohne Selbstsucht und ohne Spur eines unsachlichen Denkens ein isolierter Mann war, so hat er auch nur isolierte Taten vollbracht. Aber was er im Auswärtigen mit dem Helgolandvertrag, im Militärischen mit der Reorganisation des Heeres, im Innern mit der Abwehr einer schweren Gefahr für den ruhigen Gang der Entwicklung geleistet hat, das sind Taten — von der Mitwelt gescholten, von der Nachwelt zu preisen. In den großen Zeitfragen, die für die Zukunft des Reiches entscheidend waren, hat er nicht geirrt und nicht gefehlt. Wer ihm immer noch Skrupellosigkeit, Unfähigkeit und Eitelkeit vorwirft[1]), hat die Schwere der Aufgabe, Nachfolger Bismarcks zu sein, nicht begriffen und redet kritiklos parteiische Urteile von Zeitgenossen nach, die der Lauf der Geschichte widerlegt hat. Caprivi hat sich mit der Stärkung der Sicherheit des Reiches nach außen und mit dem Offenhalten des Weges zum Frieden mit den breiten Massen darum nicht weniger um das deutsche Volk verdient gemacht, weil er in allen drei Fällen, beim Helgolandvertrage, bei der Militärreform, bei der Behandlung der Umsturzgefahr, von seinem großen Vorgänger nicht unterstützt, sondern bekämpft wurde. Und war ein lauterer Charakter!

---

[1]) Z. B. Dietrich Schäfer: Bismarck, 1917, S. 218.

VIII. Der Übergang zur Weltpolitik.

Während des letzten Viertels des vorigen Jahrhunderts gingen zwei große Bewegungen im Leben der deutschen Nation nebeneinander her: der Drang hinaus aufs Meer in die weite Welt mit Handel und Schiffahrt und im Innern ein heftiges Ringen der unteren Volksmassen gegen die herrschenden Gewalten mit zum Teil utopischen Zielen und internationalen Illusionen. Jener Drang nach außen drückte sich lange Zeit, abgesehen von der kolonialen Bewegung, geräuschlos in der praktischen Tätigkeit der Unternehmer und Kaufleute aus und trat erst unter dem neuen Kurs mit allmählich zunehmendem Getöse in der Organisation der Alldeutschen und in den Plänen für den Bau einer schützenden Kriegsflotte auf das politische Gebiet über.

Der Vorläufer der alldeutschen Organisation war der Allgemeine Deutsche Verband, der sich bald nach dem Abschluß des Helgolandvertrages aus Gegnern der „Abtretung" Sansibars an England bildete. Zum ersten Vorsitzenden wurde Karl Peters gewählt, er ging jedoch bald als Reichskommissar nach Ostafrika zurück. Peters war, glaube ich, der erste Deutsche, der ganz von dem angelsächsischen Problem gepackt wurde. Ich entsinne mich, wie er 1883, noch in den Zwanzigern stehend, von einem längeren Aufenthalt in England nach Berlin kam und einen Artikel in der Gegenwart veröffentlichte, der mit starkem Pathos die Germanen zum Eintritt in den Wettstreit mit den Angelsachsen um überseeischen Besitz aufforderte. Die Absicht, seinem Werke „Weltwille und Willenswelt" eine neue Schrift „Die Myrmidonen des Herrn von Hartmann" folgen zu lassen, blieb unausgeführt, nachdem es ihm gelungen war, neben dem damals nur der theoretischen

Aufklärung dienenden Deutschen Kolonialverein die Gesellschaft für deutsche Kolonisation zu begründen. Mit deren Hilfe vollbrachte der mit ungewöhnlicher Energie des Willens Ausgerüstete dann sogleich den Sprung von der Philosophie Schopenhauers in den dunklen Kontinent.

Im Juli 1893 trat der Leipziger Statistiker Professor Ernst Hasse, der nach der Auflösung des Reichstags im Mai 1893 als nationalliberaler Abgeordneter für Leipzig-Land gewählt worden war, an die Spitze des Allgemeinen Deutschen Verbandes. Im Jahre darauf nahm die Vereinigung von Anhängern des Fürsten Bismarck und eines größeren Deutschland den Namen Alldeutscher Verband an. Von da ab entfaltete sie eine außerordentlich rührige Werbetätigkeit, namentlich in den sogenannten gebildeten Kreisen. So gut auch der Alldeutsche Verband als nationaler Sauerteig unter den Deutschen daheim und draußen gewirkt haben mag, so viel hat er durch prahlerisches Pochen auf die Macht des Reiches und naive Unterschätzung fremden Volkstums dem deutschen Ansehen im Auslande geschadet.

Die übelen Wirkungen mancher alldeutschen Schrift aus der ersten Zeit des Verbandes reichen bis in die Gegenwart hinein. Im Jahre 1893 veröffentlichte Kurd v. Strantz einen Aufsatz, in dem stand: „Ehe nicht in Dünkirchen, Herdingen (Hesdin), Ryssel (Lille), Artreyt und Kameryk im niederdeutschen Land und in Nanzig, Lunstadt (Lienhardtsstadt, Luneville), Leuk (Toul) und Verdun (deutsch gesprochen) im alten Stammesherzogtum Lothringen die französische Trikolore zu Füßen des deutschen Aars liegt, ist das Reich nicht gesättigt und die alte Schuld nicht beglichen." Der französische Etatsredner Jules Roche hatte einen seiner stärksten Erfolge in der Kammer, als er im gleichen Jahre die Stellen der Schrift vorlas, die die Befreiung der sieben französischen Departements Meuse, Meurthe, Vosges, Haute Saône, Doubs und Jura von der französischen „Fremdherrschaft" als deutsch-nationales Pflichtgebot bezeichneten. Noch kurz vor dem Ausbruch des Weltkriegs wurde von französischen Schriftstellern wie Vergnet das Verlangen, von Frankreich die ehemals deutschen Teile des Reiches

Lothars, die flandrischen Gebiete, Lothringen und die Freigrafschaft abzutrennen, als Zeichen des Geisteszustandes im deutschen Volke hingestellt. Ferner erschien 1895 eine vom Verbandsvorsitzenden Hasse günstig beurteilte Schrift „Großdeutschland" mit einer Karte, nach der zu dem künftigen großdeutschen Bunde gehören sollten: 1. Das jetzige kleindeutsche Kaiserreich nebst Luxemburg; 2. Holland und Belgien; 3. der deutsche Teil der Schweizer Eidgenossenschaft; 4. das österreichische Kaiserreich. Das Werk bot nicht nur Kriegshetzern, wie André Chéradame, willkommenen Anlaß zur Verdächtigung der deutschen Friedensliebe, sondern diente auch neutralen Schriftstellern, wie dem Dänen Gudmund Schütte, als Schreckbild pangermanistischen Machthungers. Wer sich näher mit diesem politischen Most, der sich absurd gebärdete, und seiner Wirkung im Auslande befaßt, kann nicht mehr so erstaunt darüber sein, wie leicht sich das französische Volk im August 1914 von den Pariser Machthabern zu dem Glauben an den deutschen „Überfall" überreden ließ und wie wenig günstig die Stimmung in anderen Ländern, auch stammverwandten, für Deutschland nach Kriegsausbruch war und geblieben ist, trotz mancher tauglichen neben vielen untauglichen Mitteln der deutschen Aufklärungspropaganda.

Die Forderung der Zeit während der neunziger Jahre lautete nicht: Schmiedet Eroberungspläne, sondern: Baut Schiffe, Schiffe, Schiffe zur Sicherung unserer weltwirtschaftlichen Interessen. Das Mißverhältnis, das sich zwischen der Schutzbedürftigkeit unseres Handelsverkehrs in der Übersee, sowie unserer Küsten, und den vorhandenen Machtmitteln herausgebildet hatte, stellte die auswärtige Politik vor die außerordentlich schwierige Aufgabe, Ansprüche zu erheben, für die der nötige Nachdruck fehlte, und actes de présences zu machen, wo andere Mächte schon beati possidentes waren. Auf der einen Seite konnte der Schwerpunkt unserer gesamten auswärtigen Politik, der nun einmal nach unserer geographischen Lage und unserer Geschichte in Europa lag, nicht verrückt werden, und bestand die Notwendigkeit fort, möglichst dauerhafte Bündnisse zu unterhalten. Auf der anderen Seite konnten

uns diese Bündnisse bei den unvermeidlichen Reibungen in anderen Weltteilen nichts Wesentliches nützen und ergaben sich hier Konstellationen, die uns bald mit dem einen, bald mit dem anderen unserer Gegner in Europa zusammenführten. Dabei tauchten dann wieder Schwierigkeiten im nahen Orient, wie die armenischen Greuel und der Aufstand in Kreta, auf, die auf die außereuropäischen Konstellationen zurückwirkten und einen klaren, geradlinigen Kurs unmöglich machten. So entstand der Eindruck der Zickzackpolitik, der während der ersten Jahre der Kanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe häufig den Gegenstand von Klagen und Vorwürfen in der Presse und im Reichstag bildete.

Gleich der erste weltpolitische Schritt, den das Reich unter dem dritten Kanzler unternahm, stellte sich als eine Politik der freien Hand für die außereuropäische Welt dar, die mit der Bündnispolitik für Europa in Widerspruch zu stehen schien. Mit den Gegnern des Dreibundes, Rußland und Frankreich, schloß sich das Deutsche Reich zusammen zum Einspruch gegen den Frieden von Schimonoseki, den das siegreiche Japan am 17. April 1895 China auferlegt hatte. Der Einspruch richtete sich dagegen, daß Japan nach dem Vertrag nicht nur die Insel Formosa, sondern auch die Halbinsel Liautung mit dem Kriegshafen Port Arthur erhalten sollte. Man wollte nicht, daß Japan zwei „Schildwachen" vor den Zufuhrstraßen Chinas errichtete und damit ein wirtschaftliches und politisches Übergewicht über das Reich der Mitte erhielte. Da die drei Mächte auch nach der Ratifikation des Friedensvertrages (8. Mai 1895) bei ihrem Einspruch verharrten, gab Japan dem Drucke nach und verzichtete auf die Halbinsel Liautung.

Die gemeinsame Intervention war von Rußland angeregt worden, nachdem schon Anfang März 1895, sechs Wochen vor dem Friedensschluß, die deutsche Regierung in Tokio den freundschaftlichen Rat gegeben hatte, keine Gebietsabtretung auf dem chinesischen Festland zu fordern, weil sich sonst europäische Staaten einmischen würden. Von allen drei Mächten hatte Rußland die stärksten politischen Gründe, um sich gegen den Übergang der Halbinsel Liautung in japanischen Besitz zu wehren. Vielleicht war

auch die im Oktober 1895 von der Times aus Hongkong gebrachte, von Petersburg aus alsbald dementierte Nachricht doch wahr, die Nachricht nämlich, daß seit längerer Zeit ein russisch-chinesischer Geheimvertrag bestehe, der Rußland das Recht einräume, seine sibirische Bahn durch die Mandschurei zu führen und Kriegsschiffe in Port Arthur vor Anker gehen zu lassen. Jedenfalls durfte Rußland bei seinem Bestreben, Japan an dem Erwerb von Liautung zu verhindern, mit Sicherheit auf die Unterstützung seines neuen Bundesgenossen in Europa, Frankreich, rechnen. War es doch auch für Frankreich als Besitzer von Indochina politisch nicht gleichgültig, daß China dem beherrschenden Einfluß Japans unterworfen werden sollte. Was aber Deutschland veranlassen konnte, im ostasiatischen Bunde der Dritte zu sein, das blieb zunächst dunkel und streitig. Wohl war die Stellung, die sich der deutsche Handel in China erworben hatte, schon stärker als die des russischen und des französischen Handels. Unter den Fremden in China nahmen die Deutschen der Kopfzahl nach die zweite Stelle ein. Viele der ersten Handelshäuser in den chinesischen Vertragshäfen waren deutsche Firmen. Seit sieben Jahren bestand die Deutsch-asiatische Bank, seit neun verkehrten zur Hebung der Ein- und Ausfuhr die ostasiatischen Reichspostdampfer. Aber in ähnlicher Weise politisch interessiert wie die anderen beiden Einspruchsgenossen war das Deutsche Reich nicht, im Gegenteil stand von vornherein als politischer Verlust die Abkehr Japans von seiner bisherigen dankbaren Freundschaft für Deutschland fest.

Fürst Bismarck gab seine Meinung dahin kund, daß die handelspolitischen Gründe zur Erklärung des Schrittes nicht ausreichten. Er fürchtete, daß ein „Arbeiten auf Prestige" mitspielte. Der billigenswerte Zweck, zu beweisen, daß sich Deutschland in den englisch-russischen Gegensatz nicht zugunsten Englands einmischen wollte, hätte nach seiner Ansicht schon durch die Bekundung wohlwollender Neutralität erreicht werden können. Die auffällige antienglische Schwenkung der deutschen Politik in Ostasien schien ihm ein Symptom für den fortdauernden Mangel der wichtigen Fähigkeit des ruhigen Abwartens zu sein. Nachdem der „Sprung ins

Dunkle" einmal geschehen, müßte die einmal ergriffene Hand Rußlands festgehalten werden. Umgekehrt nahm ein Teil der deutschen Presse gerade daran Anstoß, daß man Rußland Dienste erwiese, die wahrscheinlich schlecht vergolten werden würden.

Bei der amtlichen Behandlung der Angelegenheit war am stärksten Herr v. Holstein beteiligt. Überhaupt waren die ersten Jahre der Kanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe die Zeit, in der er seinen Willen am leichtesten durchsetzen konnte. Während bei dem Vorgehen gegen Japan an der Seite Rußlands und Frankreichs für den Staatssekretär Frhrn. v. Marschall die gefährdeten deutschen Handelsinteressen den Ausschlag gaben, ließ sich Herr v. Holstein von europäischen Gedanken leiten. Zunächst kam es ihm darauf an, es unter keinen Umständen zu einer Bluttaufe der französisch-russischen Allianz kommen zu lassen. Mit dem Beitritt Deutschlands zu der ostasiatischen Einmischung war die Gefahr der Bluttaufe jedenfalls gebannt. Ob freilich eine Bluttaufe der auf Europa eingestellten russisch-französischen Waffenbrüderschaft weit hinten im fernsten Orient wirklich so gefährlich für Deutschland gewesen wäre, ist eine wohl aufzuwerfende Frage. Ein anderes Leitmotiv war, Rußland in seinen ostasiatischen Plänen zu bestärken, was dasselbe bedeutete wie Erschwerung der panslawistischen Ausdehnungsgelüste in Europa. Auch hiergegen ließ sich einwenden, daß mit wohlwollender Neutralität die gleiche Wirkung ohne das Risiko des Verlustes der japanischen Sympathien zu erreichen gewesen wäre. Immerhin blieb Holstein mit der Grundanschauung, daß europäische Politik die Hauptsache war, nicht Weltpolitik, ganz im Rahmen der Bismarckischen Tradition.

Nachdem der unmittelbare Zweck, ein japanisches Gibraltar am Eingang des Golfes von Petschili mit seinen politischen und wirtschaftlichen Folgen zu verhindern, erfüllt war, fiel der ostasiatische Gelegenheitsbund zwischen Rußland, Frankreich und Deutschland sofort auseinander. Der Rußland geleistete Dienst hatte Deutschland eine natürliche Anwartschaft darauf verliehen, bei der chinesischen Anleihe, die zur Deckung der Kriegsschuld an Japan in Höhe von ungefähr einer Milliarde Mark notwendig war, in gleicher

Weise wie die anderen Partner beteiligt zu werden. Statt dessen wurden die Verhandlungen unter den Finanzgruppen der drei Interventionsmächte, denen auch die englische Rothschild-Gruppe beigetreten war, auf russisches Betreiben durch eine Teilanleihe von 320 Millionen Mark durchkreuzt, zu der Pariser Banken, unter russischer Bürgschaft für pünktliche Zinsenzahlung, das Geld gaben. Damit spielten die beiden Partner zunächst allein, ohne deutsche und englische Beteiligung, die Rolle des Wohltäters für China und verstärkte sich der Eindruck, daß wir mit dem Einspruch gegen die japanischen Friedensbedingungen nur Rußland Vorteile verschafft, selbst aber ganz leer ausgegangen wären. Mit steigendem Eifer traten einzelne deutsche Blätter dafür ein, daß Deutschland für seine Mitwirkung beim Schutze Chinas eine Entschädigung verlangen sollte, möglichst in Gestalt eines Stützpunktes für seine Flotte und seinen Handel. China gegenüber hatten wir gewiß kein Recht, Kompensationen dafür zu verlangen, daß wir zum Schutze unserer eigenen wirtschaftlichen Interessen gegen eine übermächtige Stellung Japans eingeschritten waren. Diese Interessen waren aber schon an und für sich so bedeutend, daß der Erwerb eines Stützpunktes, zumal bei dem zerrütteten Zustand, in dem sich China nach dem Kriege befand, als eine dankbare Aufgabe der deutschen Diplomatie erscheinen mußte. Die günstige Gelegenheit, sie zu erfüllen, kam mit der Ermordung zweier deutscher katholischer Missionare in Süd-Schantung im Herbst 1897.

Für die Entscheidung der Frage, ob sich die amtliche Politik schon beim Anschluß an die Intervention gegen Japan oder erst nach Ermordung der beiden deutschen Missionare der Zustimmung Rußlands zur Besetzung eines chinesischen Küstenortes versichert hat, bietet eine Stelle in Hohenlohes Denkwürdigkeiten einen gewissen Anhalt. Anfang September 1895 reiste Fürst Hohenlohe auf seine russischen Besitzungen in Werki, machte am 10. September in Petersburg dem russischen Minister Fürsten Lobanow einen Besuch und wurde am 11. September vom Zaren und der Zarin in Peterhof empfangen. Nach der Eintragung in sein Journal vom gleichen Tage sagte der Zar: „Er habe unserem Kaiser im Früh-

jahr (also um die Zeit des gemeinsamen Einspruchs gegen den Frieden von Schimonoseki) geschrieben, er würde nichts dagegen haben, wenn wir uns irgend etwas dort erwerben wollten, um einen festen Punkt oder eine Kohlenstation zu haben." Hohenlohe fährt dann fort: „Ich sagte ihm, der Kaiser habe es mir unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt (wozu der Zar eine beifällige Bewegung machte). Ich erwähnte dann die Tschusainseln, die aber die Engländer in Anspruch nehmen. ‚Ja,' sagte der Zar, ‚die wollen immer alles für sich haben, wo jemand etwas nimmt, wollen die Engländer sich gleich viel mehr nehmen', und dabei machte er eine Armbewegung. So habe er in der Zeitung gelesen, daß ein Engländer behaupte, England müsse noch einen Punkt tausend Meilen nördlich von Hongkong erwerben. ‚Mais ce serait chez nous', fügte er lachend hinzu."

Danach scheint es, als ob schon zur Zeit des Vorgehens gegen Japan ein deutsch-russisches Einverständnis, wenigstens unter den beiden Herrschern, wegen des künftigen deutschen Erwerbs irgendeines chinesischen Hafens vorgelegen und dieses zu dem deutschen Anschluß an die russisch-französische Einmischung beigetragen habe. Was Fürst Hohenlohe über den Frühjahrsbriefwechsel der beiden Kaiser berichtet, trifft ohne Zweifel zu. Dagegen ist es ein Irrtum, daß auf Grund des Briefwechsels die Besetzung von Kiautschou Mitte November 1897 ohne alle diplomatische Schwierigkeit zwischen Berlin und Petersburg vonstatten gegangen sei. Ich glaube nicht, daß mich mein Gedächtnis täuscht, wenn ich den wirklichen Verlauf wie folgt schildere:

Vorspiel: Mit Wissen des Auswärtigen Amtes werden in der Zeit nach der Revision des Friedens von Schimonoseki von dem Kommando des ostasiatischen Geschwaders gründliche Untersuchungen vorgenommen, um nördlich von Schanghai einen für die Schiffahrt und den Handel mit dem Hinterland möglichst günstigen Ankerplatz zu ermitteln.

Erster Akt: Anfang November 1897 nach der Ermordung der Missionare verlangt der Kaiser sofortige Maßregeln zur Besitzergreifung von Kiautschou. Der Kanzler hebt die Möglichkeit einer

Störung der guten Beziehungen zu Rußland hervor. Darauf Depesche des Kaisers an Zar Nikolaus, ob er mit der beabsichtigten Okkupation der Kiautschoubai einverstanden sei. Ausweichende Antwort des Zaren, er könne nicht zustimmen und nicht widersprechen, die Russen hätten den Hafen 1895 verlassen. Befehl des Oberkommandos der Marine an den Chef des ostasiatischen Kreuzergeschwaders, Kiautschou in Besitz zu nehmen.

Zweiter Akt: Murawiew, der Nachfolger Lobanows, teilt nach einer Audienz beim Zaren mit, Rußland besitze ein vertragliches Ankerrecht für Kiautschou und mache die Priorität geltend. Also Dementi der Zarendepesche an den Kaiser durch die russische Regierung. Ein russisches Geschwader unterwegs nach Kiautschou. Admiral v. Diederichs ist schneller am Platz und erklärt gemäß einer vom Kaiser gebilligten telegraphischen Anweisung des Kanzlers l'occupation nicht la prise de possession der Kiautschoubai. Der Erwerb von Hoheitsrechten bleibt also noch offen.

Dritter Akt: Murawiew weicht trotzdem noch nicht zurück, der russische und der französische Vertreter in Peking bieten der chinesischen Regierung ihre Dienste an, wenn sie sich auf keine Gebietsabtretung an Deutschland einlasse. Die russische Diplomatie spricht offen davon, daß der Zar durch die Depesche des Kaisers überrumpelt worden sei. Infolge davon droht sich die Sühneangelegenheit, auch nach Holsteins Ansicht, zu einer Frage der Würde des Reiches auszuwachsen. Darum heißt es, erst recht festbleiben, den Russen klarmachen, daß das deutsche Unternehmen in keiner Weise gegen die freundlichen deutsch-russischen Beziehungen verstößt und daß seine Preisgabe die ganze wohlerworbene und durch die Zusammenarbeit mit Rußland 1895 befestigte Stellung Deutschlands in Ostasien heillos schwächen würde.

Vierter Akt: In der ersten Hälfte des Dezember Erscheinen des englischen Kriegsschiffes „Daphne" vor Port Arthur, gleich darauf trifft ebenda in schleuniger Fahrt ein starkes russisches Geschwader aus Wladiwostok ein, um mit Zustimmung der Chinesen im Hafen zu überwintern. Die deutsch-russische Spannung löst sich, Kiautschou wird von Deutschland, Port Arthur von Rußland gepachtet.

Leicht also, einfach durch schneidiges Landen und ohne diplomatische Schwierigkeiten, hat sich der Erwerb des Stützpunktes an der Küste der reichen Provinz Schantung nicht vollzogen. Es war ein Wagnis, gut von der Marine vorbereitet und nur am letzten Ende infolge der mutigen Initiative des Kaisers improvisiert. Von einer vorangegangenen festen deutsch-russischen Abmachung kann keine Rede sein, eine lose Zusage des Zaren lag vor, weiter nichts. Das von dem Grafen Murawiew geltend gemachte vertragliche Vorrecht war in allen vertraulichen Besprechungen sorgfältig verschwiegen und auch bei dem Gedankenaustausch während des Kaiserbesuches am russischen Hofe im Sommer 1897 trotz der besonders freundschaftlich gehaltenen Trinksprüche mit keiner Silbe erwähnt worden. Die Hinterhältigkeit der russischen Politik im Falle Kiautschou bildete das Seitenstück zu der im Falle der chinesischen Teilanleihe bewiesenen Untreue.

Kiautschou ist gegenwärtig im Besitze von Japan. Die Regierung in Tokio wird sich diese Beute nicht so leicht, wie einst Port Arthur, wieder entreißen lassen und hat bereits ihren Anspruch auf Einverleibung Kiautschous und der deutschen Südseeinseln für die Friedensverhandlungen angemeldet. Die Frage drängt sich auf, ob die gewaltsame Aneignung unseres Pachtgebietes nur eine natürliche Folge des Eintritts Japans in den Weltkrieg an der Seite unserer europäischen Feinde oder ob sie schon vor Kriegsausbruch diplomatisch vorbereitet war. Mit anderen Worten: Hat Japan vor seiner Kriegserklärung an Deutschland bindende Zusicherungen unserer europäischen Gegner, insbesondere Englands und Rußlands, besessen, die ihm den dauernden Erwerb von Kiautschou verbürgen? Wenn ja, so wäre Kiautschou für Japan, das durch das Bündnis mit England nicht zur Teilnahme an einem europäischen Krieg verpflichtet war und auch sonst keinen Kriegsgrund gegen Deutschland hatte, der Preis dafür gewesen, daß es sich dem Dreiverband gegen die Zentralmächte anschloß.

Der englisch-japanische Bündnisvertrag wurde 1911 mit Gültigkeit bis zum Jahre 1921 in einer von der früheren abweichenden Fassung erneuert. Im neuen Vertrag war die Verpflichtung Ja-

pans, die englischen Rechte in der Nähe der Grenze Indiens sichern zu helfen, gestrichen, der englisch-russische Vertrag von 1907 hatte sie überflüssig gemacht. Zugunsten Englands war ferner die Verpflichtung aufgehoben worden, Japan im Falle eines Krieges mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu Hilfe zu kommen. Diese Verpflichtung Englands war für Japan so wertvoll, daß es gewiß nicht ohne ein gleichwertiges Zugeständnis darauf verzichtet haben wird. Eine Rede des japanischen Ministers Kato vom 5. September 1914 gab als Grund für den Beistand, den England im Kriege verlangen könne, an, daß der Handel in Ostasien, den Japan und England als eines ihrer besonderen Interessen ansähen, ständiger Bedrohung unterliege, und daß die Basis, die sich Deutschland in einer Ecke des fernen Ostens erworben habe, ein ernsthaftes Hindernis für dauernden Frieden sei. Daraus kann man schließen, daß Japan schon vor dem Kriege von England freie Hand erhalten hatte, mit den deutschen Besitzungen und den deutschen wirtschaftlichen Interessen im fernen Osten nach Belieben und Vermögen zu verfahren[1]).

Über die Bürgschaft, die sich Japan von Rußland für seinen Eroberungszug verschafft hat, würde man wahrscheinlich vollen Aufschluß besitzen, wenn die Veröffentlicher der russischen Geheimakten nicht bloß den russisch-japanischen Vertrag vom 3. Juli 1916, sondern auch seine Vorläufer bekanntgegeben hätten. Der veröffentlichte Vertrag bezweckt, China vor der politischen Herrschaft jeder dritten Macht zu bewahren, und läßt den Bündnisfall eintreten, wenn eine der Parteien mit der dritten Macht in kriegerische Händel gerät. Als dritte Mächte waren, abgesehen von Deutschland, Amerika und England gemeint. Der Eingang des Vertragstextes nimmt auf ein geheimes Abkommen vom 8. Juli 1912 Bezug. Im Herbst 1912 verzeichneten ostasiatische Blätter das Gerücht, daß Rußland und Japan ein geheimes Bündnis für den Fall kriegerischer Verwicklungen in Europa geschlossen hätten. Dabei konnte es sich nur um eine Rückendeckung für Rußland handeln, Japan

[1]) Vgl. Otto Franke: „Die Großmächte in Ostasien" in dem Sammelwerk „Deutschland und der Weltkrieg", S. 458 f.

brauchte eine solche nicht. Tatsächlich nahm Rußland im Herbst 1912 die erste große Probemobilmachung seiner sibirischen Korps vor. Von Tokio aus wurde dem Gerücht von neuen geheimen russisch-japanischen Abmachungen widersprochen. Aus der Veröffentlichung des Geheimvertrags vom 3. Juli 1916 in dem Organ der Sowjetregierung, der Petersburger Iswestija, haben wir erfahren, daß das Dementi falsch war. Wenn aber das frühere Abkommen wirklich, wie die ostasiatischen Gerüchte behauptet hatten, eine Rückendeckung Rußlands für den Fall eines europäischen Krieges bezweckte, was konnte dann das Entgelt Rußlands für die japanischen Dienste sein? Etwa ebenfalls das Versprechen, keinen Widerspruch dagegen zu erheben, wenn Japan eine günstige Gelegenheit benutzen wollte, Kiautschou zu erobern und sich alle deutschen Gerechtsame in China für die Dauer anzueignen? Träfe dies zu, so würde zu der bekannten Vorgeschichte des Weltkrieges ein neuer beweiskräftiger Abschnitt hinzukommen. Die Schuld Rußlands, den Angriffskrieg gegen die Mittelmächte von langer Hand diplomatisch wie militärisch vorbereitet zu haben, wäre dann erst recht offenbar.

Mit dieser Abschweifung bin ich, wie ein hitziger Jäger über seine Reviergrenze, weit in eine von meinem Thema entfernte Zeit hineingeraten und kehre nun zu der weltpolitischen Übergangsperiode gegen Ende des neuen Kurses zurück.

Zwischen unserer Einmischung in die ostasiatischen Händel an der Seite Rußlands und Frankreichs und der Pachtung von Kiautschou ereignete sich der Einfall des Dr. Jameson in die Südafrikanische Republik und der Telegrammwechsel zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Präsidenten Krüger mit nachfolgendem Ausbruch einer beispiellos heftigen deutsch-englischen Verstimmung. Über die äußeren Vorgänge herrscht kein Zweifel[1]). Nur über einen Punkt besteht eine gewisse Unsicherheit: War die Krüger-Depesche eine impulsive Handlung des Kaisers oder ein Akt der deutschen Regierung?

[1]) Der Weg zur Krüger-Depesche ist ausführlich dargestellt bei Graf Reventlow, Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914, S. 67 ff.

Am 2. Januar 1896 abends traf in Berlin die Meldung des Kaiserlichen Botschafters Grafen Hatzfeld in London ein, daß das Gefecht bei Krügersdorp gegen die von Jameson geführte Truppe der Chartered company siegreich für die Buren entschieden sei. Eine gleiche Meldung des Konsuls in Prätoria war noch unterwegs. Am 3. Januar vormittags kam der Kaiser vom Neuen Palais in Potsdam nach Berlin und begab sich sofort zu einer Beratung mit dem Reichskanzler in dessen Wohnung. An der Beratung nahmen außer dem Fürsten Hohenlohe teil der Staatssekretär des Reichsmarineamts Hollmann, der Staatssekretär Frhr. v. Marschall und der Direktor der Kolonialabteilung Dr. Kayser. Ob auch Admiral Knorr vom Oberkommando der Marine zugegen war, weiß ich nicht. Bestimmt nicht beteiligt war Herr v. Holstein. Der Entwurf zu einer Glückwunschdepesche an den Präsidenten Krüger lag bei Beginn der Beratung nicht vor, der Gedanke, eine Kaiserdepesche abzuschicken, kam erst während der Beratung auf, und als er gebilligt war, entwarf der Kolonialdirektor Kayser in einem Nebenzimmer den Text, der dann mit unwesentlicher Abänderung einer Stelle von der Hand Marschalls vom Kaiser gezeichnet wurde. Im Auswärtigen Amt wurde damals allgemein geglaubt, daß der Gedanke vom Kaiser ausgegangen wäre. Erst viele Jahre später entstand die Lesart, daß der intellektuelle Urheber der Krüger-Depesche Marschall gewesen und der Kaiser in jener Beratung gleichsam majorisiert worden sei. Damit sollte endlich dem Kaiser die Schuld abgenommen werden, mit der Krüger-Depesche die guten Beziehungen zu England so schwer verletzt zu haben, daß der Schade durch nichts mehr, auch nicht durch die häufigen „Canossafahrten" nach England zu heilen war[1]). Aber kommt denn überhaupt etwas darauf an, ob die erste oder die zweite Lesart richtig ist? Ohm Paul hatte nicht lange vorher, bei Eröffnung der für Transvaal so wichtigen Bahnlinie nach der Delagoabai, schon einmal einen kaiserlichen Glückwunsch empfangen, ohne daß ein Entrüstungssturm in England losgebrochen wäre.

[1]) Adolf Stein, Kaiser Wilhelm II., Leipzig 1909.

Die Wirkung der Krüger-Depesche hing nicht davon ab, wer zuerst auf den Gedanken gekommen war, dem Präsidenten einen kaiserlichen Glückwunsch zu dem Burensieg zu schicken, sondern von dem Inhalte der Depesche, und gleichviel, wem die intellektuelle Urheberschaft des Gedankens zukam, die Depesche war und blieb ein deutscher Regierungsakt in optima forma, gehörte also überhaupt nicht unter die Rubrik impulsiver Handlungen. Nicht vom Kaiser oder von unverantwortlichen Ratgebern, sondern mit Wissen und unter Billigung des allein verantwortlichen Kanzlers war sie verfaßt und abgeschickt worden. Das die öffentliche Meinung in England Aufreizende ihres Inhalts lag in der Motivierung des Glückwunsches, daß es dem Burenvolke „in eigener Tatkraft" und „ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren" gelungen sei, die Unabhängigkeit ihres Landes gegen Angriffe von außen zu bewahren.

In der Londoner Konvention von 1884 war die Unabhängigkeit der Burenrepublik durch die Klausel eingeschränkt worden, daß sie ohne Zustimmung Englands keine Verträge mit dritten Staaten abschließen durfte. Nach der englischen Auslegung sollte die Republik selbständig bei der Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten sein, dagegen in ihren auswärtigen Beziehungen der Aufsicht der Londoner Regierung unterstehen. Seitdem war Transvaal in den Augen jedes Engländers nicht viel mehr als eine englische Kolonie, der man selfgovernement zugestanden hat. Die Worte der Kaiserdepesche vom 3. Januar „ohne an die Hilfe fremder Regierungen zu appellieren" klangen so, als ob der deutsche Kaiser bereit gewesen wäre, auf einen Hilferuf des Präsidenten mit Heeresmacht herbeizueilen und es auf einen Konflikt mit England ankommen zu lassen.

Die Grundlage der deutschen Rechte in Transvaal bildete der mit der südafrikanischen Republik 1885 abgeschlossene Handelsvertrag. Der Vertrag hatte seiner Zeit der englischen Regierung zur Genehmigung vorgelegen und sie erhalten. Damit war von Deutschland die Londoner Konvention anerkannt worden, nach der sich die auswärtigen Beziehungen des Transvaal in britischer Einflußsphäre befanden. Unser wirtschaftliches Interesse aber ging

dahin, die Selbständigkeit des Burenstaates zu erhalten und die Bestrebungen der englischen Partei, die auf Vereinigung von ganz Südafrika zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet gerichtet waren, nicht zum Ziele kommen zu lassen. Ein wirksames Mittel, die Vergewaltigung der Burenstaaten zu verhindern, hatten wir nicht. Infolgedessen konnte auch die Kaiserdepesche an Krüger nichts anderes sein als ein Appell an die menschliche Gerechtigkeit gegen räuberische Friedensbrecher und ein Sympathiebeweis für die glückliche Abwehr. Daß ihr Wortlaut eine andere Deutung zuließ, war ihr Fehler.

An dem maßvollen Verhalten, das die deutsche wie die englische Diplomatie von Anfang an gegenüber dem Einbruch Jamesons beobachtet hatte, änderte die Veröffentlichung der Krüger-Depesche nichts. Zwischen der ersten Meldung aus Transvaal, daß die dortige Regierung in großer Sorge wegen bevorstehender, von der englischen Partei in Johannisburg angestifteter Unruhen sei, und der Nachricht von der Gefangennahme Jamesons und seiner Truppe, d. h. zwischen dem 24. Dezember 1895 und dem 2. Januar 1896 abends überstürzten sich die Ereignisse und infolgedessen auch die diplomatischen Berichte, Erlasse und Noten. Mitteilungen der Transvaalregierung, Hilferufe der Deutschen in Prätoria, Ratschläge an Krüger, Maßregeln zum Schutze der Deutschen, Anfrage in London (über die Haltung der englischen Regierung) und in Lissabon (wegen etwaiger Beförderung von Mannschaften des Kreuzers „Seeadler" auf der Delagoabahn), Einleitungen und Abstoppen von diplomatischen Schritten folgten sich eilig in bunter Reihe. In dem Durcheinander zeichnete sich nur eines klar und deutlich ab: Das fortgesetzte Bestreben der deutschen Regierung und des Kabinetts Salisbury, es zu keinem schweren deutsch-englischen Konflikt kommen zu lassen. Auf deutscher Seite drückte sich das unter anderem darin aus, daß Präsident Krüger am 30. Dezember den dringlichen Rat erhielt, strengstens jede Herausforderung zu vermeiden, ferner daß dem Konsul Herff in Prätoria die nachgesuchte Erlaubnis, das Landungskorps vom „Seeadler" zu requirieren, nur für den Notfall und ausschließlich zum Schutze des Konsulats, des Lebens und Eigentums der Reichsangehörigen erteilt, und daß endlich eine An-

weisung an den Botschafter Grafen Hatzfeld, der englischen Regierung amtlich zu erklären, Deutschland könne keine Änderung des völkerrechtlichen Zustands in Transvaal zulassen, nach Eintreffen der Nachricht vom Burensiege wieder rückgängig gemacht wurde. Ebenso wirkte Lord Salisbury von Anfang an folgerichtig einer Verschärfung der Lage entgegen. Der High Commissioner in Kapstadt mußte Jameson zum Rückzug auffordern und sein Unternehmen in Prätoria ausdrücklich mißbilligen, der englische Botschafter Lascelles in Berlin erklärte im Auftrage Lord Salisburys am 1. Januar 1896, ebenso wie dieser sei auch der Staatssekretär für die Kolonien J. Chamberlain scharfer Gegner einer solchen Gewaltpolitik. In der Tat hatte nicht nur der mit Salisbury befreundete Botschafter Graf Hatzfeld den Eindruck, daß der Einfall Jamesons in Transvaal der englischen Regierung durchaus unerwünscht war, auch Leyds, der Staatssekretär der Burenrepublik in Berlin, war auf Grund von Berichten seines Vertreters in London der Ansicht, daß Chamberlain von dem Jameson-Raid vollständig überrascht worden war und ehrlich dagegen auftrat.

Wenn sich dies nun wirklich so mit dem Kabinett Salisbury verhielt, wie erklärt es sich dann, daß die Krüger-Depesche eine solche Wut in fast der gesamten englischen Presse auslöste? Hier ist das im Zeitungsdeutsch abgehetzte und seines Sinnes beraubte Wort auslösen wirklich einmal am Platze. Der Hinweis darauf, daß der in der Depesche ausgesprochene Glückwunsch zu der Wahrung der Unabhängigkeit des Landes und zu der bewiesenen eigenen Tatkraft der Buren mit der Stellung Englands als paramount power in Südafrika nicht ganz übereinstimmte, reicht nicht hin, um den Grad der Fieberhitze zu erklären, der sich nicht nur in der Presse, sondern auch in häßlichen Ausschreitungen gegen deutsche Kaufleute und Matrosen in London zeigte. In England galt die Depesche als eine impulsive Handlung, die sie nicht war, aber an solche war man in England schon gewöhnt. Nein, das Telegramm war der Druck auf den Knopf, der nur so explosiv wirken konnte, wenn die Batterie vollgeladen war. Das war sie. Lange verhaltene feindselige Kräfte wurden frei. Schon vor der Krüger-Depesche war bei verschiedenen

zerstreuten Gelegenheiten eine starke Verstimmung des englischen Volkes sichtbar geworden, deren tiefere Ursache in den Erfolgen des deutschen Wettbewerbes gegen den englischen auf dem Weltmarkte lag. Immer deutlicher stellte sich heraus, daß das englische Markenschutzgesetz, das für alle nach England eingeführten oder auf englischen Schiffen nach den Kolonien verfrachteten deutschen Waren die Bezeichnung „Made in Germany" vorschrieb, ganz gegen seine Absicht den Absatz deutscher Erzeugnisse nicht erschwerte, sondern förderte. Ähnliche Mißerfolge hatten die sogenannten Spähezüge zur Erforschung der Gründe von Deutschlands Überlegenheit auf manchem gewerblichen Gebiete. Berichte von Studienausschüssen, die Einblick in den Produktionsprozeß und die technischen Methoden in deutschen Hüttenwerken, Großeisenanlagen und Kleineisenwerkstätten erhalten hatten, schlossen mit Alarmrufen und der Aufforderung, die größte Tatkraft zu entfalten, um dem immer gefährlicheren Wettbewerb der Deutschen standzuhalten. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Curzon, nach dem Kabinettswechsel im Juni 1895 war die Erklärung an eine Abordnung von Reedern, die gesetzliche Maßregeln zum Schutze der englischen Handelsschiffahrt ankündigte.

Gerade in Südafrika waren außerordentlich starke materielle Interessen im Spiel. Auf die Aneignung der Diamantfelder der Chartered Company sollte die Einverleibung des Goldlandes Transvaal in den südafrikanischen Kolonialbesitz folgen. Die öffentliche Meinung in London sah lange schon in Rhodes den Napoleon von Südafrika und in der Betätigung deutschen Unternehmungsgeistes in der Delagoabai und dem Hinterlande sowie in der wiederholten deutschen Parteinahme für die Buren höchst lästige Hindernisse für britische Finanz- und Handelsinteressen. All diesen Ingrimm hatte man in sich hineingeschluckt oder nur vereinzelt und gelegentlich von sich gegeben. Die Saturday Review hatte am 24. August 1895 geschrieben: „Wir Engländer haben bisher immer Krieg gegen unsere Rivalen in Handel und Verkehr geführt, und unser Hauptrivale ist heute nicht Frankreich, sondern Deutschland. Im Falle eines Krieges mit Deutschland wären wir in der Lage,

viel zu gewinnen und nichts zu verlieren." Nach der Krüger-Depesche, die gar noch zeigte, daß die deutsche Regierung geneigt schien, wohlerworbene Rechte in überseeischen Gebieten, wenn es sein mußte, gegen England zu verteidigen, entlud sich die Handelseifersucht in einem allgemeinen Verdammungsfluch[1]).

Wie mancher, dem ein starkes Rechtsgefühl eigen ist, auch ein starkes Vertrauen in die Wirkung scharfer rechtlicher Beweisführungen besitzt, so hat Frhr. v. Marschall viel Mühe und Scharfsinn darauf verwendet, in seinen Reden über auswärtige Angelegenheiten mit unanfechtbaren Beweisgründen für den Schutz des Rechtes und der Verträge einzutreten, aber über der Rechtsfrage hat er doch die Machtfrage keineswegs übersehen oder unterschätzt. Besonders bei der Vertretung der Krüger-Depesche und der Beurteilung der ganzen Lage in Transvaal war er von Anfang an überzeugt, daß wir uns nur mit guten Rechtsgründen behelfen könnten und beim Aufwerfen der Machtfrage wegen des Fehlens der nötigen Machtmittel nur Mißerfolge gegen England erleiden würden. Eben darum vermied er in der amtlichen Behandlung der Sache gegenüber dem anscheinend gutwilligen Lord Salisbury alles, was wie eine Drohung aussehen konnte. Eben darum benutzte er auch diese Gelegenheit wieder, um im Reichstage eingehend das Mißverhältnis zwischen der Schutzbedürftigkeit unserer hochentwickelten überseeischen Interessen und der Geringfügigkeit der vorhandenen Schutzmittel darzulegen. Ich wüßte nicht, welcher Minister und welcher Staatssekretär vor der Zeit der systematischen Auf-

[1]) Hermann Oncken: „Die Vorgeschichte des Krieges" in dem Sammelwerk „Deutschland und der Weltkrieg", S. 471: „Wer die psychologischen Anlässe des Wutschreis, der nur aus dem bösen Gewissen des Schuldigen zu erklären ist, näher kennen lernen will, mag die in der Saturday Review veröffentlichten Abschlüsse von Minen- und Industriegesellschaften studieren." Ferner Graf Reventlow, a. a. O. S. 89: „Es ist unrichtig, von den unheilvollen Folgen der Krüger-Depesche zu sprechen, die unsere Beziehungen zu England verdorben haben sollen. Aufrechterhalten läßt sich weiter nichts, als daß die Krüger-Depesche einen Ausbruch beispielloser Heftigkeit der öffentlichen Meinung in England zur Folge gehabt hat. Die Krüger-Depesche kann aber nur als der äußere Anlaß, nicht als seine Ursache angesehen werden."

klärung, die mit der Berufung des Admirals Tirpitz ins Reichsmarineamt kam, mehr getan hätte, um das Verständnis für die politischen und wirtschaftlichen Nachteile unserer Flottenlosigkeit zu wecken als Frhr. v. Marschall.

Nach Abschluß der englisch-französischen Entente, als sich die Burenbegeisterung bei uns längst abgekühlt hatte, ist die einst mit Jubel aufgenommene Krüger-Depesche unzählige Male als der tiefere Grund für den Wandel in unserem Verhältnis zu England bezeichnet worden. Hier liegt ein Musterbeispiel für die bequeme und primitive Art politischen Urteilens vor, die darin besteht, Wirkungen, die viele Ursachen haben, von einem bestimmten einzelnen Ereignis abzuleiten und Schuld oder Verdienst auf eine Person zu häufen, ohne Rücksicht darauf, was andere vorher oder nachher getan haben.

Zwei Jahre nach dem unglücklichen Telegramm begann eine Periode englischer Annäherungen nicht an Frankreich oder an Rußland, sondern an Deutschland, die durch den Burenkrieg nur unterbrochen, aber nicht beendigt wurde. Das Bemühen der klügsten und tätigsten Mitglieder des Kabinetts Salisbury, namentlich Lansdownes und Chamberlains, denen sich auch Balfour und der Herzog von Devonshire anschlossen, galt einem friedlichen Ausgleich mit der sich zu einer Gefahr für das englische Weltimperium entwickelnden deutschen Großmacht. Bei den letzten Wirren im nahen Orient hatte das alte bewährte Mittel, nach der Kastanientheorie die europäischen Festlandsmächte gegeneinander vorzuschieben, vollständig versagt. Bei den Veränderungen im fernen Osten nahmen Deutschland und Rußland die besten Plätze an der Sonne vorweg. Der Kern des großen Wortes von der splendid isolation war als hohl und taub erkannt. England suchte die Verständigung mit Deutschland auf der Basis, daß dem deutschen Unternehmungsgeist und überhaupt dem deutschen Drange aus der festländischen Enge nach außen koloniales Gebiet freigegeben werden könnte.

Im Herbst 1898 wurde ein deutsch-englischer Geheimvertrag über die Anwartschaft auf portugiesischen Kolonialbesitz für den Fall seines Verkaufs abgeschlossen. Vorangegangen war ihm im

Frühjahr 1898 das erste vertrauliche Bündnisangebot des Kolonialministers Chamberlain. Der Vertrag über die portugiesischen Besitzungen war die Folge davon, daß die deutsche Regierung einen Allianzvertrag, der das Verhältnis zu Rußland stören könnte, nicht schließen wollte und zunächst anregte, sich über Einzelfragen zu verständigen. Auf jenen Vertrag folgte dann 1899 der Samoavertrag und 1900 das deutsch-englische Yangtseabkommen.

Im Januar 1901 kam Chamberlain auf seinen Allianzgedanken zurück, den Übergang dazu sollte ein geheimes Abkommen über Marokko bilden. Bereits damals sprach es Chamberlain klar aus, daß England, wenn sich der formelle Anschluß an Deutschland und den Dreibund als unmöglich erwiese, ein Zusammengehen mit dem Zweibund, selbst unter schweren Opfern, ins Auge fassen müßte. Bei der Anwesenheit des Kaisers in England nach dem Tode der Königin Viktoria wurde die Frage eines Defensivbündnisses, das bei Doppelangriff wirksam sein sollte, in Unterredungen mit dem Premierminister Lord Salisbury und dem Minister des Auswärtigen Lord Lansdowne erörtert, und daran schlossen sich weitere Besprechungen zwischen Lansdowne und dem Botschafter Grafen Hatzfeld, ferner des Botschafters Lascelles im Auswärtigen Amt in Berlin, endlich auch zwischen dem Kaiser und dem König Eduard in Wilhelmshöhe (August 1901). Im Sommer 1901 wurde noch einmal ein gemeinsames Vorgehen in Marokko, wo neue Unruhen ausgebrochen waren, von London aus angeregt, in Berlin aber nur als ein Versuch, Deutschland gegen Frankreich vorzuschieben, angesehen. Erst zu Weihnachten 1901 schliefen die Verhandlungen ganz ein. Der Vorschlag Chamberlains hatte also dasselbe Schicksal wie die Anregung des Fürsten Bismarck in seinem im dritten Abschnitt erwähnten Briefe an Lord Salisbury vom Jahre 1887. Beide Schritte galten einem engen Einvernehmen zwischen der Weltmacht England und der stärksten Festlandsmacht Deutschland, beide führten zu nichts. Im Jahre 1887 zeigte England keine Gegenliebe, um die Jahrhundertwende war die Abneigung auf deutscher Seite[1]).

[1]) Die ersten näheren Mitteilungen über diese Episode waren in einem Artikel von Theodor Wolff: „Die deutsch-englische Allianz, neue Beiträge

Ausführlich auf die Verhandlungen von 1901 einzugehen, gehört nicht zu meiner Aufgabe. Für den Zusammenhang, in dem ich die Zeit der Bündnisangebote herangezogen habe, genügt es, darzulegen, daß sie ernst gemeint waren, und daß darum um so weniger die „unheilvolle" Krüger-Depesche für die Wendung der englischen Politik gegen Deutschland verantwortlich gemacht werden darf. Die starken Verluste im Burenkriege, der allgemeine Unwille der nichtenglischen Welt gegen die Vergewaltigung einer kleinen Nation, die verschärften Reibungen mit Rußland in Nordchina und mit Frankreich in Yünnan und Afrika lagen den Leitern der englischen Politik schwer auf den Nerven. Lord Salisbury, trotz seines hohen Alters und seiner langsamen Bedächtigkeit noch immer der maßgebende Mann im englischen Kabinett, überwand seine frühere Hinneigung zu Frankreich und erklärte sich ausdrücklich mit einem Defensivbündnis, das Deutschland nicht aggressiv gegen Rußland zu verpflichten brauchte, einverstanden, war auch bereit, Lansdowne einen offiziellen Vorschlag an die deutsche Regierung richten zu lassen. Einer der Gründe, daß es nicht hierzu kam, lag in den Schwierigkeiten, die mit der von deutscher Seite gewünschten Ausdehnung des Bündnisses auf Österreich-Ungarn und Italien verbunden waren. Lord Salisbury hatte alte Bedenken dagegen, Verpflichtungen für Staaten mit slawischen Volksteilen und lateinischen Ansprüchen einzugehen.

Daß im Hintergrunde der Gedanke schlummerte, die guten deutsch-russischen Beziehungen zu trüben, ist möglich und wahrscheinlich. Aber es war ein falsches Axiom des Herrn v. Holstein, für das er seinen ganzen Einfluß einsetzte, daß in diesem

---

zur Zeitgeschichte" enthalten, der am 8. Februar 1909 im Berliner Tageblatt erschien. Einzelne Angaben des Artikels waren ungenau. Die erste Anregung Chamberlains erging nicht kurz vor dem Burenkriege, sondern schon im März 1898. Das auf Betreiben des Grafen Waldersee gestellte Verlangen der deutschen Regierung, zur Deckung der Kriegskosten und zur Beschleunigung des Rückzugs der fremden Truppen aus China die chinesischen Seezölle zu erhöhen (Frühjahr 1901), verursachte nur eine Stockung in den Bündnisbesprechungen, nicht aber ihren Abbruch.

Hintergedanken das leitende Motiv für die englischen Annäherungsversuche enthalten wäre. Bei seinen politischen Berechnungen hielt er an dem Glaubenssatz fest, daß der englische Walfisch und der russische Bär niemals eine wirkliche Freundschaft miteinander eingehen könnten. Die wiederholte Versicherung der englischen Staatsmänner, England müsse sich, wenn sich Deutschland versagte, mit dem Zweibund vertragen, erklärte er für Schwindel und Bluff und ließ sich auch nicht durch Warnungen des Grafen Hatzfeld, dessen Klugheit er sonst vertraute, von seiner vorgefaßten Meinung abbringen. Dennoch wären die Verhandlungen wohl nicht im Sande verlaufen, wenn nicht auf deutscher Seite mit der ängstlichen Besorgnis, sich nicht gegen andere Festlandsmächte vorschieben zu lassen, ein übertriebener Respekt vor der die ganze westliche Welt täuschenden russischen Fassade verbunden gewesen wäre. Es war immer noch wahr, was Fürst Bismarck in jenem Schreiben an Lord Salisbury von 1887 geschrieben hatte, daß eine schwere Gefährdung des europäischen Friedens in den panslawistischen Umtrieben und in den inneren Zuständen des russischen Reiches liege, wo Reaktion und Revolution gleicherweise durch Krieg ihr Ziel zu erreichen suchten.

Endlich stand auf beiden Seiten die Stimmung der Völker der Verwirklichung der Allianzidee schnurstracks entgegen. In Deutschland war die Entrüstung wegen der Buren noch auf der Höhe. Dem Mißtrauen gegen englische Vertragstreue leisteten Intimitäten des Londoner Kabinetts mit Lissabon Vorschub, die den Wert des Abkommens über den deutschen Erwerb portugiesischen Kolonialbesitzes illusorisch zu machen schienen. Im englischen Volke bestand die Handelseifersucht seit ihrer durch die Krüger-Depesche hervorgerufenen Explosion unvermindert fort, und die Forderung der Saturday Review, Germaniam esse delendam, hatte durch die lärmende Opposition der alldeutschen Presse gegen die kühle Haltung der deutschen Regierung während des Burenkriegs neuen Anreiz bekommen. In der Edinburger Rede vom 25. Oktober 1901 berief sich Chamberlain gegen den Vorwurf harter englischer Kriegführung in Südafrika darauf, daß andere Nationen in ihren

Kriegen noch strenger verfahren wären, die Russen im Kaukasus und in Polen, die Franzosen in Tongking, die Österreicher in Bosnien, die Deutschen 1870. Während dieser verfehlte Rechtfertigungsversuch weder in Rußland, noch in Frankreich, noch in Österreich-Ungarn eine nennenswerte Erregung hervorrief, setzte in Deutschland ein wütender Entrüstungssturm ein, der monatelang andauerte. Der Vater des Bündnisangebots ließ darauf die Hoffnung fahren, daß es möglich wäre, die Billigung der Parlamente für ein verbrieftes und gesiegeltes deutsch-englisches Einvernehmen zu erlangen. Die Genehmigung eines schriftlichen Vertrags durch das englische Parlament war nämlich von den deutschen Staatsmännern verlangt und von den englischen zugesagt worden. Für die Beurteilung der Frage, warum der wiederholte Versuch eines friedlichen Ausgleichs der weltpolitischen Gegnerschaft so gänzlich mißglückte und nicht einmal zu einer neuen Verständigung in Einzelfragen führte, fällt die feindselige Stimmung beider Völker stärker ins Gewicht als das Verkennen des Ernstes der englischen Eröffnungen auf deutscher Seite.

Sofort nach dem Scheitern der Verhandlungen wurde die angekündigte Schwenkung der englischen Politik mit dem Abschluß eines Bündnisses mit Japan eingeleitet, dem zwei Jahre später die Entente cordiale mit Frankreich nachfolgte. Uns blieb neben diesem positiven Nachteil ein nicht zu unterschätzender negativer Vorteil zurück: Der Bau der deutschen Kriegsflotte war der Gefahr entrückt, durch Rücksichten auf ein uns verbündetes England gehindert oder verlangsamt zu werden.

IX. Die große innere Krisis.

Die heitere Stimmung, die Graf Caprivi am Tage seiner Entlassung zur Schau trug, konnte nicht darüber täuschen, wie bitter er es empfinden mußte, daß in der Arbeiter- und Sozialistenfrage die Politik seines Nachfolgers wieder an demselben Ende beginnen sollte, wo sie sein Vorgänger Fürst Bismarck verlassen hatte. Und doch hatte der Widerstand des zweiten Kanzlers gegen neue Ausnahmegesetze wider die sozialistischen Agitationen eine fortwirkende Kraft.

Caprivis Behandlung der Umsturzgefahr wird in drei nüchternen Sätzen aus seinen Reden gekennzeichnet. Der eine lautet: „Die Regierung kann niederhalten, niederschlagen, damit ist die Sache aber nicht gemacht, die Schäden, vor denen wir stehen, müssen von innen heraus geheilt werden." Der zweite: „Wir müssen uns nicht angewöhnen, diesen Arbeiterstand immer mit einem pessimistischen Blick anzusehen, wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, auch diese Leute wiederzugewinnen." Der dritte endlich erklärt die sozialdemokratische Frage als die Frage, die für das Ende des Jahrhunderts die herrschende sein werde. Der Ausdruck „Frage" war zu schwach. In Wahrheit war das erste Jahrzehnt nach Bismarcks Scheiden aus seinen Ämtern die Zeit der schwersten inneren Krisis für das Reich.

Die sozialdemokratische Bewegung schwoll zu mächtigem Umfang an. In ihr herrschte, Richtung und Ziel bestimmend, der kommunistische und internationale Gedanke. Auf dem Erfurter Parteitage (1891) war ein neues Programm aufgestellt worden, das dem alten Streit zwischen den beiden durch die Namen Lassalle und Marx gekennzeichneten Hauptrichtungen ein Ende machte. Der

Hallesche Parteitag (1890) hatte beschlossen, daß die „Wissenschaft" im Programm zu vollen Ehren gebracht werden sollte. Die Wissenschaft — das war hauptsächlich das kurz vor der Februarrevolution 1848 von Karl Marx und Friedrich Engels gemeinschaftlich verfaßte Kommunistische Manifest, das Fr. Engels, nachdem es in viele Sprachen, zuerst ins Englische, dann ins Französische, Polnische, Russische, Dänische übersetzt worden war, in der fünften deutschen Ausgabe (1890) als das internationalste Erzeugnis der gesamten sozialistischen Literatur, als das gemeinsame Programm vieler Millionen von Arbeitern aller Länder, von Sibirien bis Kalifornien, bezeichnen durfte. In ihm war die materialistische Geschichtstheorie, die nur von wirtschaftlichen Trieben das Leben der Völker beherrscht sein läßt, zum erstenmal in ein System gebracht, nachdem schon vor Marx deutsche und französische Sozialisten gelegentlich die Abhängigkeit der Politik von der Ökonomie, die wirtschaftlichen Klassengegensätze als das herrschende Prinzip der Geschichte und das Verhältnis zwischen Armen und Reichen als das einzige revolutionäre Element in der Welt unter Anwendung auf die jüngste Zeit behauptet hatten. Das Kommunistische Manifest geht die Betätigung dieses Prinzips auf den Hauptstufen der Geschichte vom klassischen Altertum an durch, bis dann zuletzt die moderne Bourgeoisie als das Erzeugnis einer langen Reihe von Umwälzungen in der Produktionsweise auftritt.

Als Beispiel für die gleißende Sprache und die beispiellose, mit lauter schillernden Gegensätzen arbeitende Dialektik diene folgende Schilderung des Wirkens der Bourgeoisie: „Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose bare Zahlung. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handels-

freiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Worte, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt... Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt. Die Bourgeoisie hat enthüllt, wie die brutale Kraftäußerung, die die Reaktion so sehr am Mittelalter bewundert, in der trägsten Bärenhäuterei ihre passende Ergänzung fand. Erst sie hat bewiesen, was die Tätigkeit der Menschen zustande bringen kann. Sie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen, sie hat ganz andere Züge ausgeführt als Völkerwanderungen und Kreuzzüge."

Den ersten praktischen Erfolg hatte das Manifest bei der Gründung der „internationalen Arbeiterassoziation" in London (1864). Bei der Abfassung der Statuten siegte Marx über den alten republikanischen Verschwörer Mazzini. Ebenso gab der französische Vorläufer des Erfurter Programms, das sog. Minimumprogramm von 1880, an dessen Abfassung neben Marx und Engels noch Guesde und Lafargue beteiligt waren, die Endziele des Kommunistischen Manifests und der in ihm niedergelegten materialistischen Geschichtstheorie unverrückt wieder.

In Deutschland dagegen war durch Lassalle zuerst die nationale Richtung des Sozialismus emporgekommen und ging der Lauf der Arbeiterbewegung weniger von Marx aus, als zu Marx hin.

Die Wahlen von 1874 führten drei Lassalleaner und sechs Eisenacher, so genannt nach dem Eisenacher Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, in den Reichstag. Beide Richtungen teilten sich aber zu ziemlich gleichen Teilen in die 350 000 Stimmen, die drei Jahre nach der Errichtung des Reiches gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgegeben worden waren. Die Kräfte waren also gleich, und vor allem waren es auch die Leiden; die Behörden schritten nach dem erschreckenden Anwachsen der sozialistischen Stimmen mit gleichem Nachdruck gegen die feindlichen Brüder ein.

Das auf dem Gothaer Versöhnungskongreß (1875) beschlossene Einigungsprogramm enthielt noch einige Lassallesche Gedanken, der freie Staat und die sozialistische Gesellschaft sollten mit allen gesetzlichen Mitteln im nationalen Rahmen erstrebt und das eherne Lohngesetz durch Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatsmitteln zerbrochen werden. Marx war empört darüber, daß in dem Programm immer noch der Staat und der nationale Rahmen mit den gesetzlichen Mitteln vorkamen. In einem für die Führer der Eisenacher bestimmten Brief, der bis zur Zeit des Erfurter Parteitages (1891) geheim blieb, warf er dem „verpesteten und demoralisierenden" Kompromißwerke „hohle Phrasen, Borniertheit und Flegelei" vor. Die weitere Entwicklung hat aber gelehrt, daß die Schüler klügere Praktiker als der theoretisierende Meister waren. Was sie damals anstrebten, die innige Vereinigung beider Strömungen in der deutschen Arbeiterwelt, das ist ihnen vollständig gelungen. Der Parteivorstand durfte sich in der Rechtfertigung, die er gegen die Veröffentlichung der Marxschen Kritik 1891 erließ, mit gutem Grunde darauf berufen, daß das Programm keine demoralisierende Wirkung im Sinne von Marx gehabt habe, und daß erst noch eine fünfzehnjährige Entwicklung notwendig gewesen war, um die Gesamtheit der Partei auf die theoretische Höhe von Marx zu heben, der wissenschaftlich allerdings nach seinem Briefe von 1875 in den meisten wesentlichen Punkten recht behalten müsse.

Das Erfurter Programm beruhte in den Hauptpunkten auf einem Entwurf, den Engels aus London eingeschickt hatte. Darin wurden die Schlacken der früheren Programme, wie nationaler Rahmen und Produktivgenossenschaften, hinweggeräumt. Auch der Staat kam in keinerlei Gestalt mehr vor. Der Vergleich des Erfurter Programms mit seinen deutschen Vorläufern beweist, daß sich die sozialdemokratische Lehre nirgends über ihren Ursprung erhoben hat, sondern im Gegenteil auf ihn, in rückläufiger Bewegung, nach mancherlei Kurven und Abirrungen, allmählich zurückgegangen ist, eine eigentümliche Entwicklung, nicht vorwärts und Neues bildend, sondern rückwärts in immer mehr geläuterter An-

passung an die aufs gründlichste in dem großen Werke „Das Kapital" ausgearbeitete Lehre von Marx. Der Hauptsatz war, daß sich die Gesellschaft unter der Herrschaft des Privateigentums an Produktionsmitteln „naturnotwendig" in zwei Klassen (Ausbeuter und Ausgebeutete) spalte, und daß nur die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion den Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher „ausgebeuteten" Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung machen werde.

Liebknecht führte auf dem Erfurter Tage u. a. wörtlich aus: „Sind die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergegangen, dann ist das Proletariat nicht mehr Klasse — so wenig wie die Bourgeoisie —, dann hören die Klassen auf, dann ist nur noch die Gesellschaft Gleichberechtigter vorhanden — die erste menschliche Gesellschaft, die Menschheit und das Menschentum... Die Herrschaft, die Ausbeutung in jeder Form soll beseitigt werden, die Menschen sollen frei sein und gleich, nicht Herren und Knechte, nur Genossen und Genossinnen, nur Brüder und Schwestern!"

Je länger die Aneignung der Marxschen Lehren in Deutschland gedauert hatte, um so fester saßen sie nun in den Köpfen. Das Erfurter Programm brachte einen außerordentlichen Schwung in das Leben der sozialdemokratischen Partei. Wohl tauchten noch genug Streitigkeiten auf, aber sie drehten sich mehr um das taktische Verhalten als um die Grundsätze, so z. B. die Fehde Bebels gegen die gemäßigte Richtung der Süddeutschen unter Führung von Vollmars und Grillenbergers, die für die Budgetbewilligung in den Einzellandtagen eintraten. Unermüdlich wurde daran gearbeitet, die auf lauter groben Kategorien „Arbeiterklasse" und „Kapitalistenklasse", „Staat" und „Gesellschaft", „Menschheit" und „Menschentum" aufgebaute Marxsche Gedankenwelt den Wählermassen einzuprägen. Wo der Bildungsdrang des Arbeiters nicht ausreichte, halfen Diskutierklubs nach. Wer einmal auf die Scheidung der Gesellschaft in zwei Klassen (Ausbeuter und Ausgebeutete)

eingeschworen war, dem mußte alles übrige des Systems logisch richtig erscheinen und der kümmerte sich nicht mehr darum, daß die Dinge im Leben, wie Bogumil Goltz sagt, nicht so oder so, sondern so und so sind, und daß es in der Politik überhaupt nicht auf das logisch Richtige, sondern auf das praktisch Nützliche ankommt. Den Fragen nach dem Aussehen des Zukunftsstaats wich man mit der Berufung auf die geheimnisvolle Kraft der Entwicklung aus, die „von selbst" alles zum besten ordnen würde. Ihr blieb es also auch überlassen, den von Liebknecht geschilderten Kollektivmenschen hervorzubringen, ein Sammelwesen voll lauter Tugenden, das Gottes Sonne noch nicht beschienen hat.

Auch gegen den Einwand, daß die Sozialreform, das Eingreifen des Staats in das freie Spiel der Kräfte zugunsten der Arbeiter, den revolutionären Charakter ändern würde, war man gewappnet. Die Neue Zeit hatte schon in einer Begründung des Programmentwurfs gesagt: „Der Sozialismus wurzelt gerade in der Überzeugung von der Unmöglichkeit, dem Proletariat in der heutigen Gesellschaft eine befriedigende Stellung zu verschaffen... Die gegenwärtige Produktionsweise erzeugt ebenso naturnotwendig wie das Elend auch die Empörung gegen das Elend... Die Wurzeln dieser Empörung liegen nicht im Elend selbst — nicht überall, wo Elend ist, ist auch die Empörung gegen das Elend, und es sind nicht die Elendsten unter den Elenden, bei denen die Empörung beginnt, ihre Wurzeln liegen in dem Klassengegensatz zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten."

Das war die alte Marxsche Dialektik, und aus diesem Gedankengange folgte auch, daß es zum Kampfe um die politische Macht nicht eines möglichst großen Haufens Elender, sondern einer großen, geschulten Truppe Empörter bedurfte.

Dieser Rückblick auf die Geschichte der Sozialdemokratie, der dem Kundigen nichts Neues sagt, soll zeigen, daß aus den wirtschaftlichen Interessenkämpfen eine ganze Weltanschauung herausgewachsen war, die sich aus zwei Extremen zusammensetzte, einem düsteren Pessimismus in bezug auf die bestehende Ordnung — da herrschen allenthalben nur böse Triebe — und einem maßlosen Optimis-

mus in bezug auf die zukünftige kommunistische Gesellschaft — da ist der Mensch nur edel, hilfreich und gut. Im Jahre 1850 hatte Marx in den von ihm und Arnold Ruge herausgegebenen Deutsch-französischen Jahrbüchern geschrieben: Die Waffe der Kritik könne die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt müsse gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie werde zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreife.

In der Zeit, von der ich erzähle, hatte die Theorie bereits die Massen ergriffen. Der Fetischglaube an die Wunderkraft der kommunistischen Gesellschaft setzte sich so radikal fest, daß grundsätzlich Fähigkeit und Beruf des Gegenwartsstaates zu wirklichen Reformen geleugnet wurde, was nicht hinderte, daß die Partei in ihrer agitatorischen Praxis das Verdienst an offenbaren Fortschritten in der sozialen Gesetzgebung ausschließlich für sich in Anspruch nahm. Erst im Laufe dieses Jahrhunderts hat es in der sozialdemokratischen Literatur an kritischen Arbeiten gegen die Einseitigkeiten und Schwächen der Marxschen Theorie nicht gefehlt.

Vor allem war es der Optimismus eines Führers wie August Bebel, der die Massen hinriß. In seinem bürgerlichen Leben war er die friedliche Ehrbarkeit selbst, wie Robespierre Philister, der sich als Weltbürger fühlt. Sein Redefluß bewältigte die längsten Perioden, sprang aber auch spielend in kurzen rhetorischen Fragen wie über Stromschnellen dahin. Seine Gesinnung war immer grundehrlich, auch wenn ihm, was nicht selten vorkam, seine Leichtgläubigkeit einen Streich gespielt hatte. Noch in ergrautem Haar war er feurig wie ein Jüngling, und wenn er auf der Rednertribüne mit Halbrechtsschwenkung seinen Finger wie eine Rute erhob und auf den mit schief geneigtem Haupte in sich zusammengesunkenen Fürsten Hohenlohe einredete, konnte man begreifen, wie sehr der für keinen Überfall gerüstete dritte Kanzler solche Szenen scheute. Bebels Optimismus war naiv und phantastisch zugleich und wirkte gerade darum so stark auf die Massen. In seinem Buche „Die Frau" schrieb er z. B. über den Zukunftsstaat: „Da die Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse durch Aufhebung der bisherigen Eigen-

tumszustände untergehen, hat auch der politische Ausdruck dafür keinen Sinn mehr. Der Staat hört mit dem Herrschaftsverhältnis auf, wie die Religion aufhört, wenn der Glaube an übernatürliche Wesen oder an vernunftbegabte, übersinnliche Kräfte nicht mehr vorhanden ist." An einer anderen Stelle heißt es: „Mord? Weshalb? Es kann keiner am anderen sich bereichern, und der Mord aus Haß und Rache hängt immer wieder direkt oder indirekt mit dem heutigen Sozialzustand zusammen. Meineid, Urkundenfälschung, Betrug, Erbschleicherei, betrügerischer Bankerott? Das Privateigentum fehlt, an dem und gegen das diese Verbrechen begangen werden konnten. Brandstiftung? Wer soll daran Freude und Befriedigung suchen, da die Gesellschaft ihm jede Möglichkeit zum Haß nimmt."

Mit der Herrschaft der kommunistischen Ideen bildete sich natürlich auch der internationale Zug der Partei stärker aus. Namentlich mit den französischen Sozialisten wurde enge Fühlung gehalten und die gegenseitige Solidarität öffentlich verkündet. Zur Feier der Erinnerung an den Kommuneaufstand von 1871 sandten Mitglieder der Reichstagsfraktion im März 1892 eine Begrüßung an Lafargue, in der gesagt war: „Der Kampf, weit entfernt, eine mildere Form angenommen zu haben, wird von Tag zu Tag erbitterter. Alle Parteien haben sich gegen uns vereinigt — der Staat und die Kirche haben sich gegen uns verbündet, aber wir bieten ihnen die Stirn, wir marschieren immer vorwärts und werden sie alle schlagen." Ähnliche Adressen wurden fast jedes Jahr ausgetauscht.

Die bürgerlichen Gegner der Sozialdemokratie erkannten wohl mehr und mehr, daß deren stetig zunehmende Gewalt über die Gemüter keineswegs bloß auf grobe materielle Instinkte und politische Machtansprüche gegründet, sondern von einem eigenen Schatz von Forschungen und humanen Ideen getragen war. Gleichwohl nahm sich der kritische Kampf gegen die sozialistischen Bestrebungen häufig nur die Oberfläche, Versammlungen, Ausstände, Boykotts, Straßendemonstrationen, fanatische Ausbrüche in Wort und Schrift zum Ziel, ohne die inneren Ideen zu treffen, aus

denen die Bewegung ihre nachhaltige Kraft zog. Wie wenig selbst ein so kritisch veranlagter Politiker wie Eugen Richter in den Kern der Gedankenwelt des geistigen Vaters der Sozialdemokratie, Karl Marx eingedrungen war, bewies er an einer Stelle seiner Flugschrift: „Die Irrlehren der Sozialdemokratie." Er wollte Bebel darüber belehren, daß es falsch sei, den Wertunterschied von Anzügen danach zu berechnen, wieviel Stunden der Schneider zu ihrer Herstellung gebraucht habe. Es kämen außer den Arbeitsstunden in Betracht, wieviel Arbeitszeit die Herstellung des Tuches aus der Wolle erforderte. Die Arbeitszeit hier aber hänge von der Mitwirkung von Maschinen ab, deren Herstellung wiederum Arbeitszeit koste. Endlich setze auch die Wolle einen Aufwand von Arbeitszeit bei der Schafzucht voraus. Bebel bedurfte aber dieser Belehrung nicht. Er hatte in seinem Buche „Die Frau" allenthalben von „gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit" im Sinne der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie gesprochen und dabei vorausgesetzt, daß seinen Lesern schon bekannt wäre, was der Meister darunter verstanden hat, nämlich alles das, was Eugen Richter bei Berechnung der Arbeitszeit berücksichtigt wissen wollte. Derartige Mißverständnisse trugen natürlich kräftig dazu bei, den Hochmut der sogenannten Umsturzpartei erst recht zu steigern.

Nach einem Spruch Goethes sind allgemeine Begriffe und großer Dünkel immer auf dem Wege, entsetzliches Unglück anzurichten. Das Kraftgefühl der Arbeitermassen ist vielleicht zu keiner Zeit unbändiger gewesen als in der Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Jeder Mißerfolg der Regierung, jeder Erfolg gegen das Unternehmertum schürte das Feuer. Welcher Jubel zum Beispiel, als der Berliner Bierkrieg zu Weihnachten 1894 nach siebenmonatiger Dauer mit einem Siege der Brauergehilfen, Küfer und Böttcher endigte! Die Brauereien hatten einen Ring gebildet und eine Anzahl ihrer Arbeiter wegen sozialdemokratischer Betätigung ausgesperrt. Die Friedensbedingungen wurden von dem Abgeordneten Singer als Vertreter der sozialdemokratischen Boykottkommission diktiert und enthielten die Anerkennung, daß der Arbeiter in der Betätigung seiner

gewerkschaftlichen und politischen Klasseninteressen durch den Arbeitgeber nicht behindert werden dürfe.

Um so gefährlicher für den Frieden im Innern des Reichs mußten neue Versuche sein, die Bewegung mit Gewaltmaßregeln zu unterdrücken. Die Spannungen waren bereits so stark, daß sie nicht weiter gesteigert werden konnten, ohne eine Explosion hervorzubringen. Mit dem Reichstag, so wie er war, die Sozialdemokratie wieder unter ein Ausnahmegesetz zu stellen, war ausgeschlossen. Nicht einmal die sogenannte kleine Umsturzvorlage, die der neue Kanzler Fürst Hohenlohe von seinem Vorgänger übernahm, konnte im Reichstag eine Mehrheit erlangen, obgleich sie im wesentlichen nur das gemeine Strafrecht gegen öffentliche Anpreisung von Verbrechen und gegen die Aufforderung von Personen des Soldatenstandes zur Verweigerung des Gehorsams verschärfen wollte. Zwei Jahre darauf wurde der Versuch gemacht, das preußische Versammlungs- und Vereinsrecht zu reformieren, d. h. die Befugnisse der Polizei zur Auflösung von Versammlungen und Vereinen zu erweitern. Das Abgeordnetenhaus strich die wichtigsten Vorschriften. Das Herrenhaus machte dagegen aus dem Entwurf, der sich auf dem Boden des gemeinen Rechts hielt, ein ausdrückliches Sondergesetz gegen die Sozialdemokratie. Das Abgeordnetenhaus lehnte darauf die Vorlage mit 209 gegen 205 Stimmen ab. Die Mehrheit bestand aus Zentrum, Nationalliberalen und Freisinnigen. Also sogar das aus Klassenwahlen hervorgegangene preußische Parlament war für ein Ausnahmegesetz nicht zu gewinnen.

Wie dachte man sich den Staatsstreich? Konstantin Rößler nannte im Oktober 1894 in einer Broschüre die Diktatur die unerläßliche Forderung des Augenblicks. Der Kaiser sollte den Bundesrat veranlassen, auf drei Jahre die gesetzgebende Gewalt allein an sich zu nehmen. Die Schlesische Zeitung, die sich unter den konservativen Blättern sonst durch maßvolles ruhiges Urteil auszeichnete, trat im Mai 1895 für die Notwendigkeit eines Verfassungsbruches ein. Die deutschen Fürsten sollten sich, so wurde vorgeschlagen, zu einem neuen Bunde auf eine Stunde vereinigen, um

eine neue Grundlage zur Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts herzustellen, ein Gedanke, der gelegentlich und akademisch auch dem Fürsten Bismarck durch den Kopf gegangen war. Aber eben noch bei seiner achtzigjährigen Geburtstagsfeier hatte der Altreichskanzler die Studenten und die Hamburger ermahnt, zu halten, was wir mühsam unter dem Gewehranschlag der übrigen Europäer ins trockene gebracht haben, und nicht zu glauben, daß sich die tiefgehenden, gleichsam geologischen Spaltungen im deutschen Boden mit einem Schlage vertilgen ließen. Eine andere Anregung ging vom Grafen Mirbach, der als Vorsitzender des Vereins der Steuer- und Wirtschaftsreformer die vornehme Richtung des Agrariertums vertrat, im preußischen Herrenhause aus. Er sagte, weite Kreise würden es mit Jubel begrüßen, wenn auf Grund einer Änderung des Wahlrechts ein neuer Reichstag berufen würde. Damit wollte er jedoch nach einer späteren Erläuterung keinen Staatsstreich im Auge gehabt haben, sondern nur Vorschläge, die sich darauf richteten, die Wahlpflicht einzuführen, die Altersgrenze hinaufzusetzen und die geheime Wahl zu beseitigen. Aber das durchzusetzen, wäre eben ohne Konflikt nicht möglich gewesen.

In seiner Jenaer Rede vom 30. Juli 1892 hatte Fürst Bismarck gesagt, er möchte dazu beitragen, daß sich das Parlament wieder zu einer konstanten Majorität und Autorität erhebe, er selbst habe unbewußt dazu beigetragen, daß der Reichstag in seinem Einfluß heruntergekommen sei. In derselben Rede nannte er es ein gefährliches Experiment, wenn man im Zentrum Europas absolutistischen Ideen und Velleitäten zustrebe. Er wollte also ein Parlament mit eigenem politischen Willen haben, der sich gegen absolutistische Neigungen richte. Und gleichzeitig sollte die demokratischste Partei mit absolutistischen Mitteln unterdrückt werden? Kampf nach oben gegen Kaiser, Hof und Heer und nach unten gegen eine von der Idee der Völkerverbrüderung beherrschte Masse von Proletariern, Kleinbürgern und Literaten — das ging über die Kraft eines Parlaments, in dem das Bürger- und Junkertum, zersplittert in ein Dutzend von Fraktionen, Gruppen und Grüppchen, der geeinigten Sozialdemokratie gegenüberstand.

Die nächst der sozialdemokratischen Partei an Wählerzahl und zugleich an innerer Geschlossenheit stärkste Partei war das Zentrum. In seinem Besitzstand infolge der Massierung der Katholiken in bestimmten Teilen des Reichs vollständig gesichert, in langem Kampfe gegen den Fürsten Bismarck und unter Führung der kleinen Exzellenz von Meppen, des klügsten und gewandtesten Stegreifdebatters, politisch geschult wie keine andere Partei, ein fest verbundenes Konglomerat von demokratischen und aristokratischen Elementen, stand das Zentrum unerschütterlich auf dem Grundsatz: Kein Ausnahmegesetz und erst recht kein Verfassungsbruch. In der Politik der Partei trat in der ersten Zeit nach Windthorsts Tode der Zug nach links stärker hervor. Das zeigte sich schon bei dem Streit um die Militärreform und noch mehr bei dem Beschluß über den Antrag Graf Hompesch-Richter-Singer vom 23. März 1895, durch den die Absicht des konservativen Präsidenten v. Levetzow, dem Fürsten Bismarck zu seinem achtz'gsten Geburtstag einen Glückwunsch zu senden, vereitelt wurde. Nach der tiefen Entrüstung, die der Beschluß bei den alten Kartellparteien erregte, konnte nicht mehr an die Verwirklichung des von dem Minister v. Miquel begünstigten Planes einer Verständigung dieser Parteien mit dem Zentrum gedacht werden. Die nächste Folge war, daß der Präsident v. Levetzow und der zweite Vizepräsident, der Nationalliberale Dr. Bürklin, zurücktraten und an ihrer Stelle die Zentrumsmitglieder v. Buol, bisher erster Vizepräsident, und Peter Spahn gewählt wurden. Mit begreiflichem Stolze beging zu gleicher Zeit die einst verfemte Partei ihr fünfundzwanzigjähriges Jubiläum.

Die konservative Partei, ebenfalls ihrer Wählerschaft in den weiten ländlichen Bezirken noch sicher — dafür hatte das System Puttkamer in der preußischen Verwaltung hinlänglich gesorgt —, litt unter den Nachwehen der Wandlungen, die in ihr in der Zeit vor und nach dem Sturze Bismarcks vorgegangen waren. Im Sommer 1895 wurde sie durch die Veröffentlichung des sogenannten Scheiterhaufenbriefes des Abgeordneten Stöcker empfindlich getroffen. Nicht durch Untreue oder Verrat, sondern auf dem Wege des Kaufes von dem bankerotten Redakteur der

Kreuzzeitung, Abgeordneten Frhrn. v. Hammerstein, war der Brief an ein geheimes Konsortium und von da in die Spalten des Vorwärts gekommen. Ein seltener Fall, daß ein Privatbrief, der vor einem Menschenalter geschrieben wurde, noch im Gedächtnis alter Parlamentarier und Journalisten lebt! Und da er exemplarischen Wert für gerissene Taktiker von robuster Moral besitzt, wird er es wahrscheinlich noch hoch zu Jahren bringen. Zum besseren Verständnis ist es nötig, bis auf die Walderseeversammlung im Jahre 1887 zurückzugehen.

Der Hof- und Domprediger Stöcker fühlte sich nach den Erfolgen, die er auf der Kanzel und in Volksversammlungen davongetragen hatte, als Gottesmann berufen, die proletarischen Massen der Großstadt zum positiven Christenglauben zurückzuführen. Er war ganz ehrlich darin, daß er die Seelen der Armen und Notleidenden von der „naturalistischen" Weltauffassung der Sozialdemokratie abziehen und ihnen mit christlicher Liebe helfen wollte. Er fand, daß die evangelische Kirche in Berlin nicht genug Organe habe, um in den unteren Massen zu wirken, und begründete deshalb die Berliner Stadtmission, die wider die das Vaterland und den Staat bedrohenden Tendenzen neben der materiellen die geistliche Versorgung betreiben sollte. Unter diesen Tendenzen wurden nicht nur die Bestrebungen der Sozialdemokratie, sondern auch die liberale Theologie Ritschls, die das Berliner Stadtparlament beherrschende Fortschrittspartei und nicht zuletzt die Börse und das Judentum verstanden. Von vornherein war also der religiösen Hilfstätigkeit der Stadtmission reichlich viel Politik beigemischt. Am 28. November 1887 hielt Stöcker beim Grafen Waldersee eine Versammlung ab, an der Prinz Wilhelm und Gemahlin, die Minister v. Puttkamer und v. Goßler, der Präsident des Reichstags v. Wedell-Piesdorf, Abgeordnete der Rechten, Geistliche und Finanzleute teilnahmen. Prinz Wilhelm sprach sich nach dem Vortrag Stöckers freundlich über den christlich-sozialen Gedanken aus. Weitere Matineen beim Grafen Waldersee folgten nach. Der Kanzler Fürst Bismarck schöpfte Verdacht, daß sich eine orthodox-junkerliche Koterie des künftigen Thronerben bemächtigen und der Kartellpolitik ein

Ende machen wollte. Allgemein war bekannt, daß die extreme Rechte, die sogenannte Kreuzzeitungspartei, nur widerwillig mit der von dem Abgeordneten v. Helldorf geführten regierungsfreundlichen Mehrheit der Konservativen in das Kartell mit den Mittelparteien eingetreten war. Ein von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums v. Puttkamer herrührender Artikel, der den über die Walderseeversammlungen entstandenen Lärm der mittelparteilichen, fortschrittlichen und sozialdemokratischen Blätter beschwichtigen sollte, wurde von der Redaktion der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung abgelehnt. Statt seiner erschienen in dem Kanzlerblatt scharfe Artikel gegen die politische Tätigkeit des Hofpredigers Stöcker.

Kaiser Friedrich wünschte die Entfernung Stöckers aus seinen geistlichen Ämtern als Hof- und Domprediger. Auf Antrag des Fürsten Bismarck wurde in einem Kronrat in Charlottenburg beschlossen, Stöcker vor die Wahl zu stellen, ob er auf seine Ämter oder auf seine öffentliche Agitation in Volksversammlungen verzichten wolle. Stöcker wählte den Verzicht auf die Agitation. Wie er jedoch im geheimen weiter gegen den Fürsten Bismarck und gegen das Kartell arbeitete, das bewies sein am 5. September 1895 vom „Vorwärts" veröffentlichter Brief an einen „sehr bekannten Führer der konservativen Partei". Der Empfänger war der Abgeordnete Frhr. v. Hammerstein, dessen Freund und Seelsorger Stöcker war. Der Brief war am 14. August 1888, also zwei Monate nach dem Tode Kaiser Friedrichs geschrieben. Sein Zweck ging dahin, möglichste Vorsicht in der Behandlung des Kaisers zu empfehlen. Vornehmlich sollte eine Gegenüberstellung des Kaisers und des Fürsten Bismarck jetzt, da der Fürst den Kaiser ganz für das Kartell gewonnen habe, vermieden werden, denn dadurch treibe man den Kaiser erst recht auf die Kanzlerseite und verliere so das Spiel. Die Kernstelle lautete wörtlich: „Man muß rings um das Kartell Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen, den herrschenden Opportunismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten. Merkt der Kaiser, daß man Zwietracht zwischen ihm und Bismarck säen will,

so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, wo er instinktiv auf unserer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man ihn prinzipiell, ohne persönlich zu reizen."

Genau nach diesem Rat handelte Frhr. v. Hammerstein in der Kreuzzeitung, zuerst bis zum Herbst 1889, d. h. so lange, als sich noch kein innerer Gegensatz zwischen dem jungen Kaiser und dem alten Kanzler zeigte, und später, wie oben geschildert, ebenso, als nach der Königsberger Rede noch nicht bestimmt abzusehen war, ob sich der „gute Troupier", den niemand zu stürzen gedächte, noch länger auf dem Kanzlerposten halten würde oder nicht.

Gegen Ende September 1889 wurde in mehreren Artikeln der Kreuzzeitung das alte historische Banner des wahren konservativen Royalismus entrollt und gegen den „Kartell-Götzendienst" mit der Behauptung Sturm gelaufen, daß man sich nicht scheue, dem Königlichen Herrn Fingerzeige zu geben, ihm nahezulegen, wie er regieren solle, und ihm eine Parlamentsmehrheit zu oktroyieren. Damit war die Taktik des Scheiterhaufenbriefes aufgegeben. Im Lager der Kreuzzeitung schien man Gewißheit darüber zu haben, daß die Kanzlerschaft des Fürsten Bismarck bald zu Ende gehen würde. Auch vor einer Erklärung im Reichsanzeiger, daß keiner Partei gestattet sei, sich das Ansehen zu geben, als besitze sie das kaiserliche Ohr, wich die Kreuzzeitung nicht zurück. Die Tage des Kartells waren sowieso gezählt. Bei den Wahlen im Februar 1890 verloren die Kartellparteien insgesamt 85 Sitze, und mit dem Weggang Bismarcks war es auch mit der regierungsfreundlichen Mehrheit innerhalb der konservativen Partei vorbei. Herr v. Helldorf legte den Vorsitz im Ausschuß der Partei nieder. Stöcker und Hammerstein bekamen die Oberhand. Jener war im Herbst 1890 von seinem Hofpredigeramt zurückgetreten und widmete sich fortan mit seiner Gabe, die Herzen der armen Leute warm zu machen, ganz der christlich-sozialen Partei, dieser fuhr mit der ganzen Rücksichtslosigkeit seiner starknervigen Natur fort, „die demokratische Methode der Erregung von Trotz, Unzufriedenheit und Mißtrauen gegen die Regierung und der Umschmeichelung der Lei-

denschaften und der Begehrlichkeit" (Worte des Reichsboten) anzuwenden und begann zugleich, mit fremdem Gelde Papier- und Häusergeschäfte zu eigenem Vorteil zu machen. Besiegelt wurde der Sieg der extremen Richtung durch Beschlüsse und mehr noch durch die Reden des Parteitags auf Tivoli in Berlin im Dezember 1892. Der Versammlung waren 14 Zusätze zu dem alten Programm vorgeschlagen worden, deren wichtigste verlangten: Kampf gegen den sich vielfach vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß, jedoch unter Mißbilligung der Ausschreitungen des Antisemitismus, Kampf für die Monarchie von Gottes Gnaden gegen parlamentarisches Regiment, Kampf mit den Machtmitteln der Staatsgewalt gegen die vaterlandslose Sozialdemokratie und ihre Kennzeichnung als Feinde der staatlichen Ordnung in Gesetzen. Die Versammlung strich aus dem Entwurfe die Erwähnung der Auswüchse des Antisemitismus und änderte die Stelle über die Sozialdemokratie dahin ab, daß nur vaterlandslose Anhänger der Sozialdemokratie gekennzeichnet werden sollten. Die Milderung dieser Stelle geschah auf Betreiben Stöckers, um die christlich-soziale Agitation, der sich eine Reihe jüngere und freier gerichtete Geistliche angeschlossen hatten, nicht zu erschweren.

Mit dem vollständigen Siege der Kreuzzeitungspartei im Tivoliprogramm und mit dem starken Hervortreten der materiellen Interessen der neuorganisierten Hilfstruppe, dem Bunde der Landwirte, war die Rückkehr zu dem früheren Kartell mit den Mittelparteien unmöglich gemacht.

An der Spitze der Reichspartei und der nationalliberalen Partei standen noch die alten Parlamentarier v. Kardorff und v. Bennigsen, die schon dem Norddeutschen Reichstag angehört, inzwischen manche Illusion über die Macht des Parlaments aufgegeben hatten, aber immer noch starke Reste ihrer jugendlichen konstitutionellen Ansichten bewahrten. Herr v. Kardorff war immer auf dem Plan, wenn es galt, einer ausschweifenden Rede Bebels oder einem massiven Vorstoß Singers entgegenzutreten, stets in urbanen Formen, niemals persönlich verletzend. Aber am 12. Dezember 1894 bei der ersten Gelegenheit nach dem Kanzlerwechsel

schlug ihm sein konstitutionelles Gewissen. Er sagte: „Wenn der Reichskanzler und der Ministerpräsident von Preußen zu gleicher Zeit ihr Amt niederlegen, so ist es nach meiner Ansicht aus konstitutionellen Gründen notwendig, daß das gesamte Ministerium dem Monarchen seine Portefeuilles zur Verfügung stellt, ferner auch deshalb, damit die Freiheit der Krone in ihren Entschließungen gewahrt wird." Für eine Kabinettspolitik irgendwelcher Art war er nicht zu haben. Als drei Jahre nachher eine Erhöhung des Gehalts des Kabinettschefs vom Abgeordnetenhause abgelehnt war und Herr v. Lucanus den Schwarzen Adlerorden erhalten hatte, schrieb Kardorff an seine Frau: „Der schwarze Adler wird von den klaren Politikern als eine antikonstitutionelle Demonstration begriffen." Für einen Verfassungskonflikt hätte ihn wahrscheinlich auch sein Fraktionsgenosse Frhr. v. Stumm, der schärfste Gegner der Sozialdemokratie, nicht gewinnen können. Den stärksten Erfolg im Reichstag hatte der alte Kämpe, als er in einer wirkungsvollen Klimax der Mehrheit am 23. März 1895 den Vorwurf machte, daß sie mit der Verweigerung eines Dankeszeichens für den Reichsgründer das deutsche Parlament vor der ganzen Welt lächerlich machen würde.

Der Führer der nationalliberalen Partei, Herr v. Bennigsen, war um vier Jahre älter und nicht mehr so beweglich wie Herr v. Kardorff. Schon einmal, nach dem großen Wandel der Wirtschafts- und Parteipolitik des Fürsten Bismarck, hatte er sich von den politischen Geschäften mißmutig zurückgezogen, was Konstantin Rößler mit dem sonderbaren Einfall beklagte, daß Bennigsen als Minister des Innern der Melanchthon der politischen Reformation in Preußen hätte werden können. Auf seine alten Tage wäre er sicherlich der Anwendung von Gewaltmaßregeln abhold gewesen. Dafür bürgt ein weises Wort von ihm, das ich weiterhin in anderem Zusammenhang anführen werde.

Auf der bürgerlichen Linken im Reichstag endlich führte ein absterbendes Geschlecht kenntnisreicher, hochgebildeter Individualisten (E. Richter, Bamberger, Barth, Alexander Meyer, Schrader, Rickert) das Wort, oft voll beißendem Sarkasmus, aber doch

ohnmächtig und von der Rechten wegen ihrer Hinneigung zu Manchestertum und Freihandel und als Anwälte der jüdischen Bevölkerung ebenso scharf, bei Wahlen sogar manchmal noch schärfer bekämpft als der gemeinsame Feind, die Sozialdemokratie, an die sie in ihren alten großstädtischen Domänen ein Mandat nach dem anderen verloren. Obendrein hatte sich die bürgerliche Linke bei der Caprivischen Militärreform wieder in zwei Teile getrennt.

Bei solcher Zerfahrenheit der Parteiverhältnisse im Reich einen Kampf um Ausnahmegesetze zu beginnen, der nur mit einer Minderung der Autorität der Regierung endigen oder in einen Staatsstreich auslaufen konnte, unter Kanzlern normalen Wuchses und gerade in einer Periode gesteigerten Hochgefühls der Sozialdemokratie, wäre ein Verhängnis für das Reich gewesen. Jeder Versuch, wieder mit den verhaßten Spitzeleien der Polizei vorzugehen, wieder die Pflege der Kameradschaft in den Arbeitervereinen, die im Heer eine Tugend ist, für ein verderbliches Laster zu erklären und das freie Wort in Parlament und Presse zu unterdrücken, wäre bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein als ungesetzlich und unerträglich empfunden worden und auf heftigen Widerstand gestoßen.

An der Spitze des Reichs der Kaiser in heißem Bemühen, die Nation einer herrlichen Zukunft entgegenzuführen, das Parlament in viele sich befehdende Parteien gespalten, in seinem Einfluß durch Bismarcks, des noch lebenden, unwillkürliche Mitschuld heruntergedrückt, die Sozialdemokratie im Wachsen unter Führern, die wie Bebel ehrlich an den baldigen großen Kladderadatsch glaubten; in Preußen die bodenständigen Herrenmenschen, die dem stehenden Heere die besten Offiziere lieferten und aus deren Geschlecht der nur mit einem Tropfen sozialen Öls gesalbte größte staatsmännische Genius hervorgegangen war, als treueste Stützen des Throns im Besitze überwiegenden Einflusses auf den Hof des Herrschers, im Landtag und in der Verwaltung, die Bauern mit ihnen vereint in fanatischer Opposition gegen die Handelspolitik des Reichs; die Industriearbeiter überall im Reich in scharfen Kämpfen um Vereinsfreiheit, Koalitionsrecht und gewerkschaftliche Organisation.

Zu diesen tiefen Bewegungen und Spaltungen kam nun noch eine erbitterte Gegnerschaft zwischen der Person des Kaisers und Königs und dem sozialdemokratischen Arbeitervolk hinzu. Am Sedantage 1895 beim Parademahle im Königlichen Schloß zu Berlin ward das Wort gesprochen: „Eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen." Ähnliche waren vorhergegangen und folgten nach. Sind sie auch heute ausgelöscht, so lassen sie sich doch in keiner Betrachtung der schweren Wirrsale jener Zeit übergehen. Sie aus ihr zu erklären, ist nicht schwer. Das Wort von der Rotte war herausgefordert worden durch eine wilde Agitation in Schrift und Wort gegen das Feiern der 25jährigen Gedenktage des Deutsch-Französischen Krieges. Den Ton gab der Vorwärts an. Er sprach von einer mordspatriotischen Feier, in die patriotische Kapitalisten ihre Arbeiter hineinpeitschen wollten, und erging sich in rhetorischen Fragen wie dieser: „Wo ist der Mann unter dem deutschen Industrieproletariat, der solcher frechen Betätigung des Mordspatriotismus nicht hohnlachend und mit Ekel erfüllt gegenüberstände? Wo ist der Hanswurst unter den Ausgebeuteten, der sich ohne Ingrimm im Herzen durch Beteiligung an solcher Feier entehrte? Welcher klassenbewußte Arbeiter in deutschen Landen reichte im Anblick des mordspatriotischen Geheuls nicht mit doppelter Innigkeit seinen französischen Brüdern und Leidensgefährten die Hand, eingedenk der Losungsworte, vor denen die Bourgeoisie der ganzen Welt erblaßt als vor einem Menetekel: ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!'" Diese Sprache war nicht nur höchst geschmacklos und prahlerisch, sondern atmete auch den Geist der größten Unduldsamkeit, wie ihn die Jakobiner der großen Französischen Revolution betätigt hatten. Solche Beispiele einer maßlosen Überhebung kamen in der sozialdemokratischen Presse keineswegs nur vereinzelt vor. Auch an Beschimpfungen des Andenkens an den alten Kaiser Wilhelm fehlte es nicht. Die Entrüstung bürgerlicher Kreise darüber war so stark, daß es sozialdemokratische Abgeordnete gemäßigter Richtung, wie der süddeutsche Abgeordnete Auer, für gut hielten, den Vorwurf der Reichsfeindschaft und antinationaler Gesinnung abzuwehren und die doch recht schwache Behauptung

aufzustellen, die Sedanfeier sei keine nationale, sondern eine Parteifeier. Kaiser und Arbeitervolk sprachen nicht mehr dieselbe Sprache. Während in den Reden des Kaisers die Begriffe Staat und Gesellschaft, Obrigkeit und Untertan, die ein Nebeneinander und Miteinander bedeuteten, noch ihren früheren Sinn hatten, waren sie in der Sprache der Demokratie feindliche Gegensätze. Manche große Geste war gewiß nicht so bös gemeint, als sie aussah und wirkte. Von beiden Seiten. Aber auf die Wirkung kommt es an. An den Klagen über persönliches Regiment war das Bürgertum fast ebenso beteiligt wie die Arbeiterschaft. Wie viele Kaiserreden riefen Irrungen und Wirrungen in der breiten Öffentlichkeit hervor! Der Glaube, daß der Kaiser absolutistische Ziele verfolge, drang in immer weitere Kreise. Manche scharfe Wendung entsprang dem Antrieb einer jugendlich starken Natur und dem Bewußtsein eines edelen Willens. In einer Periode heftiger innerer Kämpfe und gefährdeter staatlicher Ordnung wollte feuriger Pflichteifer den Herrscher selbst als den glanzvollen Mittelpunkt erscheinen lassen, von dem die allgemeine Wohlfahrt Licht und Kraft erhalte. Häufige Berührung mit Männern verschiedener Stände auf Reisen, bei Festen und Empfängen bestärkte in der Vorstellung, daß das Herrscherauge beim Anblick der Nöte des Volkes und im Erkennen ihrer vielfach verschlungenen Ursachen keiner Täuschung unterliegen werde. Bei solcher Überspannung von höchster Pflicht und höchstem Recht war der stetige Gang der Regierungsmaschine inneren Störungen ausgesetzt und konnten Enttäuschungen und Mißverständnisse im Volke nicht ausbleiben. Von gelegentlichen Ratgebern und unter dem dauernden Einfluß der nächsten, dem Volksleben weit entrückten Umgebung neben Wahrem auch Falsches und Irriges zu hören und zu glauben, ist Herrscherschicksal. Wer aber weiß, welche Ratschläge dem Kaiser von einzelnen Vertrauten und von hohen Stellen mündlich und in Denkschriften zur Bannung der Revolution von unten gegeben wurden, der muß es als Zeichen weiser Selbstbeherrschung und klugen Maßhaltens ansehen, daß er ihnen nicht gefolgt und allmählich zu seiner ursprünglichen Auffassung der sozialen Frage zurückgekehrt ist. —

Ein besseres gegenseitiges Verstehen kam mit dem Weltkrieg. Erst heute können wir es ganz begreifen, wie verbitternd und aufreizend der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit auf die Führer des Arbeitervolks und auf dieses selbst wirken mußte. Erst heute können wir auch die Dankesschuld ermessen, die allen Gegnern des Staatsstreichs unter den Staatsmännern und Politikern aus der Zeit der großen inneren Reichskrisis gebührt. Zu diesen Gegnern gehörte vor allem der dritte Kanzler, der greise Fürst Hohenlohe. In der Behandlung der Umsturzgefahr ließ er sich nicht aus den Bahnen des neuen Kurses drängen. Eine Aufzeichnung von ihm aus dem Herbst 1895 (Denkwürdigkeiten II, S. 523) lautet: „Ich weiß, daß eine Anzahl Politiker und hoher Streber darauf ausgehen, mich bei Seiner Majestät zu diskreditieren. Sie wollen einen anderen Reichskanzler und geben vor, daß es einer energischen Aktion bedürfe. Was können sie damit erreichen? Konflikt mit dem Reichstage führt zu Auflösung und zu Neuwahlen, die zu einer Niederlage der Regierung. Abermalige Auflösung und Staatsstreich führt zum Konflikt mit den verbündeten Regierungen, zu Bürgerkrieg, zu Auflösung des Deutschen Reiches. Denn das Ausland wird nicht ruhig bleiben und sich einmischen, wenigstens Frankreich. Meine Politik ist die, mit dem Reichstag auszukommen zu suchen... Ich selbst gehe jeden Augenblick, wenn Seine Majestät jene Wege beschreiten will." Fast genau so wie Graf Caprivi!

Wer den dritten Kanzler nur nach den unglücklichen Eindrücken beurteilen wollte, die sein völliger Mangel an rednerischer Begabung im Reichstag machte, würde seiner staatsmännischen Persönlichkeit nicht gerecht. Sein Alter und seine politische Vergangenheit schützten ihn vor Übereilung. Manches im laufenden Geschäft, das die Aufmerksamkeit des Kanzlers verdiente, ließ er untätig hingehen, aber in der schriftlichen Abwehr von Entschließungen, die gefährlich waren, konnte er recht tapfer sein. Auch im Verkehr mit dem Kaiser hielt er auf seine Kanzlerwürde. Die Stützen, auf die er sich am meisten verließ, waren die Staatssekretäre und Minister Frhr. v. Marschall und v. Bötticher. Als diese sich von ihm trennten, dachte er ernstlich an seinen Rücktritt, und es bedurfte

deutlicher kaiserlicher Vertrauensbeweise, um eine Kanzlerkrisis zu vermeiden.

Frhr. v. Marschall erkrankte Anfang Mai 1897. Die Vorwürfe, die er wegen der Erfüllung einer Pflicht der Selbstachtung und der öffentlichen Moral im Prozeß Lützow von den Hütern einer mißverstandenen preußischen Tradition zu hören bekam, gingen ihm sehr nahe. Ein Leberleiden zehrte an seinen Kräften. Das war der Hauptgrund, warum er Anfang Juni in einer Audienz beim Kaiser den Wunsch aussprach, von der Leitung des Auswärtigen Amtes entbunden zu werden. Sein weiterer Wunsch war, sich durch diplomatische Erfahrungen im Auslande einen festen Platz in der hohen Politik zu erringen, nachdem er sich auf seinem bisherigen Posten die längste Zeit mit dem Studium der wirtschaftlichen Angelegenheiten und der Vertretung der Handelsverträge im Reichstage hatte beschäftigen müssen. Er sah ein, daß er mit seiner handelspolitischen Vergangenheit ein Hindernis für die beginnende Vorbereitung eines neuen Zolltarifs sein würde. Gleichzeitig hatte sich der Minister und Staatssekretär v. Bötticher die kaiserliche Ungnade zugezogen, weil er im Reichstage am 18. Mai auf eine Rede des Abgeordneten Richter gegen das persönliche Regiment die Antwort schuldig geblieben war. Die Beratung galt einem Antrag Rickert und Genossen auf Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine. Der Antrag war ein Protest gegen den Versuch, durch eine Novelle in Preußen die Vereins- und Versammlungsfreiheit zu beschränken. Der Abgeordnete Rickert und der Zentrumsführer Lieber nannten das preußische Vorgehen eine Kriegserklärung gegen die Gesetzgebung des Reichs. Der Abgeordnete v. Kardorff ließ in seine Verteidigung des preußischen Vorgehens die Bemerkung einfließen, der Fonds monarchischer Gesinnung sei stark in Abnahme. Diese Bemerkung griff der Abgeordnete Richter auf und fügte in scharf zugespitzter Rede hinzu, daß nicht durch die Agitationen der Sozialdemokratie, sondern infolge von Vorgängen, die sich der parlamentarischen Erörterung entzögen, so stark an dem monarchischen Kapital in weiten bürgerlichen Kreisen gezehrt werde. Mit den Vorgängen war u. a. die

Ansprache an die Märker vom 26. Februar 1897 gemeint, in der die Ratgeber Kaiser Wilhelms I. als Werkzeuge seines erhabenen Wollens, nach einer anderen Lesart als Handlanger, bezeichnet waren. Der Staatssekretär v. Bötticher schwieg, weil er fürchtete, mit einer Entgegnung den Widerhall der Richterschen Rede zu verstärken und stürmische Szenen im Reichstag hervorzurufen. Außerdem war er längst schon unter den fortgesetzten Friedrichsruher Angriffen amtsmüde geworden.

Mit dem von der Rechten und allen streitbaren Anhängern des Fürsten Bismarck laut begrüßten Ausschiffen Marschalls und Böttichers — der Reformminister Frhr. v. Berlepsch hatte das Handelsministerium schon im zweiten Jahre nach Caprivis Sturz abgegeben — waren die letzten alten Steuerleute des neuen Kurses von 1890 beseitigt und dieser selbst zu Ende. Mit den neuen Staatssekretären B. v. Bülow für das Auswärtige, Graf Posadowsky für das Innere, Admiral Tirpitz für die Marine begann eine neue, für die Landwirtschaft günstige und für die auswärtige Politik schwierigere Periode. Aber das Schiff blieb vor dem Scheitern an der Klippe des Staatsstreichs bewahrt.

Wäre in der sozialen Frage die Wendung zu dem blutigen Kataklysmus eingetreten, den Fürst Bismarck bald nach seiner Verabschiedung in naher Zukunft kommen sah, so hätten uns die äußeren Feinde in Europa nicht einzukreisen brauchen, um uns wieder klein und schwach zu machen. Wir wären es schon so gewesen. Das Schwert kann Menschen töten, aber nicht das moralische Gewissen. Ein solches hatten aber die Führer der sozialdemokratischen Massen und der gewerkschaftlichen Organisationen, und der nationale und staatliche Sinn war im Arbeitervolk noch nicht erstorben[1]).

Unter den „Jungen" der christlich-sozialen Partei war einer, der mit großer Beredsamkeit und warmem Verständnis für das, was in den Gemütern der Arbeiter vorging, den optimistischen Glauben an einen Ausgleich zwischen Kaisertum und Demokratie vertrat, der Pfarrer Friedrich Naumann in Frankfurt a. M. Aus ihm

[1]) Vgl. Wolfgang Heine: „Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland", Süddeutsche Monatshefte, März 1915.

glühte, gemildert zwar, dieselbe innere Flamme, die das Geheimnis der Erfolge Stöckers als Volksredner war. Unter den Parlamentariern drang am tiefsten in die unterirdischen Gänge der sozialen Frage einer der wenigen noch aus der Zeit der Reichsgründung übriggebliebenen Helfer des Fürsten Bismarck ein: Rudolf v. Bennigsen. Auf einer Feier der nationalliberalen Partei zur Erinnerung an den Versailler Kaisertag (1896) sagte er über den Gegensatz zwischen bürgerlicher Gesellschaft und revolutionärer Sozialdemokratie: „Der Deutsche ist nun einmal so geschaffen, daß er alle diese großen Dinge, die den Menschen bewegen, tiefer und innerlicher erfaßt als die meisten anderen Völker. Das ist ein Vorzug, aber unter Umständen auch ein Unglück, wenn es ihm nicht gelingt, diese tiefere Erfassung nun glücklich zu überwinden, in den Formen, die dafür gegeben sind. So ist es auch in Deutschland gekommen. Aber wenn dies so ist, so liegt darin zugleich auch vielleicht die Lösung. Ich habe schon lange die Überzeugung, daß es sich gar nicht allein um wirtschaftliche Fragen, sondern darum handelt, daß diese Gegensätze unter den Menschen menschlich überwunden werden... Oft schon ist an mich die Frage gekommen: Was bleiben Sie bei den unerfreulichen Erscheinungen des allgemeinen Wahlrechts im jetzigen Reichstag überhaupt noch in der Vertretung der deutschen Nation? Ich habe darauf erwidert: Das ist doch nur ein vorübergehender Niedergang. Der Kern unserer Nation wird auch das überwinden... Der Kaiser vertraut auf die gesunde Kraft, auf den unverbrauchten Untergrund unseres Volkes, und da sollten wir nicht dasselbe tun? Wir am wenigsten, wir Älteren. Nie haben wir, die wir an der Begründung und Befestigung des Reichs mitgewirkt haben, daran gezweifelt, daß das deutsche Volk imstande sein wird, auch Schweres zu überwinden, und nie daran, wenn einmal wieder große innere Gefahren oder äußere Anfeindungen an Deutschland herantreten, daß sich da die einige Kraft unseres Volkes energisch geltend machen wird."

Die Gegensätze unter den Menschen menschlich überwinden — das war es, was in jener Zeit ganz fehlte. Für den Verkehr zwischen Regierungsvertretern und sozialdemokratischen Abgeordneten

waren im Reichstag überall Scheidewände gezogen. Ließ sich doch einmal eine persönliche Berührung in irgendeiner besonderen Sache nicht umgehen, so vollzog sie sich möglichst in einer verschwiegenen Ecke. Ein Gespräch über die Haltung der Partei in großen politischen Fragen war so gut wie ausgeschlossen. Die praktische Erfahrung und Tüchtigkeit von Arbeitervertretern blieb für die Regierung fast ungenutzt, und wie hat sie sich in gemeinschaftlicher Arbeit mit der Regierung bewährt seit dem 4. August 1914!

Von allen Lehren, die uns der Weltkrieg hinterläßt, ist dies die wichtigste: Stärkung der gesamten Kraft des Volkes nach außen, keine Verhetzung von Volksteilen gegeneinander, sondern Achtung jeder ehrlichen Gesinnung im inneren Meinungsstreit. „Nachgiebigkeit bei großem Willen" nennt's der Genius der Einigkeit in des Epimenides Erwachen.

Keines der am Weltkrieg unmittelbar beteiligten Völker hat tiefer als das deutsche erfahren, was es bedeutet, wenn alle Volksteile mit den staatlichen Gewalten einig sind in der Stunde vaterländischer Not, einig im Willen der Abwehr, einig im Ziele der Freiheit der Nation von äußerem Zwange. Wer mag da jetzt und später beim Aufbau alles dessen, was der Krieg zerstört hat, noch an Umsturz von oben denken? Oder sollte wieder, wie nach den Befreiungskriegen vor hundert Jahren, eine Periode der Reaktion möglich sein? Alle Voraussetzungen fehlen. Damals hatte der Deutsche noch viele Vaterländer, eine politisch geeinigte Nation gab es nicht. Die Geschicke der europäischen Festlandsvölker und ihre Beziehungen zueinander wurden ausschließlich nach den Bedürfnissen der Dynastien und ihrer Kabinette bestimmt.

Der Gegensatz zwischen Monarchie und Demokratie hat seine Schroffheit verloren und wird sich weiter abschwächen, wenn das Parlament durch einheitlicheres Auftreten der Parteien und durch stärkere Entwicklung des politischen Gemeinsinns ein anderes Aussehen und Ansehen erlangt, als die Reichstage seit einem Menschenalter besaßen. Plutarch erzählt von einem König von Sparta, dem seine Gemahlin nach Einsetzung der Ephoren als Wächter und Helfer für die staatliche Ordnung vorwarf, er werde ihrem Sohne

die königliche Macht geringer hinterlassen, als er selbst sie übernommen habe. „Im Gegenteil," erwiderte der König, „sie wird um so größer sein, je dauerhafter sie ist." In der Tat, fügt der Geschichtschreiber hinzu, verliert dadurch die königliche Macht nichts als das Übermaß und entgeht dem Neide und vielen anderen großen Gefahren. Die Lehre vom Übermaß gilt nicht allein für den König, sie gilt auch für die Ephoren.

Sodann die Gefahr einer gewaltsamen Umwälzung von unten. Mag nach den die westliche Welt beherrschenden demokratischen Idealen und Gewohnheiten manches an den konstitutionellen Einrichtungen des Deutschen Reiches rückständig erscheinen, an Leistungen für die Wohlfahrt der niederen Volksschichten sind sie nirgends erreicht oder gar übertroffen worden. Die Prophezeiung Bebels vor fünfundzwanzig Jahren, daß sich nach Aufhören des Menschenmordens im unvermeidlichen Weltkriege gute Aussichten für den Sozialismus bieten würden, ist eingetroffen, aber anders, als er sich's dachte, und schon während des Weltkrieges. Wird sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei von der Herrschaft allgemeiner Begriffe befreien und das geschichtliche Denken ebenso pflegen wie vordem das logische Denken der Marxschen Schule? Wird sie der Phantasie Grenzen ziehen, die am Ende des vorigen Jahrhunderts das Heil von einem gewaltsamen Sprunge in ein von Grund aus neues Zukunftsgebilde unter der Diktatur des Proletariats erwartete, oder wird sie trotz aller Erfahrungen mit den Gesinnungsgenossen der feindlichen Länder dem internationalen Verbrüderungstraum das Opfer ihrer Heimatsliebe bringen? Auch sie verliert nichts als das Übermaß, wenn sie die Pflege internationaler Gedanken und Verbindungen dauernd den Bedürfnissen nationaler Arbeiterpolitik unterstellt und im Kampfe mit der bestehenden Ordnung einen Verständigungsfrieden schließt.

So weben sich aus Erinnerungen und gegenwärtigem Erleben Gedanken in die Zukunft. Wieder heißt es, diesmal unter Anwendung des Bismarckschen Greisenwortes auf den inneren Wandel im deutschen Volk: „Eine neue Zeit — eine neue Welt."

Namenverzeichnis.

Alexander III., Zar 5, 16, 22, 38, 40f., 46, 77, 94, 100.
Auer, Ignaz, Abgeordneter 149.

Balfour, englischer Minister 126.
Ballin, Generaldirektor 21.
Bamberger, Ludwig, Abgeordneter 147.
Barth, Th. 147.
Baumbach, Oberbürgermeister von Danzig 102.
Bebel, August, Abgeordneter 135, 137, 143, 156.
Bennet, Gordon, Besitzer des „New York Herald" 75.
Bennigsen, v., Rudolf 48ff., 146f., 154.
Berlepsch, Frhr. v., Handelsminister 27, 102, 151ff.
Bethmann Hollweg, v., Reichskanzler 7.
Bismarck, Fürst 1—28, 38, 72f., 75, 78, 83f., 87, 94f., 97, 107, 111, 141f., 147, 153f.
— Graf Herbert 22, 23, 36, 61, 65f., 84, 95.
Bissing, v., General 64.
Bogusławski, v., General 48.
Bosse, Kultusminister 102.
Bothmer, v., Geh. Leg.-Rat 58.
Bötticher, v., Minister 8ff., 27, 33, 75, 77, 101, 151ff.
Brousart v. Schellendorff, Kriegsminister 80ff.
Bucher, Lothar 2.
Budde, Eisenbahnminister 7.
Bülow, Fürst, Reichskanzler 21, 66ff., 70ff., 90, 151ff.
Buol, v., Abgeordneter 142
Bürklin, Dr., Vizepräsident des Reichstags 142.

Caprivi, Graf, Reichskanzler 5, 8, 15, 16—57, 72ff., 76, 91ff., 98ff., 103ff., 131, 151.
Carnot, Präsident der französischen Republik 97.
Caserio, Anarchist 97.
Chamberlain, J., englischer Minister 123, 126f., 128f.
Chéradame, André 110.
Conrad, Nationalökonom 48.
Crispi, italienischer Ministerpräsident 89.
Curzon, englischer Unterstaatssekretär 124.

Delbrück, Hans, Geschichtschreiber 30, 32.
Devonshire, Herzog, englischer Minister 126.
Diederichs, v., Admiral 116.
Dönhoff-Friedrichstein, Graf, Abgeordneter 94.

Ebmeier, Adjutant des Reichkanzlers 75f.
Eduard VII., König von England 38, 70, 127.
Engel, Pastor, Redakteur des „Reichsboten" 87.
Engels, Friedrich, Schriftsteller 132ff.
Eulenburg, Graf August, Oberhofmarschall 78.
— — Botho, Ministerpräsident 95f., 101f., 104.

Eulenburg, Graf Philipp 58, 60, 66, 70f., 79, 103f.

Ferry, französischer Minister 38.
Fischer, Justizrat, Korrespondent 61.
Fitger, Redakteur der „Weserzeitung" 87.
Francke, Ernst, Prof. 87.
Franke, Otto, Prof., Geschichtschreiber 118.
Franz Joseph, Kaiser 23.
Fredericks, russischer General 38.
Freycinet, de, französischer Minister 38.
Friedrich Karl, Prinz von Preußen 82.

Georg, Herzog von Meiningen 82.
Gneist, Rudolf, Professor 48.
Goltz, Bogumil, Schriftsteller 136.
— Frhr. v. d., Pascha 48.
Göring, Chef der Reichskanzlei 73.
Goßler, v., Kultusminister 143.
Grahl, de, Hofberichterstatter 77f.
Griesemann, Redakteur der „Nordd. Allgem. Ztg." 98.
Grillenberger, Abgeordneter 135.
Gröben, v. d., Abgeordneter 102.
Guesde, französischer Sozialist 133.
Gulbranson, Maler 15.

Hagen, v. d., Geheimrat 7.
— v., Maximilian, Geschichtschreiber 38.
Hahnke, v., Chef des Militärkabinetts 80.
Hammerstein, Frhr. v., Redakteur und Abgeordneter 99, 143ff.
Harden, Maximilian, Schriftsteller 32, 68f.
Hashagen, J., Geschichtschreiber 38.
Hasse, Ernst, Prof., Abgeordneter 97, 109f.
Hatzfeld, Graf Paul, Botschafter 120, 123, 127ff.
Heine, Wolfgang, Abgeordneter 153.
Helldorf, v., Abgeordneter 4, 144f.
Henckel v. Donnersmark, Graf Guido 64f.
Herff, Konsul 122.
Heuduck, v., General 33.
Heyden, v., Landwirtschaftsminister 102.
Hirth, Georg, Mitbes. d. „Münchn. Neuest. Nachr." 81.
Hofmann, Hermann, Redakteur 33, 83.
— Rudolf, Verleger 63.
Hohenlohe, Fürst, Reichskanzler 27, 29, 32, 40f., 66, 80, 104, 111f., 120, 137, 140, 151.
— Prinz Alexander 79, 94.
Hohenlohe-Öhringen, Prinz, Abgeordneter 94.
Hollmann, Staatssekretär des Reichsmarineamts 120.
Holstein, v., Wirkl. Geh. Rat 24, 32f., 36ff., 40f., 55—71, 79, 83, 91, 103ff., 113, 120.
Hompesch, Graf, Abgeordneter 142.
Hönig, Fritz, Militärschriftsteller 82.
Huene, Frhr. v., Abgeordneter 50ff.
Huhn, Arthur v., Vertreter d. „Köln. Ztg." 69, 82, 86.
Humbert, Wirkl. Geh. Rat 66.

Jacobi, Hugo, Redakteur 6, 25.
Jameson, Dr., 119, 122f.

Kalnoky, österr.-ungarisch. Minister des Auswärtigen 23, 24.
Kaltenborn, v., Kriegsminister 43.
Kameke, v., Kriegsminister 48.
Kanitz, Graf, Abgeordneter 99.
Kardorff, v., Abgeordneter 6, 70, 92, 146f., 151f.
Karol, König von Rumänien 35.
Kato, japanischer Minister 118.
Kayser, Kolonialdirektor 120.
Keim, Major 48.
Kiderlen-Wächter, v., Diplomat 6, 55, 57ff., 86, 104.
Knorr, Admiral 120.
Köller, v., Minister des Innern 80f.
König, Redakteur 16.
Kröner, Verleger 6.
Krüger, Paul, Präsident d. südafrikan. Republik 119ff.
Kukutsch, Journalist 81.

Lafargue, französischer Sozialist 133, 138.

Lansdowne, engl. Minister d. Auswärtigen 126ff.
Lascelles, englischer Botschafter 127.
Lassalle, Ferdinand 131ff.
Leckert, Journalist 79, 82.
Lenz, Max, Prof., Geschichtschreiber 8f.
Leßynski, v., General 48.
Levetzow, v., Reichstagspräsident 142.
Levysohn, Dr, Chefredakteur 83.
Leyds, Staatssekretär von Transvaal 123.
Lieber, Dr., Abgeordneter 50, 151f.
Liebknecht, Wilhelm, Abgeordneter 135.
Limburg-Stirum, Graf, Abgeordneter 85, 92.
Lindau, Rudolf, Vortragender Rat 6, 72.
Lindenau, v., Diplomat 57.
Lobanow, Fürst, russischer Ministerpräsident 114.
Löwenfeld, v., Generaladjutant 7.
Lucanus, Chef d. Zivilkabinetts 65, 74, 103, 147.
Lützow, v., Journalist 77ff.

Mantler, Heinrich, Direktor 89.
Marschall, Frhr. v., Staatssekretär 24, 27, 29, 32f., 62ff., 77, 79ff., 84ff., 91, 101f., 113, 120ff, 124f., 151ff.
Marx, Karl 131ff., 139.
Manderode, v., Polizeirat 75.
Mazzini, italienischer Republikaner 133.
Meyer, Alexander, Abgeordneter 147.
Miquel, v., Finanzminister 6, 65, 95f., 101, 142.
Mirbach, Graf, Mitglied d. Herrenhauses 99, 141.
Mohrenheim, v., russischer Botschafter 38.
Mo ard, französ. Generalstabsoffizier 53.
Moltke, Graf, Feldmarschall 12ff.
Mühlberg, v., Geh. Leg.-Rat 63.
Murawiew, Graf, russischer Minister 116ff.

Naumann, Friedrich, Pfarrer 153.
Nicolaus II, Zar 77, 114ff.
Niebrding, Staatssekretär d. Reichsjustizamts 101f.
Nietzsche, Friedrich, Philosoph 68.
Oncken, Hermann, Geschichtschreiber 125.

Peters, Karl, Afrikareisender 21, 109.
Plutarch, Geschichtschreiber 155.
Polstorff, Redakteur 63ff.
Posadowsky, Graf, Staatssekretär 153.
Pourtalès, Graf, Diplomat 57, 66.
Puttkamer, v., preußischer Minister 143f.

Radolin, Fürst, Hofmarschall 60.
Radowitz, v., Botschafter 59.
Raschdau, Geh. Leg.-Rat 58, 60.
Reichardt, Dr., Redakteur 3.
Reuß, Prinz, Botschafter 23f., 26, 60.
Reventlow, Graf Ernst, Geschichtschreiber 30, 35, 39, 40f., 119.
Rhodes, Cecil 124.
Ribot, französischer Minister 38, 53.
Richter, Eugen, Abgeordneter 51f., 95, 139, 147, 151f.
Richthofen, Frhr. v., Staatssekretär 69.
Rickert, Heinrich, Abgeordneter 147, 152.
Roche, Jules, französ. Politiker 109.
Roon, v., Kriegsminister 48.
Rößler, Konstantin, Geheimrat 6, 55, 140, 147.
Rotenhan, Frhr., Unterstaatssekretär 91.
Rottenburg, Chef der Reichskanzlei 73.
Ruge, Arnold 137.

Salisbury, Lord, englischer Minister 37, 122ff, 128.
Schäfer, Dietrich, Geschichtschreiber 107.
Schlieffen, Graf, Generalstabschef 43.
Schlözer, Kurt v., Gesandter 59.
Schrader, Abgeordneter 147.
Schumann, Ernst, Journalist 74ff., 82ff.
Schütte, Gudmund, dänischer Schriftsteller 110.
Schuwalow, Graf, russischer Botschafter 94.
Schwechten, Architekt 7.
Schweinitz, v., Botschafter 36.
Seidel, Heinrich, Dichter 60.
Seiden-Bibran, v., Chef des Marinekabinetts 65.

Simpson-Georgenburg, v. 102.
Singer, Abgeordneter 139, 146.
Skobelew, russischer General 39.
Spahn, Peter, Abgeordneter 142.
Spitz, v., General 63 f., 81.
Stahl, Prof. d. Staatsrechts 92.
Stein, August, Vertreter d. „Frkftr. Ztg." 86 f.
Stein, Adolf, Schriftsteller 120.
Stöcker, A., Abgeordneter 99 f., 142 ff.
Strantz, Kurd v. 109.
Stubenrauch, Landrat 7, 8.
Stumm, Frhr. v., Abgeordneter 147.

Tausch, v., Kriminalkommissar 77 ff., 83 ff.
Tirpitz, v., Admiral 153.
Trojan, Johannes, Dichter 60 ff.
Tschirschky, v., Staatssekretär 70.

Uhden, Abgeordneter 94.

Verdy, v., Kriegsminister 43 f., 82.
Viktoria, Königin von England 127.
Vollmar, v., Abgeordneter 135.

Wagner, Ad., Nationalökonom 48.
Waldersee, Graf, General 25, 42 f., 64 f., 75, 82 f., 99, 128, 143.
Wedel, Graf, Generaladjutant 74.
Wedell-Piesdorf, v., Reichstagspräsident 143.
Wichert, Ernst, Dichter 62.
Windthorst, Zentrumsführer 5, 142.
Wolff, Bankier 106.
Wolff, Theodor, Chefredakteur 127.

Zedlitz-Trützschler, Graf, Kultusminister 16.

327.43

327.43 H224

Duke University Libraries
D024959590